Proletarier:innen aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

TROTZ ALLEDEM!

Nr. 94 • Mai 2024 • 2,50 €

Aktuelle Herausforderung

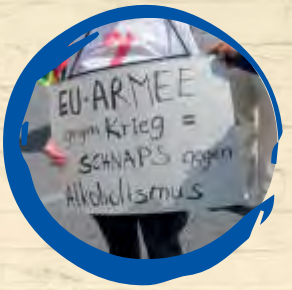
Revolutionär-antifaschistischer Widerstand!

Staatlich verordneter „Anti“faschismus:

Pure Heuchelei!

100. Todestag
VON LENIN LERNEN: OKTOBER 1917

PRIMA KLIMA - NUR MIT REVOLUTION!
Alles andere ist Illusion!



Europa Wahl 2024
EU-PARLAMENT MACHTLOSE QUATSCHBUDE UNSERE WAHL: SOZIALISMUS!

Bündnis Sahra Wagenknecht
KEINE ALTERNATIVE!

Inhalt

1. Mai Internationaler Kampftag

Fabrik-Zeitung Klasse gegen Klasse!
Wir sagen Nein! 3

Staatlich verordneter „Anti"faschismus Heuchelei
Aktuelle Herausforderung
Antifa-revolutionärer Widerstand! 8

Klassenkampf

Eindrücke – Ausblicke!
Massenaktionen gegen AfD 12

Flugblatt
Widerstand ... Auf die Straße
gegen den Faschismus 17

Klima & Umwelt

COP 28 und die Folgen
Klimarettung nur durch Revolution
Alles andere ist Illusion! 19

EU-Wahlen

EU-Parlament:
Machtlose Quatschbude
Unsere Wahl: Sozialismus 25

Gemeinsame Erklärung
Kommunistischer Organisationen
zur Europawahl 2024
EU – Ein Gebilde der Imperialisten! 30

Neue Partei

„Bündnis Sahra Wagenknecht" BSW
Alternative zum bürgerlichen
Parteienspektrum? 33

Antifaschismus & Antirassismus

Februar 2024
Vier Jahre nach dem Nazi-Anschlag in Hanau
Nichts und Niemand wird Vergessen!
Kein Vergeben! 39

Aktuell

ICOR-Erklärung
100. Todestag Lenin 2024 39

Trotz alledem
Von Lenin lernen!
Beiträge zur Oktoberrevolution 1917 43

Kontaktadresse: TA c/o Kocaoglu,
Bettringer Str. 34, 73550 Waldstetten
trotzalledem@protonmail.com – trotzalledem.org
V.i.S.d.P.: H. König, Kafkastr. 56, 50829 Köln
Jahresabo 15.- Euro inklusive Versand

Liebe Genoss:innen und Leser:innen,

2,44 Billionen US Dollar – etwa 2,28 Billionen Euro! Eine Zahl mit 12 Nullen! Angaben des Stockholmer Instituts für Friedensforschung SIPRI April 2024. Diese horrende Summe wurde 2023 weltweit für Militärausgaben, also für Kriege und Kriegsvorbereitungen verwendet. Die Hauptrivalen des Kampfes um die Neuaufteilung der Welt, die USA mit 916 Milliarden und China mit 296 Milliarden US-Dollar liegen an der Spitze. Der deutsche Imperialismus, der Deutschland „kriegstüchtig" machen will, liegt mit 66,8 Milliarden US-Dollar an siebter Stelle bei den Top-Ten in den Kriegsvorbereitungen. Der laufende Krieg in der Ukraine wird vom Westen mit immer mehr Militärhilfe an die Selenskyj-Regierung weiter angeheizt. Während das imperialistische Russland in diesem mörderischen Krieg versucht, immer mehr Gebiete in der Ukraine zu erobern und zu besetzen.

Der Krieg in Palästina nimmt immer mehr den Charakter eines Genozids am palästinensischen Volk an. Nach 200 Tagen sind die Opferzahlen im Gaza-Streifen auf über 34 000 angestiegen! Und der Westen erklärt nach wie vor, Israel würde einen legitimen Verteidigungskrieg führen. In Deutschland wird jede Kritik an Israel als Antisemitismus diffamiert und ja, verboten! Im Namen der Demokratie! Schöne Meinungsfreiheit und Vielfalt! Während Aktionen für Solidarität mit dem palästinensischen Volk verfolgt werden, läuft eine von den Mainstream-Medien initiierte, staatlicherseits unterstützte Welle von Demos gegen den „Faschismus". Womit natürlich die AfD gemeint ist.

So können sich die Regierungs- und Oppositionsparteien auf diesen Aktionen als „antifaschistische Kämpfer:innen" zur Schau stellen. Antifaschismus, der den Kapitalismus nicht in Frage stellt, ist pure Heuchelei der Herrschenden. Das erleben wir auch aktuell in den beginnenden Kampagnen der Parteien zu den im Juni anstehenden EU-Wahlen.

Diese und andere Themen werden in dieser Ausgabe 94 der Trotz Alledem!, die ihr in der Hand haltet, behandelt.

Wir hoffen auf eure Unterstützung, eure Meinung, Kritiken und Beiträge für die nächste Ausgabe …

Euer Redaktionskollektiv

Wofür stehen wir?

Wir sind Kommunist:innen verschiedener Nationalitäten, die als Alternative zum imperialistischen BRD-System für die sozialistische Revolution in Deutschland arbeiten. 1996 erschien die erste Nummer unserer Zeitung Trotz alledem!. Für uns ist sie eine Waffe im Kampf für die Bolschewistische Partei in Deutschland. Trotz aller Abgesänge vom Ende des Kommunismus, von der ‚nicht machbaren Utopie' halten wir daran fest: Der Sozialismus ist keine Utopie! Er ist die einzige Alternative zur imperialistischen Barbarei. Unser Fundament ist die Theorie des Marxismus-Leninismus. Sie ist die in den unerbittlichen Kämpfen der internationalen Arbeiter:innenbewegung gewonnene Erkenntnis, Verallgemeinerung und Anleitung zur revolutionären Praxis. Die heutige revolutionäre Praxis des Parteiaufbaus umfasst die Entwicklung der Theorie der Revolution in der BRD, die Herausbildung von standhaften Kämpfer:innen und die Schaffung einer organisatorischen Struktur. Sie ist untrennbar verbunden mit unserem täglichen Klassenkampf. In den Fabriken wird sich die Avantgarde des Proletariats herausbilden, wenn der wissenschaftliche Sozialismus mit der Kampfkraft der Arbeiter:innen sich zusammenfügt.

Redaktionskollektiv *Trotz alledem!*

Fabrik-Zeitung Klasse gegen Klasse
Gegen Ausbeutung für Sozialismus!

Ausgabe Nr. 37 zum 1. Mai 2024

Nichts ist schwerer und nichts erfordert mehr Charakter, als sich in offenem Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: Nein.

Ignaz Wrobel alias Kurt Tucholsky 1921

WIR sagen NEIN!

**Wir Kommunist:innen befinden uns in offenem Gegensatz zu unserer Zeit.
Am Internationalen Kampftag der Arbeiter:innenklasse,
am internationalen Kampftag aller werktätigen Menschen!
SAGEN WIR NEIN!**

NEIN zu den herrschenden Verhältnissen!
NEIN zu Massenmord und Kriegstreiberei!

Der deutsche Staat ist eine imperialistische Großmacht. Also ein Staat, der die Interessen des deutschen Großkapitals vertritt und mit ALLEN Mitteln durchsetzt. Logischerweise ist also auch die Ampel-Regierung eine Kriegsregierung. Milliarden für den Krieg in der Ukraine. Zum Schutz der Werktätigen in der Ukraine? NEIN!

Sie sind nur Kanonenfutter im Kampf der kapitalistischen Mächte um Einflusszonen. Doch auch die deutsche Armee soll für den Profit deutscher Konzerne kämpfen: Nach den milliardenschweren Aufrüstungsprogrammen soll jetzt die Gesellschaft „kriegstüchtig" werden.

Wenn es nach den Kriegsstrategen in Deutschland und anderen NATO-Staaten geht, wird in den Ukraine-Krieg bald auch aktiv eingegriffen. Sogar die „EU-Atombombe" und die Umstellung der EU auf Kriegswirtschaft werden ernsthaft diskutiert.

In Gaza vollzieht Israel auch mit deutschen Waffen ein Massaker an der hungernden, in Elend und zerbombten Häusern lebenden Bevölkerung. Währenddessen führt die Bundeswehr mit ihren Kanonenbooten im Roten Meer den nächsten Kampfeinsatz zur „Sicherung des Welthandels" aus.

NEIN zu alledem! Trotz alledem!

NEIN zum Abbau sozialer und demokratischer Rechte!
NEIN zum ruhigen Hinterland für ihre imperialistischen Kriege!

Direkte Folge von Aufrüstung und Militarisierung sind massiver Sozialraub und Einschränkung demokratischer Rechte. Dazu gehören schärfere Polizeigesetze und Abbau von Freiheitsrechten, was auch der Absicherung der imperialistischen Politik nach außen dient. Kriegsstrategien werden in den Nachrichten diskutiert, die Wiedereinführung der Wehrpflicht wird gefordert und immer wieder betont, dass militärische Lösungen dazu dienen, „westliche Werte zu verteidigen".

Bei all dem Demokratie- und Sozialabbau bestehen diese „westlichen Werte" offensichtlich darin, dem deutschen Kapital ungehinderte Zugriff auf Rohstoffe, Märkte und Kapitalexport zu verschaffen.

NEIN zu Ampel-Regierung und Scheinopposition!

Irgendwas mit „Fortschritt" hat uns die Ampel versprochen. **Fortgeschritten ist die Krise, unter der wir Arbeiter:innen und Werktätige am meisten leiden.**

Die Schuldenbremse bedeutet tiefe Einschnitte in der sozialen Versorgung: Altersarmut, Totalsanktionen beim Bürgergeld, weitere Sanktionen gegen Geflüchtete, Sparmaßnahmen in der Bildung und Kürzungen in der Grundversorgung bei Gesundheit und Pflege.

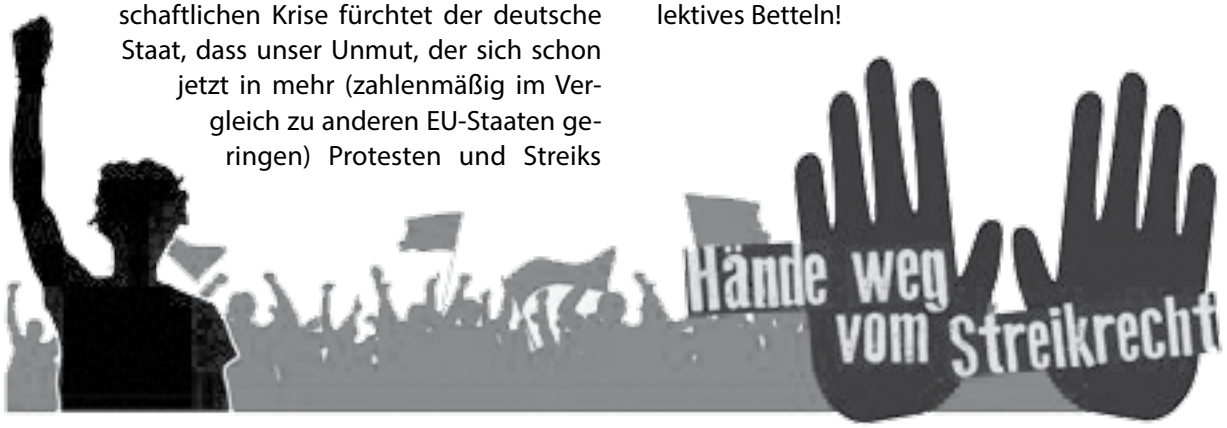
Gleichzeitig, wen wundert's?: Steuergeschenke für Reiche.
CDU/CSU versucht die Ampelregierung in eine Regierungskrise zu bringen und will wieder die Macht. Zu bieten hat diese Scheinopposition für uns werktätige Menschen genauso wenig. Das wissen wir genau: **Egal, welche Partei die Macht innehat, es gibt die selbe Kürzungspolitik und die gleichen Geschenke an Banken und Konzerne.**
Als weitere Scheinopposition betreibt die AfD faschistische Wühlarbeit und nutzt die Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik, um Mehrheiten für ihre faschistische Ideologie zu organisieren.
Offenbar erfolgreich: Die AfD legt mit Forderungen und Tabubrüchen vor und die bürgerlichen etablierten Parteien ziehen mit Gesetzen nach, um der AfD „den Wind aus den Segeln zu nehmen". **Doch die Faschisierung im deutschen Staat geht voran:** Egal ob Grüne, SPD, CDU/CSU oder FDP: Alle Regierungen haben die Freiheitsrechte in den letzten Jahren eingeschränkt. Der Umgang mit politischem Protest zeigt es deutlich. Klimaaktivist:innen, die wochenlang in Präventivhaft saßen, das Verbot von Demos gegen den Krieg Israels in Gaza oder die Verschärfung des Gesinnungsparagraphen 129 StGB (Bildung krimineller Vereinigungen).
Hinzu kommt staatlicher Rassismus: Geflüchteten Menschen wird in Lagern das Leben zur Hölle gemacht, Racial Profiling der Polizei und die Verhinderung der Aufklärung von NSU-Komplex und rassistischen Morden zeigt allen Migrant:innen und fortschrittlichen Menschen in Deutschland, dass sie unerwünscht sind. Lächerlich ihre „antifaschistischen, antirassistischen" Auftritte nach den veröffentlichten Massendeportationsplänen Anfang des Jahres.
Nicht nur durch die Einschränkung von Freiheitsrechten und institutionellem Rassismus machen sie sich zum Steigbügelhalter des Faschismus: Der Staat verfolgt alle, die sich den herrschenden Zuständen entgegenstellen, insbesondere Antifaschist:innen mit aller Härte.
Angesichts der sich zuspitzenden wirtschaftlichen Krise fürchtet der deutsche Staat, dass unser Unmut, der sich schon jetzt in mehr (zahlenmäßig im Vergleich zu anderen EU-Staaten geringen) Protesten und Streiks äußert, in eine größere politische Krise umschlagen könnte. Für diesen Fall sollen passende Gesetze und ein eingespielter Repressionsapparat bereitstehen.

NEIN zu Faschisierung und Nazi-Aufschwung!
Die staatliche Faschisierung und wachsende Zustimmung für faschistische Tendenzen in der Gesellschaft – Folge der allgemeinen kapitalistischen Krise. Dazu gehören: Der Aufschwung der AfD, der Abschiebekurs der Regierung und das immer schärfere Vorgehen des Staates gegen klassenkämpferische, revolutionäre Politik.

NEIN zu Ausbeutung von Mensch und Natur!
Ihr Reichtum basiert auf unserer Ausbeutung und der vernichtenden Ausbeutung der natürlichen Ressourcen. Ihr Profit vernichtet unseren Planeten. **In diesem kapitalistischen System lebt eine kleine, reiche Minderheit auf Kosten der breiten Mehrheit, der Arbeiter:innenklasse. Und lebt mit maßloser Zerstörung auf Kosten der Natur.** Aber dieses System folgt keinem Naturgesetz und ist auch nicht von höherer Macht eingesetzt. Dieses System ist der Ausdruck der herrschenden Klasse: der Bourgeoisie.

NEIN zum kapitalistischen Ausbeutungssystem!
Wir, die Arbeiter:innenklasse und werktätigen Menschen können uns von der zerstörerischen Macht dieses Systems nur befreien, wenn wir es stürzen! Für eine sozialistische Zukunft, in der die Jagd nach Profit beendet ist, und damit weder Krieg noch Ausbeutung geschweige denn Faschismus eine Grundlage haben. In der wir uns dem Kampf für die endgültige Befreiung von aller Unterdrückung stellen können. Voraussetzung für die vollständige Befreiung von allen Klassengegensätzen ist der Sozialismus! **Den wollen und werden wir erkämpfen!**
JA! JA! JA! JA! JA! JA! JA! JA! JA!

Angriff auf das Streikrecht NEIN!
Ohne das Recht auf Streik ist der Kampf zur Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen nur kollektives Betteln!



JA zum Streikrecht!
JA zur Ausweitung des Streikrechts!
JA zu den Streiks der kämpfenden Kolleg:innen!

„Reformiert das Streikrecht!: Der Staat darf sich von Weselsky nicht erpressen lassen. GDL-Chef Claus Weselsky darf mit seinen Bahnstreiks nicht länger das halbe Land in Geiselhaft nehmen."

So tönt es aus den Reihen von CDU/CSU & FDP. In Person fordert mit diesen Worten Generalsekretär Bijan Djir-Sarai eine Einschränkung des Streikrechts. *„Wir brauchen umfassende Reformen beim Streikrecht im Bereich der kritischen Infrastruktur"*, so Djir-Sarai. *„Dazu gehören Instrumente wie verpflichtende Schlichtungen, klare Streikfristen und die Möglichkeit, Verhandlungsführer auszutauschen. Auch müssen wir über eine generelle Einschränkung des Streikrechts in sensiblen Bereichen sprechen."*

Gerade bei der kritischen Infrastruktur sei es zentral, *„dass die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleibt und eine maßlose Streikgier, wie wir sie erlebt haben, in Zukunft unterbunden wird"*, sagte der FDP-Politiker.

Danke! Das macht deutlich, wessen Demokratie in diesem Land vertreten wird. Wir werktätigen Menschen dürfen schuften, das System am Laufen halten und den Reichtum vermehren. Kämpfen, um berechtigte Forderungen durchzusetzen, dürfen wir nur, wenn die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleibt. Betteln dürfen wir, um Krümel bitten ... sonst nix.

Das Streikrecht in Deutschland ergibt sich aus dem Grundgesetz. Da steht aber nichts von „Streikrecht". § 9 GG regelt das Koalitionsrecht, das Recht, sich für die eigenen Interessen im Betrieb, in einer Branche zusammen zu schließen, Koalitionen zu bilden. Mit anderen Worten, hier steht, dass wir uns in Gewerkschaften organisieren dürfen. Alles Weitere beruht auf Richterrecht, also vor allem auf Urteilen des Bundesarbeitsgerichts.

Und jetzt wird's spannend! Hans Carl Nipperdey war von 1954 bis 1963 erster Präsident des Bundesarbeitsgerichts und hat in dieser Funktion das deutsche Streikrecht geprägt. Nipperdeys Karriere begann bereits im Hitlerfaschismus. Unter seiner Mitwirkung wurde das Weimarer Arbeitsrecht im Sinne der Nazi-Ideologie umgeschrieben. Der Kern war, dass die Arbeiter:innen als „Gefolgschaft" dem „Betriebsführer" bedingungslos untergeordnet wurden. Streiks seien nicht nur für die Betriebe sondern auch schlecht für die Arbeiter:innen, weil sie die nationale Wirtschaft gefährden. Das „Volks-Schicksal" verdeckt die Klassengegensätze und schließt den Klassenkampf aus. Für einen Nazi-Ideologen wie Nipperdey ist der Streik an sich unerwünscht. Demnach muss das Streikrecht beschränkt werden.

Für kommende Lohnforderungen halten wir uns an die schwindelerregenden Einkommenszuwächse der Hyper-Manager!

Im Jahr 2023 „verdiente" Mercedes-Chef Ola Källenius 12,74 Millionen Euro. Das waren 80 Prozent mehr für ihn als im Jahr 2022.
Oliver Blume erhielt als Chef der Dax-Konzerne VW und Porsche 9,71 Millionen Euro.
Belen Garijo, die einzige Frau, die einen Dax-Konzern führt, übertraf 2023 bei der Merck KGaA mit einer konstanten Vergütung von 10,53 Millionen Euro zum dritten Mal in Folge die Zehn-Millionen-Schwelle.

Es müssen nicht Millionen sein – NEIN. 80 Prozent mehr Einkommen in allen Branchen auch bei Renten und anderen Sozialleistungen, das wäre drin und auch im Kapitalismus machbar – JA!

Ist schon finster, wie das der aktuellen Argumentationslinie ähnelt...

Wir wollen nicht kollektiv betteln, und wir wollen unser bestes Mittel im Kampf um die Verbesserung unserer Lage nutzen. **Wir wollen den Streik!**

Tatsächlich ist dies der Hebel mit dem wir wirklich Macht ausüben, Dinge verändern können. Appelle an die Regierung oder gar an die Kapitalisten, Petitionen schreiben, Proteste organisieren, die Öffentlichkeit aufrütteln. All das bringt oft nur kosmetische Reformen.

Wenn Arbeiter:innen das Recht auf Streik nutzen und dann von den Herrschenden diffamiert werden, MÜSSEN wir solidarisch sein! Ja, es ist schwierig, den eigenen Arbeitsalltag zu wuppen, wenn die Bahn nicht fährt, die Kita geschlossen ist, die OP wegen Streik verschoben wird.

Trotz alledem sagen WIR
JA zu Solidaritätsstreiks!
JA zum Recht auf politischen Streik!

Beides ist in Deutschland nach geltender Rechtsauslegung verboten. Das war der Kampf für den Achtstundentag vor über hundert Jahren auch...

Überwinden wir unsere Angst, überwinden wir unseren Glauben an die Politik. Stehen wir ein für unsere gemeinsamen Interessen – dafür müssen wir kämpfen und streiken!!!

NEIN zum DGB 1. Mai-Aufruf 2024

„Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit
Unsere Antwort heißt Solidarität!"

Unser Kommentar zitiert nur wenige Sätze aus dem Phrasen-Bierzelt-Solidaritäts-Aufruf:

„Wir Gewerkschaften sorgen dafür, dass sich die Menschen den vielen Umbrüchen unserer Zeit nicht schutzlos ausgeliefert fühlen müssen."

Ne, is klar … Wer uns immer wieder und immer noch weismachen will, dass es im Kapitalismus für uns Werktätige Sicherheit geben kann, kriegt von uns ein deutliches NEIN!

„Der Staat muss endlich wieder handlungsfähig werden. Jeder Euro, der jetzt richtig investiert wird, führt morgen zu mehr Wohlstand."

DGB ist offenbar davon überzeugt: „Richtige Investitionen" verbessern UNSERE Lage.

NEIN. Dieses Wohlstands-Blabla täuscht uns nicht.

„Und der Sozialstaat muss verlässlich bleiben. Bei Krankheit, im Alter, bei Arbeitslosigkeit: Beschäftigte brauchen ein starkes Sicherheitsnetz in der Arbeitswelt. Das gilt gerade jetzt."

NEIN auch diesem Gewäsch gehen wir nicht auf den Leim!

Wer für Waffenlieferungen und damit für Krieg ist (IG Metall, ver.di...) und dann von einem sicheren Sozialstaat faselt, verkauft uns Arbeiter:innen wirklich für dumm.

„Frieden, Freiheit, Demokratie und Wohlstand. Dafür kämpfen wir – am 1. Mai und an jedem anderen Tag im Jahr. Mit uns ist mehr drin: Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit."

Hey DGB – NEIN!

Ob DGB oder seine Mitglieds-Gewerkschaften, sie sind alle **keine kämpferischen**, unsere Interessen wirklichen vertretenden Organisationen.

Völlig ungeeignet, die kapitalistische Klasse und ihr Ausbeutungssystem anzugreifen.

Sie wollen das auch gar nicht. Ihr Plan heißt Sozialpartnerschaft, Tarifpolitik und betriebsverfassungsrechtliche Mitbestimmung. Dort, wo klassenkämpferische oder gar revolutionäre Arbeiter:innen aktiv sind, werden vom Gewerkschaftsapparat Schranken gezogen und diese möglichst aus den Gewerkschaften verdrängt. Denn der „soziale Frieden" soll auf gar keinen Fall gefährdet werden. Die Klassenzusammenarbeit steht über allem.

Der vom DGB in seinem Aufruf zum 1. Mai 2024 geforderte Wohlstand ist dann – von wegen: *Unsere Antwort heißt Solidarität* – auch ein nationaler – pfui bäh!

Wir rufen dennoch dazu auf, innerhalb der Gewerk-

Wie schnell es gehen kann – wie einheitlich sie vorgehen, die Herrschenden und ihre heuchlerischen Handlanger, zeigt ein aktuelles Beispiel selbstherrlicher Betriebspolitik im Klinikum Bremen Mitte ... Klinikleitung und Betriebsrat Hand in Hand! Zum K…..!

Weil sie anlässlich des Tages der politischen Gefangenen am 18. März eine Solidaritätskundgebung vor dem Frauengefängnis in Vechta, in dem Daniela Klette zur Zeit einsitzt, angemeldet hat, wird die kämpferische Gewerkschafterin, Krankenpflegerin und Betriebsrätin Ariane Müller von der Klinikleitung sanktioniert.

Die Gesundheit Nord gGmbH gibt Anweisung, dass die Kollegin Ariane Müller das Gelände nur ***„nach ausdrücklicher Zustimmung des Geschäftsbereichs Personal betreten"*** und ***„ohne vorherige Zustimmung auch keinen Kontakt zu unsren Beschäftigten aufnehmen"*** darf. Außerdem werde geprüft, ob die in der Öffentlichkeit getätigten Aussagen bei der Kundgebung Auswirkungen auf das Beschäftigungsverhältnis haben.

Das ist gelinde gesagt, ein Skandal!

Das Recht, sich als Privatperson, politisch zu engagieren, das Demonstrationsrecht darf nicht mit Disziplinarmaßnahmen im Betrieb geahndet werden.

Unabhängig, wie die Krankenhausleitung und der Betriebsrat zu den Inhalten der von Ariane als Privatperson und in ihrer Freizeit angemeldeten Kundgebung stehen. Aber der für solche Fälle zuständige Betriebsrat steht nicht hinter seiner Kollegin und hat die Repression mit dem Entzug der Freistellung von Betriebsrätin Ariane erst losgetreten.

NEIN zur Klassenzusammenarbeit Solidarität! JA!

„Wie ihr wisst, ist Ariane weit über das Klinikum Bremen Mitte als kämpferische Gewerkschafterin und Betriebsrätin, als Aktivistin für mehr Krankenhauspersonal bekannt. Sie hatte das Bremer Volksbegehren für mehr Personal in Krankenhäusern maßgeblich mit angestoßen und wurde als Bremer Frau des Jahres 2021 bekannt" schrieb die Solidaritätsinitiative in einem offenen Brief an die Krankenhausleitung.

„Wir befürchten, dass Ariane Müller auch stellvertretend für andere Kolleginnen und Kollegen, die sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen, eingeschüchtert werden soll."

Ariane arbeitet seit 1981 im Klinikum Bremen Mitte und wurde von den Beschäftigten als Betriebsrätin gewählt:

„Die Solidaritätsaktion bestärkt mich einfach. Trotz dieser Hetzkampagne sind andere Beschäftigte, Kolleginnen und Kollegen, Freunde und auch ganz fremde Leute solidarisch", sagte Ariane gegenüber der Tageszeitung junge welt.

„Ich weiß, ich werde nicht einknicken. Ich werde mich nicht verkaufen."

Deine Haltung zeigt und gibt Mut! Wir stehen hinter dir, Ariane!

schaften kämpferisch aufzutreten und sich gegen die Betriebsratsbosse und Gewerkschaftsbonzen zu stellen und zu organisieren. Im Vertrauensleute-Körper oder in kämpferischen Betriebsgruppen. Die gewerkschaftliche Organisierung ist die einfachste, breiteste, erste Form der Organsierung überhaupt.

Ohne Organisierung sind wir aber nichts!

Wir müssen für den Kampf um unsere Interessen alle möglichen Strukturen nutzen, erst recht in diesen Zeiten, in denen die Bewegung für die sozialistische Revolution schwach ist.

Nun denn, das tun wir! JA!

Es lebe der revolutionäre 1. Mai!
Es lebe der Kampftag der Arbeiter:innenklasse
und der werktätigen Menschen weltweit!
Es lebe das internationale Proletariat!
Hoch die Internationale Solidarität!

Egal, wo wir sind:
WIR tragen unsere Haltung auf die Straßen und Plätze
WIR vertreten sie im Alltag innerhalb und außerhalb unserer Arbeitsstätten
WIR sind Kommunist:innen am 1. Mai und jedem anderen Tag!

Solidarität heißt Klassenkampf!

Erst, wenn wir Arbeiter:innen und werktätigen Menschen uns bewusst sind, dass wir als KLASSE die Ungerechtigkeit abschaffen können, haben wir auch die Kraft, gegen dieses System zu kämpfen. Das lohnt sich! Auf dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft im Kommunismus lernen wir im Sozialismus, wie das Leben funktionieren kann ohne Ausbeutung von Mensch und Natur.
Weil wir die „Große Menschheit" lieben, lieben wir die Revolution!
Weil wir diesen Planeten lieben, lieben wir die Revolution!

Heraus zum 1. Mai!
Revolutionär optimistisch für Klassenkampf und Sozialismus!
Kampf dem System! Trotz alledem!

Staatlich verordneter „Anti"faschismus – Pure Heuchelei!

Aktuelle Herausforderung
Revolutionär-antifaschistischer Widerstand!

Überall im Land sind seit Mitte Januar an die Hunderttausende, ja Millionen Menschen auf die Straße geströmt, um subjektiv wahlweise gegen die „EkelhAFD", „gegen Rechts", gegen „den Faschismus" zu demonstrieren. Ausgangspunkt dieser wahrhaft beeindruckenden Massenbewegung war ein Bericht von „Correctiv". Dieses Recherchekollektiv, ein Zusammenschluss „unabhängiger, investigativer Journalist:innen" hat am 10. April 2024 einen Bericht über ein Treffen bekannter, teilweise unter Beobachtung des deutschen Verfassungsschutzes stehender deutscher und österreichischer Neonazis in einem Schloss-Hotel in der Nähe Potsdams veröffentlicht.

In diesem unter dem reißerischen Titel *„Geheimplan gegen Deutschland"* [1] publizierten Artikel wurden teilweise Reden und einige Fotos der teilnehmenden Fascho-Größen, darunter auch einige AfD-Funktionär:innen, dokumentiert. Über dieses ominöse Treffen heißt es eingangs: *„Von diesem Treffen sollte niemand erfahren: Hochrangige AfD-Politiker, Neonazis und finanzstarke Unternehmer kamen im November in einem Hotel bei Potsdam zusammen."*

Also ein Geheimtreffen, in dem auch für zufällig vorbeischauende Gäste offenen Schloss Hotel! Im Correctiv-Artikel heißt es: *„Auch im Haus konnten wir verdeckt filmen. Ein Reporter war mit einer Kamera undercover vor Ort und unter anderem Namen im Hotel eingecheckt"*. Dass dieses mitnichten nicht, oder im bestem Fall sehr provinziell, amateurhaft, wichtigtuerisch als geheim vorbereitete Treffen zu einem „Geheimtreffen" hochstilisiert wurde, ist das Verdienst des Correctiv-Berichts. Demnach handelte es sich um ein „Geheimtreffen" mit einem „Geheimplan" zur „Remigration".

Was im Soziologen-Deutsch „Remigration" heißt, bedeutet im Juristen-Deutsch „Rückführung von Migrant:innen". Und dieser Mechanismus ist keinesfalls geheim oder neu, sondern geltendes Recht und Praxis in diesem ach so demokratischen deutschen Land. So wurde am 18. Januar 2024 im deutschen Bundestag das von der Ampelkoalition vorgelegte „Rückführungs-Verbesserungsgesetz" verabschiedet. Kern der in diesem Gesetz vorgenommenen „Verbesserungen" (!!!) sind die *„erweiterten Durchsuchungsmöglichkeiten und eine Ausdehnung des Ausreisegewahrsams" sowie die „Erleichterung der Abschiebungen"* etc. [2]

Viele Heuchler:innen aus dem Bundestag hatten die Dreistigkeit, in den Tagen, als sie über dieses Gesetz debattiert und es verabschiedet haben, bei den antifaschistischen Demos gegen die AfD-Faschisten mitzulaufen, ja sogar gegen die *„ungeheuerlichen Pläne der AfD"* Reden zu schwingen!

Dabei hatten sie gerade ein Gesetz, das von der AfD stammen könnte, verabschiedet. Ein Gesetz, das die effiziente, massenhafte Abschiebung vieler Migrant:innen erleichtern wird.

Was ist neu?

Auf der Website von Correctiv werden die am häufigsten gestellten Fragen zum Bericht beantwortet. Darunter auch die Frage *„Die AfD benutzt doch schon länger den Begriff „Remigration". Was also ist neu an der Recherche?"* Diese wird wie folgt beantwortet:

„Wenn die AfD öffentlich über ‚Remigration' spricht, benutzt sie diesen Begriff anders als im Geheimtreffen. Offiziell spricht die Partei in ihren Stellungnahmen davon: Sie wolle dafür sorgen, dass straffällig gewordene Asylbewerber oder geduldete Schutzsuchende Deutschland verlassen. Beim Treffen in Potsdam dagegen wurde der Begriff für etwas ganz anderes genutzt:

Die Teilnehmer an der Runde sprachen explizit darüber, dass deutsche Staatsbürger mit Zuwanderungsgeschichte dazu gedrängt werden sollten, das Land freiwillig zu verlassen. Der bekannte Neonazi Martin Sellner, der ja

1 correctiv.org/themen/geheimplan-recherche/

2 bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw03-de-rueckfuehrung-986284

den Hauptvortrag auf dem Treffen hielt, vertritt diese These in seinem Buch. Er spricht von mehreren Gruppen, die aus dem Land vertrieben werden sollen.
Dass sich nun AfD-Politiker aus dem Bundestag, aus dem Umfeld des Bundesvorstandes und ein Fraktionsvorsitzender offensiv mit der Umsetzung seines Planes befassen, ***war der Öffentlichkeit bisher nicht bekannt****."* [3]
Das stimmt so **einfach** nicht.
Schon lange ist der Öffentlichkeit bekannt, dass verschiedene AfD-Politiker:innen offene Rassist:innen mit der Ideologie einer arisch-deutschen Herrenrasse sind, die sogar in ihren Bundestagsreden keinen Hehl daraus machen, dass sie lieber eine *„ausländerfreie, reine Heimat"* hätten, die leider durch *„Burkaträgerinnen, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse"* ausgenutzt werden würde. Diese Tatsache ist aber wohl den Correctiv-Rechercheur:innen entgangen! [4]
Ein Nazi, wie Höcke, der wahrlich keine unwichtige Figur in der AfD ist, schwadroniert seit Jahren davon, dass „das deutsche Volk zur Minderheit im eigenen Land" wird, auch das ist den Rechercheur:innen vielleicht entgangen. Hier einige Höcke-Original-Zitate:
„Heimat verliert man dadurch, dass man zur Minderheit im eigenen Land wird. In den westdeutschen Großstädten ist es mittlerweile so, dass wir Deutschen Minderheit im eigenen Land sind." „Die sogenannte Einwanderungspolitik, die nichts anderes ist als eine von oben verordnete multikulturelle Revolution, die nichts anderes ist als die Abschaffung des deutschen Volkes." [5]
Auch die Position der AfD hinsichtlich der Migration, die seit 2021 „Null Zuwanderung" lautet, ist den Rechercheur:innen der Correctiv-Teams wohl nicht bekannt?!
„Remigration gegen die Umvolkung" ist Bestandteil des AfD Programms! [6]

Grundgesetz: Deutsche und „Ausländer"

Das ist auch genau der „Plan" des österreichischen Faschisten Sellner, den er in dem Geheimtreffen als Gastredner vorgetragen hat. Der Correctiv-Bericht fasst diesen Plan folgendermaßen zusammen:
„Menschen sollen aus Deutschland verdrängt werden können, wenn sie die vermeintlich falsche Hautfarbe oder Herkunft haben – und aus Sicht von Menschen wie

Sellner nicht ausreichend ‚assimiliert' sind. Auch wenn sie deutsche Staatsbürger sind. Es ist gegen die Existenz von Menschen in diesem Land gerichtet. Das wäre ein Angriff auf das Grundgesetz – auf das Staatsbürgerrecht und auf den Gleichheitsgrundsatz."
Also, für das Correctiv-Team geht es letztendlich darum, den vermeintlichen Angriff der Faschos auf „das Grundgesetz – auf das Staatsbürgerrecht und auf den Gleichheitsgrundsatz" bloßzulegen und zu bekämpfen. Wahrscheinlich deswegen titeln sie ihren Bericht auch nicht als „Geheimplan für Deportation der nicht assimilierten Ausländer aus Deutschland" oder ähnliches, sondern als „Geheimplan gegen Deutschland!"
Im „Grundgesetz für die BRD" (GG) ist aber bereits die rassistische Herangehensweise angelegt. Schon in der Präambel des GG heißt es: *„Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleich berechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben."* [7]
„Ganz natürlich" wird nur vom „Deutschen Volk" geredet, ohne irgendwo zu erklären, aus wem dieses Subjekt besteht.
Das Versammlungsrecht (Demorecht) (GG § 8), das Recht darauf „Vereine und Gesellschaften zu bilden" (GG § 9), das Recht auf „Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet", (GG § 11), das Recht auf „Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen", (GG § 12) werden nicht allen Menschen, die in Deutschland leben zugestanden, sondern nur den „Deutschen". Damit sind diese Grundrechte einem Teil der in Deutschland lebenden Menschen, den „Ausländer:innen" ausdrücklich entzogen.
Statistisch lebten 2023 in Deutschland insgesamt 83,875 Millionen Menschen.

3 correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/19/faq-geheimplan-recherche-correctiv/#neu
4 de.euronews.com/2018/05/16/alice-weidel-afd-spricht-im-bundestag-von-kopftuch-madchen-und-messer-mannern
5 volksverpetzer.de/hintergrund/25-hoecke-zitate/
6 diss-duisburg.de/2024/01/von-umvolkung-zu-remigration/
7 gesetze-im-internet.de

Davon sind 58,968 Millionen Menschen ohne Migrationshintergrund. 24,907 Millionen sind Menschen mit Migrationshintergrund. D.h. etwa 30 Prozent der Wohnbevölkerung Deutschlands waren – ethnisch gesehen – Nicht-Deutsche! 12,509 Millionen, etwa 15 Prozent der Menschen, die 2023 in Deutschland lebten, waren „Ausländer:innen". [8]

D.h. Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft! Im GG Deutschlands werden ihnen die oben genannten Grundrechte vorenthalten!

Da ist es in Zukunft nur ein kleiner Schritt dahin, dem Teil der Bevölkerung, die nicht ethnisch deutsch aber deutsche Staatsbürger:innen sind, diese Rechte abzuerkennen. Und dieses Grundgesetz wird von Correctiv-Teams hochgehalten!

Skandal und antifaschistische Massenbewegung

Der Bericht von Correctiv über das Faschistentreffen wurde in allen Mainstream-Medien, angefangen von den Staatsmedien gleichzeitig veröffentlicht und hat viele Menschen erschüttert, die bis dahin die Gefahr, die von Faschisten ausgeht, nicht wahrgenommen oder nicht ernst genommen haben.

Die von Antifas seit Jahren geführten antifaschistischen und antirassistischen Kämpfe, Aktionen, Demos, Mahnwachen etc. nahmen auf einmal explosionsartig zu und Massencharakter an. Die Menschen folgten massenhaft den Aufrufen zu Aktionen „Gegen die faschistische Gefahr." „Nie wieder ist jetzt" war für viele die Parole der Stunde. Beeindruckend und ermutigend war, dass so viele Menschen zusammenkamen und sich subjektiv massiv gegen den Faschismus und die faschistische Gefahr gewandt haben.

Allerdings ist dabei folgender Fakt zentral wichtig. Die herrschende Klasse, die Bourgeoisie braucht momentan die faschistische Bewegung nicht für ihren Machterhalt, sondern nur als eine etwaige Reserve für die Zukunft. Sie kann sich deswegen, mehrheitlich getrost als „antifaschistisch" geben.

Die AfD und andere offen faschistische Parteien und Gruppen dienen heute dieser Mehrheit der Bourgeoisie als Instrumente für ihren Machterhalt. Diese werden verwendet, um den Kampf gegen den Faschismus zu einem Kampf für die Erhaltung des Systems, der den Faschismus in sich trägt und gebiert, für den Erhalt des Kapitalismus umzufunktionieren. Gleichzeitig auch, um zu verhindern, dass sich der antifaschistische Kampf radikalisiert und sich zu einem Kampf gegen die Wurzeln des Faschismus, zum Kampf gegen das kapitalistische System entwickelt.

Die bürgerliche Politiker:innenkaste, die sich aus allen bürgerlichen Parteien rekrutiert, einschließlich Faschisten wie Aiwanger & Co, hat versucht und versucht es weiterhin, die Massenbewegung aktuell als ein Vehikel für ihre anstehenden Regional- und Europawahlen zu verwenden. Sie zielt darauf ab, die lästige, in manchen ostdeutschen Ländern ziemlich stark angewachsene, sich als angeblich einzige „Oppositionspartei in Deutschland" positionierende Konkurrenzpartei AfD in die Schranken zu weisen.

Georgi Dimitroff
Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus

Der Faschismus an der Macht, Genossen, ist, wie ihn das 13. Plenum des EKKI charakterisiert hat, *„die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals."* (...) Der Faschismus – das ist nicht eine Form der Staatsmacht, die angeblich, „über beiden Klassen, dem Proletariat und der Bourgeoisie, steht", wie zum Beispiel Otto Bauer behauptet hat. Das ist nicht „aufständisches Kleinbürgertum, das von der Staatsmaschine Besitz ergriffen hat", wie der englische Sozialist Brailsford erklärt. Nein, der Faschismus – das ist nicht eine über den Klassen stehende Macht, auch nicht die Macht des Kleinbürgertums oder des Lumpenproletariats über das Finanzkapital. Der Faschismus – das ist die Macht des Finanzkapitals selbst. Das ist die Organisierung der terroristischen blutigen Niederhaltung der Arbeiterklasse und des revolutionären Teils der Bauernschaft und der Intellektuellen. Der Faschismus in der Außenpolitik – das ist der Chauvinismus in seiner brutalsten Form, der einen tierischen Haß gegen die anderen Völker züchtet. (…)

Aber welche der Maske der Faschismus auch aufsetzen, in welchen Formen er auch auftreten und auf welchem Weg auch immer er zur Macht gelangen mag,

der Faschismus – das ist die grausamste Offensive des Kapitals gegen die werktätigen Massen;
der Faschismus – das ist der zügelloseste Chauvinismus und Raubkrieg;
der Faschismus – das ist die wütende Reaktion und Konterrevolution;
der Faschismus – das ist der schlimmste Feind der Arbeiterklasse und aller Werktätigen!

Georgi Dimitroff, Bericht auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, 02.08.1935, Ausgewählte Schriften, Bd. 2, S. 525 ff, S. 530

8 destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/migrationshintergrund-geschlecht-insgesamt.html

Vor allem die AfD und andere offen faschistisch agierende Gruppen werden bewusst mit dem Faschismus identifiziert. Der Kampf gegen Faschismus wird bewusst auf den Kampf gegen die AfD & Co reduziert.

Mit Heuchler:innen keine Einheit!

So können die anderen bürgerlichen Politiker:innen und Parteien, die für die Entwicklung des Faschismus in Deutschland bisher die Hauptverantwortung trugen und auch nach wie vor tragen, sich als antifaschistische Kämpfer:innen ausgeben.
Ja, sie sind die Hauptverantwortlichen der inneren Faschisierung in Deutschland. Sie sind diejenigen, die die Verschärfung der Asylgesetze, der Polizeigesetze etc. beschlossen haben. Sie verantworten z.B.: die Morde der NSU an neun Migrant:innen. Die Täter wurden nachweislich von V-Männern des Verfassungsschutzes beobachtet und „begleitet". Zum Beispiel, ihr „Klein Adolf" genannter Verfassungsschutzbeamter, der den Mord an Halit Yozgat miterlebt, wenn nicht selbst ausgeführt hat!
Diese Politiker:innen sind auch diejenigen, die die Militarisierung in Deutschland massiv vorantreiben. Sie sind diejenigen, die Deutschland praktisch zur Kriegspartei im laufenden **Krieg in der Ukraine** gemacht haben. Sie sind diejenigen, die im völkermörderischen **Krieg in Palästina** ohne Wenn und Aber Deutschland hinter der zionistischen Politik des Netanyahu-Kriegskabinetts positioniert haben.
Es reicht heute in Deutschland nicht aus, sich von der radikal-islamistischen Hamas und von ihren terroristischen Methoden zu distanzieren. Nein, die herrschende Politik fordert ein, dass im Namen der deutschen Staatsräson Israel ohne Wenn und Aber in ihrem angeblichen „Verteidigungskrieg" gegen Hamas unterstützt werden muss.
Dass in diesem angeblichen „Verteidigungskrieg" über 2,4 Millionen Palästinenser:innen zu Flüchtlingen im eigenen Land gemacht werden, dass seit dem Beginn des Kriegs an die 34 000 Palästinenser:innen [9] durch israelische Soldat:innen getötet worden sind, dass über die Hälfte aller Gebäude im Gaza-Streifen durch Bombardements dem Erdboden gleich gemacht worden sind, dass die Menschen im Gaza-Streifen weder über Nahrung, noch Trinkwasser, geschweige denn Medikamente oder Gesundheitsversorgung verfügen, ist für sie nicht Grund genug, die israelische Kriegspolitik zu verurteilen und sich menschlich zu verhalten - nicht mehr und nicht weniger!
Nein, sie diskutieren darüber, im Namen des antirassistischen Kampfes, den Schutz Israels im Grundgesetz als „Staatsräson" zu verankern. Jede/r Migrant:in aus Ländern mit islamischer Bevölkerungsmehrheit, vor allem aber aus arabischen Ländern ist „an sich" verdächtig ein/e Judenfeind:in zu sein. Bevor sie anfangen, sich zum aktuellen Krieg in Palästina zu äußern, bevor sie Kritik an der zionistischen Politik zu äußern wagen, müssen sie sich grundlegend von der Hamas distanzieren. Und das in dem Land der judenfeindlichsten Täter:innen, die die Welt je erlebt hat! Die Last der Sechs Millionen in industriellen Mordmaschinen getöteten europäischen Jüd:innen wird nicht dadurch weniger, dass die deutsche Politik sich als „Zionistenversteher:in" ausgibt.
Das Erstarken der faschistischen Parteien in Deutschland, die sich entwickelnde faschistische Bewegung ist eine Gefahr, die bekämpft werden muss. Nicht, weil das eine Gefahr für „Deutschland" ist. „Deutschland" ist heute ein Synonym für den Staat der herrschenden imperialistischen deutschen Bourgeoisie. Nicht, weil das eine Gefahr für die „Demokratie" ist. Demokratie ist heute die Regierungs-Form der Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiter:innenklasse und werktätige Bevölkerung aus verschiedenen Nationalitäten in Deutschland.
Nein, wir müssen den Faschismus bekämpfen, weil er einer der schlimmsten Feinde der Arbeiter:innenklasse und der Werktätigen ist. Allerdings müssen wir den Kampf in dem Bewusstsein führen, dass der Faschismus eine Form der Diktatur der Bourgeoisie ist.
Der antifaschistische Kampf muss als Kampf gegen die Macht der Bourgeoisie begriffen und geführt werden. Wir müssen ihn führen mit dem Bewusstsein, dass Faschismus ein Produkt des Kapitalismus ist. Er muss als Kampf gegen den Kapitalismus begriffen und geführt werden. Und wir müssen ihn heute in Deutschland im Bewusstsein der Tatsache führen, dass eine faschistische Machtübernahme von der übergroßen Mehrheit der Bourgeoisie noch nicht als nötig, ja aktuell als geschäftsschädigend angesehen wird.
Eine antifaschistische Einheitsfront mit antifaschistischen Teilen der Bourgeoisie in Deutschland steht heute nicht auf der Tagesordnung.
Die Vertreter:innen der bürgerlichen Parteien, die heute auf antifaschistischen Aktionen auftreten, sind keine Antifaschist:innen sondern Heuchler:innen, die mit Schimpf und Schande davongejagt gehören.
Alle demokratischen, antifaschistischen, revolutionären und kommunistischen Bewegungen & Organisationen stehen vor der dringlichen Aufgaben, die Werktätigen, die Arbeiter:innen in diesem Kampf zusammenzuschließen und diesem System den Kampf anzusagen!

9 Stand Mitte April 2024

Eindrücke – Ausblicke
Massenaktionen gegen die AfD
Lasst uns den Faschismus bekämpfen! Aber wie?

Über die Campact-Aktion vom 21. Januar 2024 Berlin

„Demokratie verteidigen gegen Rechtsextremismus“

Der innere Faschismus entwickelt sich in Europa und Deutschland. Nazi-Parteien und Gruppen werden immer stärker. Die Alternative für Deutschland (AfD) ist derzeit im Osten Deutschlands die stärkste Partei. In Deutschland gewinnen rassistische Gruppen/Parteien erheblich an Stimmen.

Einerseits nimmt die Zahl rassistischer Gruppen zu, andererseits wächst der Rückhalt in der Masse der Wähler:innen rassistischer Parteien. Das Umfeld für die Entwicklung des Rassismus wird von den deutschen herrschenden Klassen vorbereitet. Das Thema des Konflikts zwischen den Herrschenden sind **Flüchtlinge und Einwander:innen**. Es wird gesagt, dass Einwander:innen die Quelle allen Übels sind! Diejenigen, die vor Krieg und Unterdrückung in ihren Ländern fliehen müssen, kommen auf Migrations-Fluchtwegen nach Deutschland. Auf ihrem Weg sind die Flüchtlinge mit vielen Schwierigkeiten konfrontiert. Diejenigen, die es bis nach Deutschland schaffen, sind Angriffen von Rassisten ausgesetzt und werden zum Spielball im Machtkampf zwischen den Herrschenden. Der deutsche Imperialismus bereitet sich auf einen Krieg vor. Der aggressive Nationalismus eskaliert im Kampf für die Neuaufteilung der Welt, der sich in der letzten Zeit sehr verschärft hat. Dabei ist Rassismus eins der wichtigsten Mittel, um die Front zu sichern und die Arbeiter:innen und Werktätigen nationalistisch vereint, hinter sich zu scharen.

Das Aufkommen der rassistischen Bewegung in Deutschland ist ein Spiegelbild der staatlichen Politik. Es ist der deutsche Imperialismus, der den Nazipartei-en und -gruppen den Weg bereitet.

Nach dem „geheimen“ Treffen der Nazis in Potsdam wurden in vielen Städten Deutschlands Demonstrationen unter dem **Motto „Verteidigung der Demokratie gegen Rechtsextremismus“** organisiert. Lasst uns zunächst Informationen über das angeblich „geheime“ Treffen geben...

Am **25. November 2023** trafen sich Nazis in Potsdam im Hotel Landhaus Adlon, um zu besprechen, wie und wohin sie die in Deutschland lebenden Migranten schicken würden! An dem Treffen nahmen die AfD-

Vorsitzende Alice Weidel, Roland Hartwig, Gerrit Huy, Ulrich Siegmund, Tim Krause, Gernot Mörig, Arne Friedrich Mörig, Astrid Mörig, Martin Sellner, Mario Müller, Wilhelm Wilderik, Mathilda Martina Huss, Simone Baum, Michaela Schneider, Silke Schröder, Ulrich Vosgerau, Alexander von Bismarck, Henning Pless usw. teil.

Über das angeblich geheime Treffen hatte zuerst die investigative Journalist:inneninitiative Correctiv berichtet. An dem Treffen nahmen auch Nazis, Milliardäre, einige Mitglieder der Christlich Demokratischen Partei (CDU), Rechtsanwält:innen, Politiker:innen und Ärzt:innen teil.

Presseberichten zufolge wurde bei dem Treffen der „Masterplan zur Rückführung" diskutiert. Martin Sellner, Führer der österreichischen faschistischen „Identitären Bewegung", hielt einen Vortrag mit dem Titel „Reverse Migration" (Remigration).

In seiner Rede nannte Martin Sellner drei Gruppen von Migrant:innen, die Deutschland verlassen sollten: Geflüchtete (Asylbewerber:innen), Menschen mit Aufenthaltsrecht und **nicht angepasste** eingebürgerte deutsche Staatsbürger:innen. Migrant:innen, die aufgefordert werden, Deutschland zu verlassen, sollen in ein Land in Nordafrika geschickt werden!

Der Plan, den die Nazis in Potsdam in Bezug auf die Einwanderer:innen erörterten, erinnert an einen Plan, den die Nazis während des Zweiten Weltkriegs entwickelt hatten, der aber in der Praxis nicht umgesetzt wurde. Während des Zweiten Weltkriegs wollten die Nazis zunächst die jüdische Bevölkerung aus den von Deutschland eroberten und besetzten Gebieten entfernen und sie zwangsweise auf die Insel Madagaskar schicken!

Am **21. Januar 2024** organisierte Campact eine Demonstration vor dem Parlamentsgebäude (Bundestag) in Berlin unter dem Motto „Demokratie verteidigen gegen Rechtsextremismus". Nach Angaben der Polizei nahmen 60 000 Menschen, nach Angaben der Organisatoren **350 000 Menschen** an der Demonstration teil!

Etwa 100 000 Menschen versammelten sich vor dem Parlamentsgebäude und nahmen an dem Marsch teil, der auf dem Gelände der Regierungsgebäude organisiert wurde. In Redebeiträgen und auf Transparenten wurde der Schutz der Demokratie betont. Die Teilnehmer:innen der Demonstration skandierten „Nazis raus" und „Ganz Berlin hasst die AfD". Die Demonstrant:innen trugen Plakate mit der Aufschrift „Rassisten sind keine Alternative" und „Kein Platz für Nazis". „Wenn wir zusammenstehen, gibt es keinen Platz für Nazis und Rechtsextreme. Wir brauchen eine Politik und Politiker, die sich entschieden gegen Rechtsextremismus stellen."

Sie forderten ein Verbot der faschistischen Partei Alternative für Deutschland (AfD). Die Demonstrant:innen sorgten für ein optisches Spektakel, indem alle während der Demonstration bei Einbruch der Dunkelheit gleichzeitig die Lichter ihrer Handys einschalteten. Aufgrund des dichten Gedränges kam es zu Störungen in U- und S-Bahnen.

Viele Politiker:innen und Repräsentant:innen der deutschen herrschenden Klasse stacheln die Massen an: „Zu viele Ausländer!" Vor allem „zu viele falsche Asylbewerber". „Ein unkontrollierter Zustrom von Asylbewerbern", ja, „eine riesige Welle von Asylbewerbern bedroht Deutschland". Weiter, „Deutschland ist kein Einwanderungsland", „gegen diesen Ansturm von Asylbewerbern muss etwas getan werden". Die deutschen bürgerlichen Parteien konkurrieren miteinander, wenn es darum geht, das Programm der AfD zu übernehmen. Die Nazis, die die Botschaften der deutschen bürgerlichen Parteien vernehmen, mobilisieren dahingehend die Bevölkerung.

Nazibanden, die vom deutschen Staat geduldet und sogar unterstützt werden, organisieren Angriffe auf Migrant:innen; Häuser und Unterkünfte, in denen sie leben, werden in Brand gesetzt. Menschen, die kein anderes „Verbrechen" begangen haben, als eine andere Hautfarbe, eine andere Sprache, Nationalität, Kultur usw. zu haben; die kein anderes „Verbrechen" begangen haben, als Einwander:innen und keine „reinrassigen" Deutschen zu sein, werden auf der Straße angegriffen, zu Tode geprügelt und ja, sie können sogar in aller Öffentlichkeit getötet werden!

Es ist natürlich positiv, dass die Menschen gegen die AfD auf die Straße gehen. Es ist **jedoch falsch**, sich nicht auch gegen den deutschen Staat zu richten, der die Nazis hervorgebracht hat. Der Kampf gegen die Nazis kann nicht vom Kampf gegen den Kapitalismus/Imperialismus, d.h. gegen den deutschen Imperialismus, getrennt werden.

In Deutschland wird der Kampf gegen die Nazis heute von den **bürgerlichen Kreisen nur als Kampf gegen diese oder jene offen faschistische Gruppe oder die AfD** geführt, und der deutsche Staat wird **nicht** angeprangert. Es ist aber der deutsche Imperialismus, der der AfD den Weg bereitet, das wird ignoriert. Wer aber wirklich gegen den Faschismus ankämpft, hat die Pflicht, über den deutschen Imperialismus, der seine Quelle ist, zu sprechen und daran zu arbeiten, dass der Kampf gleichzeitig ein Kampf gegen den deutschen Imperialismus wird.

Faschismus ist auch eine Klassenfrage. Die Entwicklung des Faschismus kann nicht unabhängig von der deutschen Bourgeoisie betrachtet werden. Die Demonstrationen gegen die AfD betonen den Schutz der Demokratie! Demokratie ist ein Klassenbegriff. Die

Demokratie dient der Klasse, die die politische Macht innehat.

Demokratie im bürgerlichen System bedeutet Diktatur für die Unterdrückten. Jede Klasse hat ihre eigene Demokratie. Die Bourgeoisie hat zwei Formen der Regierung. Faschismus und bürgerliche Diktatur. In Deutschland wird die bürgerliche Diktatur durch **faschistische Maßnahmen** unterstützt. Die deutsche Bourgeoisie ist in der Lage, mit den Methoden der reaktionären bürgerlichen Demokratie, unterstützt durch faschistische Maßnahmen, zu regieren.

Die faschistischen Bewegungen, die sich in Deutschland entwickeln, sind keine Bewegungen, die die Bourgeoisie derzeit als Alternative zur Macht in Betracht zieht. Der deutsche Imperialismus braucht ein ruhiges Hinterland. Das ist die Logik, die Faschisierung im eigenen Land zu verstärken und im Kampf um die Weltherrschaft voranzutreiben.

Die deutsche Bourgeoisie braucht in der gegenwärtigen Situation keine faschistische Macht. Sie kann aber die **Nazis als Machtoption** im Falle eines Krieges und der Entwicklung einer breiten Arbeiter:innenbewegung benutzen.

Es ist eine große Illusion zu glauben, dass der Faschismus in Deutschland nur aus organisierten Nazibanden besteht.

Die organisierten Nazibanden sind nur ein Teil – wenn auch der radikalste und aggressivste Teil – des Faschismus, der sich heute in Deutschland entwickelt. Der Haupttreiber der inneren Faschisierung ist der Staat selbst! Der revolutionäre Kampf gegen den Faschismus muss mit dieser Perspektive geführt werden.

TA-Aktivist:innen

Über die Aktion

„Die rechte Welle brechen"

Über 8 000 Menschen nahmen im Januar 2024 an der bürgerlichen Kundgebung „Die rechte Welle brechen" teil. Das ist natürlich prima, wenn so viele Menschen gegen die faschistische Politik der AfD auf die Straße gehen. Aber: die Regierungsparteien sind mit ihrer Kriegslogik und ihrer unsozialen Politik und Krisenverwaltung mitverantwortlich für die rasante rassistische Entwicklung in der BRD. Auch wenn sich Scholz, Baerbock und Habeck und sogar Christian Lindner usw. gerade als die vordersten Kämpfer:innen gegen faschistische Organisationen inszenieren.

In der Rede des Bündnis „Gemeinsam & Solidarisch gegen Rechts Reutlingen und Tübingen" macht die Sprecherin genau das laut und deutlich klar: *„Es ist folgerichtig, dass viele Menschen frustriert sind, Geldnot und Angst vor dem Abstieg haben – wen wundert es da schon, dass die Rechten genau das machen, was sie immer machen: sie greifen berechtigte Sorgen und Nöte gekonnt auf und lenken sie bewusst in rechte Bahnen. Ein „Weiter so" der Politik kann es also nicht geben und dass sich die Ampel und die CDU von der AfD von der AfD treiben lassen, dass Asylrecht faktisch abschaffen und ein Kanzler Scholz „Abschiebungen im großen Stil" fordert, wird das Problem nicht lösen."* Dafür erhielt die Rednerin doch erstaunlich viel Zuspruch aus der Kundgebung.

Zu Unrecht schreibt die Antifa dann aber auf ihrem Blog: *„nahezu alle anderen Redner*innen zogen einen Zusammenhang zwischen Sozialabbau und dem Aufstieg der AfD"*.

Das ist einfach falsch. Die meisten Redner:innen zogen die Schlussfolgerung, jetzt (und damit meinten sie die kommenden Europawahl) müssen wir alle wählen gehen, und zwar müssen wir die richtige Wahl treffen. Was ist denn die richtige Wahl? Wen können wir, Arbeiter:innen und Werktätige, überhaupt wählen? Ganz ehrlich?

Wir können doch nur die Wahl treffen zwischen Pest und Cholera. Was haben uns die bürgerlichen Parteien zu bieten? Sozialabbau, Umverteilung von Unten nach Oben, Unterstützung für die Konzerne und weitere Klimakatastrophen. Mit Stolz verkündete die Bundesregierung, in diesem Jahr würden erstmals Militärausgaben oberhalb von zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erreicht.

Sowohl die Regierung als auch die CDU haben erklärt, diese Ausgaben zu belassen und damit würde bis 2027 eine Finanzierungslücke von 25-35 Mrd. Euro entstehen. Dann wird wieder verteilt werden müssen. Weil an der Schuldenbremse festgehalten wird, mussten im Sommer 2023 im ersten Regierungsentwurf 16 Milliarden Euro eingespart werden. Und wo?

„Der Kürzungshaushalt der Ampel ist eine soziale Katastrophe – und sollte eine Steilvorlage für alle Gegner der Sparpolitik sein… Bundesfreiwilligendienste minus 26 Prozent, Wohngeld minus 16 Prozent, Freie Jugendhilfe minus 19 Prozent, psychosoziale Zentren minus 60 Prozent, Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer minus 30 Prozent, Asylverfahrensberatung sowie besondere Rechtsberatung für queere und sonstige verwundbare Geflüchtete minus 50 Prozent." Die Liste ließe sich erschreckend lange fortsetzen." [1]

Außerdem gab es auf den verschiedenen Demos und Kundgebungen auch immer wieder die Forderung der bürgerlichen Parteien nach einem „**Verbot der AfD**".

Aber was denken wir Kommunist:innen über diese Verbotsforderungen? **Klar**: Die **AfD** ist eine **faschisti-**

1 jacobin.de/artikel/ampel-sparhaushalt-opposition, 21.09.2023

sche Partei. Und **Nein:** Sie ist **nicht nur** eine reaktionäre Partei mit einem faschistischen Flügel.
Wir Kommunist:innen schließen uns der Forderung der bürgerlichen Parteien nach einem Verbot der AfD nicht an. Und warum?
In der bürgerlichen Demokratie geht es bei einem Parteienverbot nicht darum, gegen faschistische Tendenzen vorzugehen. Es geht lediglich um die Konkurrenz. Die AfD könnte bei den Landtagswahlen 2024 im Osten 20-30 Prozent absahnen. Bei der Europawahl wahrscheinlich weniger.
Dennoch: Sie könnte die stärkste Partei werden und das bricht den bürgerlichen Parteien das Genick. Die AfD wurde von den Kriegsparteien der Ampel-Regierung hochgepäppelt. Mir ihren Kampagnen gegen Migration und Geflüchtete hat die Ampel eine rassistische Welle losgetreten. Und jetzt starten die bürgerlichen Parteien eine Kampagne „gegen Rechts", ohne politischen Inhalt oder gar die Klassenfrage in den Mittelpunkt zu stellen. Na klar, das erwarten wir auch nicht von den bürgerlichen Parteien. **Aber wir machen auch nicht mit!**
Wozu dient ein Parteienverbot im Kapitalismus? Für uns Kommunist:innen muss klar sein: Ein Parteienverbot in der bürgerlichen Demokratie richtet sich immer gegen revolutionäre und kommunistische Parteien und Organisationen.
1956 wurde die KPD verboten. Dieses Verbot ging einher mit Berufsverboten, mit einem Verbot von, JA – allen politischen Tätigkeiten und einem Organisationsverbot. Das vorausgehende Verbot der **SRP** (Sozialistische Reichspartei – sie war eine Nazi-Partei, die sich selbst in der Tradition der NSDAP sah) diente lediglich dazu, auch ein Verbot der KPD herbeizuführen. Die SRP war eine faschistische Organisation, durchsetzt vom Verfassungsschutz. Sie wurde mit staatlicher Unterstützung hochgepäppelt. Genauso wie die NPD.
Zwei Verbotsanträge gegen die NPD wurden vom Bundesverfassungsgericht abgelehnt. Der Antrag für das erste Verbotsverfahren wurde von der rotgrünen Bundesregierung unter Kanzler Schröder am **30. Januar 2001** eingereicht. Das Bundesverfassungsgericht stellte am **18. März 2003** dieses **erste Verbotsverfahren** ein. Den Ausschlag gaben die **zahlreichen V-Männer** des Verfassungsschutzes in **NPD-Führungsgremien**. Begründet wurde dies mit der Gefahr der **„fehlenden Staatsferne" einer Partei**. [2]
Im Grundgesetz Artikel 139 ist immer noch ein antifaschistischer Auftrag enthalten.

Er lautet: ***„Artikel 139 (Fortgeltung der Vorschriften über Entnazifizierung)***
Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus' erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgeset-

2 Im **Dezember 2013** haben die Bundesländer einen neuen Verbotsantrag gegen die NPD gestellt. **Am 17. Januar 2017 erging** dann das Urteil. Karlsruhe lehnte den Verbotsantrag gegen die NPD ab. In der Begründung hieß es unter anderem: „Die NPD als Antragsgegnerin strebt nach ihren Zielen und dem Verhalten ihrer Anhänger die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung an. Sie zielt auf eine Ersetzung der bestehenden Verfassungsordnung durch einen an der ethnischen‚Volksgemeinschaft' ausgerichteten autoritären ‚Nationalstaat'…. Es fehlt jedoch an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es zumindest möglich erscheinen lassen, **dass dieses Handeln zum Erfolg führt.**" Was so viel bedeutete die NPD hatte zu wenig Kraft, d.h. zu wenige Parteimitglieder und Wählerstimmen um diese Ziele auch erreichen zu können.

zes nicht berührt." Nach diesem dürften neonazistische und faschistische Organisationen gar nicht erst existieren. Das wird von den Herrschenden allerdings gar nicht umgesetzt. Ein Parteienverbot in der bürgerlichen Demokratie wird sich in letzter Konsequenz immer gegen Kommunistische und Revolutionäre Parteien und Organisationen richten. **Dagegen stellen wir uns!**

Wenn wir dem Aufstieg der AfD langfristig etwas entgegen setzen wollen, dann darf es bei dem wichtigen Zeichen der großen Proteste gegen Rechts also nicht stehen bleiben und die Forderung nach einem AfD-Verbot reicht nicht aus. Wir müssen in unserem Alltag, in der Schule, auf der Straße und vor allem im Betrieb klare Kante gegen die innere Faschisierung zeigen.

Den Aufstieg der AfD verhindern wir, indem wir die AfD entlarven, Proteste gegen ihre Infostände, Parteitage oder Veranstaltungen organisieren und Seite an Seite mit denen kämpfen, die von der Politik der AfD nichts zu erwarten haben.

Herausforderung wird sein, weiter zusammen mit den vielen Menschen, die jetzt aktiv gegen die AfD auf die Straße gehen, auch in Zukunft Proteste gegen die AfD zu organisieren und ihr damit langfristig etwas entgegensetzen.

Lassen wir den Widerstand also nicht abreißen, alle zusammen gegen den Faschismus!

Großkundgebung
2. Februar 2024 in Berlin

#WirSindDieBrandmauer

Von dem Bündnis „Hand in Hand" organisierte Demonstration vor dem Parlamentsgebäude in Berlin unter dem Motto **„Hand in Hand – #WirSindDieBrandmauer – Menschenkette um den Reichstag.**

Auf der Kundgebung sollten laut Veranstalter:innen **keine Vertreter:innen politischer Parteien** reden, sondern nur Sprecher:innen von zivilgesellschaftlichen, antifaschistischen Gruppen und Zusammenschlüssen. Etliche Demonstrierende aus ostdeutschen Städten haben sich engagiert zu Wort gemeldet. Ebenso sollten **keine Parteifahnen und Transparente** getragen werden. Daran haben sich weder SPD, Jusos, die Linke und die rechtspopulistisch-türkisch-nationalistische CHP gehalten, die mit ihren Parteifahnen aufmarschiert sind.

Der Zugang zum Kundgebungsplatz vor dem Reichstaggebäude wurde sehr **frühzeitig von der Polizei komplett abgesperrt.** Teilnehmende konnten den Platz, der nicht überfüllt war sondern noch reichlich Platz bot, nur noch verlassen. Aber die weiter anströmende Menge wurde nicht mehr reingelassen. Daraufhin haben sich verschiedene Demozüge gebildet. Das war wieder einmal eine „clevere Polizeitaktik".

Ein Meer von selbst gebastelten **Plakaten**, viele kleine Karton-Schilder von Kindern getragen. KITA-Kartonparole: *„Bei uns spielen, lernen Kinder aller Kontinente! Hier wird niemand remigriert!"*. *„Ungültige Wahlscheine sind besser als AfD Kreuze"*.

Vor Ort nur wenige Flugblätter und Propagandamaterial einiger linker Gruppen und auch **nur vereinzelt** politische, antifaschistische Spruchbänder und Transparente. Einige Gruppen und Aktivist:innen, haben sich der *„Friede Freude Eierkuchen-Atmosphäre: Wie toll wir alle sind, weil wir gegen die AfD sind"* entgegengestellt. Sie haben daran erinnert, dass der Kampf gegen Faschismus mehr sein muss als *„Ganz Berlin hasst die AfD"*.

Sie erinnerten daran, dass der **Faschismus „System"** hat, und dass dieses System, das den Faschismus gebiert Kapitalismus heißt. **„Wer vom Kapitalismus schweigt, soll nicht über Faschismus reden"** stand auf einem Spruchband. Weitere Transparent-Texte: **„‚Gegen Rechts' demonstrieren und ‚Rückführungen' akzeptieren? Gegen den Rassismus der sogenannten Mitte! – Antifa"**. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten entrollte ein riesiges Transparent: **„AfD-Verbot Jetzt! Nazi-Parteien verbieten, bevor es zu spät ist"**.

Andere politische Gruppen haben richtigerweise lieber ihre eigene Demo/Kundgebung organisiert, anstatt in der bürgerlich-linksliberalen Masse unterzugehen. Wie z.B.: eine **Kundgebung und Demo** gegen den Krieg in **Palästina** auf dem **Potsdamer Platz** mit etwa 200 Menschen. Wie wir später aus der Presse erfahren haben, wollten die Kundgebungsteilnehmer:innen später zum Platz vor dem Reichstagsgebäude laufen. Dabei haben sie palästinensische Fahnen geschwenkt und Parolen skandiert wie „Israel bombardiert, Deutschland finanziert". Sie wurden von der Polizei nicht zur Kundgebung vor dem Parlament zugelassen.

Aber auch eine **Demo** der **„Antifa 2024"** mit an die dreihundert jungen Menschen wurde parallel organisiert. Sie haben im Dauerregen mit ihrem Leittranspi **„Antifa 2024 Gegen AfD und Ampel"** sowie roten und schwarzen Fahnen ihre eigene kämpferische Demo durchgeführt. An einem in diesem Zusammenhang angesagten Ort, **vor dem Kriegs- (Verteidigungs) Ministerium**, zogen sie mit lauten Sprechchören vorbei.

Flugblatt

WIDERSTAND …
AUF DIE STRASSE GEGEN DEN FASCHISMUS …

Wissend beim Faschismus ist die AfD nicht allein, sie ist nur eine Spitze des Eisbergs...

Das kapitalistische System ist der Schoß, in dem der Faschismus wächst und aus dem er hervorkriecht, sobald das Kapital ihn braucht!

Nach einem angeblichen „Geheimtreffen" einiger Möchtegern-Größen der heutigen „modernen" Neonazi-Typen wie Sellner von den Identitären, sowie einigen AfD- und CDU- Politiker:innen in einer ziemlich bekannten Villa in Potsdam, auf dem über die „Rückführung" aller „Nicht Echt-Deutschen" schwadroniert wurde, haben sich hunderttausende Menschen überall in Deutschland auf antifaschistischen Demonstrationen zusammengefunden. Zu Beginn, ganz spontan haben Menschen unterschiedlicher Nationalitäten, Geschlechter, aller Klassen und Schichten zahlreich ihren Unmut und ihre Wut über die aktuelle Entwicklung der faschistischen Partei AfD auf die Straße getragen. Nach aktuellen Umfragen ist diese Partei stärkste politische Kraft in den fünf Bundesländern Ost-Deutschlands. Auch in den West-Bundesländern zieht sie wie der Rattenfänger von Hameln auf Stimmenfang durchs Land. Ein Großteil der Demonstrant:innen sehen durch diese Entwicklung die Demokratie in Gefahr. Nicht wenige fordern ein Parteiverbot der AfD.

Wir Kommunist:innen freuen uns über die sicherlich antifaschistisch gemeinten Demonstrationen der Massen. Wir freuen uns, dass sich eine Massenbewegung gegen den Faschismus entwickelt. Und wir freuen uns, wenn wir auf den Demos hören: „Antifaschismus muss die Gesinnung sein".

Allerdings möchten wir allen aufrechten und antifaschistisch gesinnten Demonstrant:innen die Frage stellen:

Wie kann es sein, dass sich Politiker:innen der CDU/CSU/SPD/FDP/GRÜNE auf einmal auf diesen Demos als wahre antifaschistische Kämpfer:innen präsentieren können? Dass sie sich an die Spitze vieler Kundgebungen und Demonstrationen setzen und verlogene und heuchlerische Reden halten? Was ist das für eine Doppelzüngigkeit? Wo ist der Unterschied zwischen der AfD-Fascho-Hetze gegen alle Migrant:innen, Geflüchteten, deutsche Staatsbürger:innen mit Migrationshintergrund, die sie aus „Deutschland in afrikanische Staaten" zwangsdeportieren wollen und der neuen Gesetzgebung von Innenministerin Faeser? Zynischerweise „Rückführungs-Verbesserungsgesetz" genannt, wurde es am 18. Januar im Deutschen Bundestag verabschiedet.

Just zu der Zeit, in der die antifaschistischen, antirassistischen bzw. Anti-AfD Kundgebungen mit den bis dato höchsten Teilnehmer:innen-Zahlen in den Städten präsent sind. Unter der Phrase „Deutschland ist ein solidarisches Land" wird die Abschiebung von Geflüchteten massiv verschärft. Ihre ohnehin schon geringen Rechte noch weiter eingeschränkt, Unterkünfte können jederzeit durchsucht werden, der „Ausreisegewahrsam" wird von 10 auf 28 erweitert und die faktische Deportation von Geflüchteten in andere Länder vollzogen werden. [1]

Ja! Aufstehen! Kämpfen und **Stopp** sagen gegen den anwachsenden Faschismus, gegen Fascho-Organisationen, gegen Rassismus ist bitter nötig. Viele aufrechte und aufrichtige Werktätige, Antifas, Antiras, Arbeiter:innen, Demokrat:innen, Revolutionär:innen sind auf den Straßen. Das ist ein großes Hoffnungszeichen.

1 Wir haben einen Satz in diesem Flugblatt in Bezug auf die Zulassung bürgerlicher Redner:innen auf der Demo in München am 21. Januar 2024 gestrichen, da wir nicht recherchieren konnten, wer letztendlich auf der Demo gesprochen hat.

Aber erreichen werden wir nur etwas, wenn wir uns mit der Arbeiter:innenklasse verbünden und uns von den verlogenen Politiker:innen abgrenzen, ihre hohlen Worte entlarven. Sie entern aktuell den Widerstand und spielen sich als die Besten aller Demokrat:innen auf. Das ist völlig verlogen oder heuchlerisch.

Denn sie alle sind es, die aktuell die Politik beschließen und durchsetzen, die die Gesellschaft militarisieren, „kriegstüchtig" machen wollen, die Polizeigesetze auf Bundes- und Länderebene verschärfen, die die rassistische, „Ausländer"feindliche AfD-Programmatik im „Rückführungs-Verbesserungsgesetz" zum Gesetz machen. Diejenigen die Deutschland mit ihren Gesetzen derzeit faschisieren, finden in der AfD, die offensiver als sie auftritt, einen Sündenbock, hinter dem sie ihre Hände reinwaschen können.

Wir sagen: Faschismus ist nicht das Produkt einiger offen faschistisch auftretender Politiker:innen, Parteien etc. Der Faschismus ist ein Produkt des kapitalistischen Systems. Der Faschismus an der Macht ist nicht anders als die offen terroristische Diktatur der Bourgeoisie.

Es ist die gleiche Bourgeoisie, die auch heute unter einer Diktatur in Form der bürgerlichen Demokratie an der Macht ist. Und wenn diese Bourgeoisie die faschistische Form der Herrschaft braucht, wie z.B. in einem Krieg, wird sie offen faschistische Parteien an die Macht bringen, wenn sie daran nicht durch die Revolution der Arbeiter:innen und Werktätigen gehindert wird. Zwischen der bürgerlichen Demokratie und der faschistischen Diktatur gibt es keine chinesische Mauer. Der Machtantritt des deutschen Faschismus 1933 mit Hitler an der Spitze hat das auf barbarische Weise gezeigt.

Wir unterstützen die Massendemonstrationen überall in Deutschland und beteiligen uns nach unseren Kräften daran.

Wir rufen alle Menschen die antifaschistisch gesinnt sind, die „Nie Wieder" rufen, die ein Verbot der AfD wollen, auf: Fordert die bürgerlichen Politiker:innen, die sich nun als „antifaschistisch" anbiedern, auf: Haut ab ihr Heuchler:innen! Wir haben euch satt!

Kämpfen wir nicht nur gegen die AfD, nicht nur gegen einige Vertreter:innen des Faschismus, sondern gegen den Faschismus überhaupt!
Kämpfen wir gegen die Grundlage des Faschismus: Das kapitalistische Ausbeuter-System!

Januar 2024

Klimarettung nur durch Revolution – Alles andere ist Illusion!

COP[1] 28 Atomlobby versus fossile Energie-Lobby

2023 – Weltweit verheerende Waldbrände: In Kanada verbrannten 18,5 Millionen Hektar Wald, eine Fläche halb so groß wie Deutschland. In Chile, auf Hawaii, auf den Kanarischen Inseln und in Südeuropa wüteten ebenfalls heftige Feuer.

Im Februar und März 2023 tobte der Zyklon „Freddy" über den Indischen Ozean. Überschwemmungen und Erdrutsche in Madagaskar, Mosambik und Malawi hinterließen eine Schneise der Zerstörung. Im September führte der Sturm „Daniel" zu schweren Überschwemmungen in Griechenland, Bulgarien, der Türkei und Libyen.

Im Mai extreme Regenfälle in Norditalien und Überflutungen.

Im Juli stiegen die Temperaturen in den USA und in China auf mehr als 50 Grad Celsius, in Südeuropa auf über 40 Grad.

Im Oktober verwüstete der Hurrikan „Otis" mit bis zu 322 Kilometern pro Stunde die Hafenstadt Acapulco in Mexico. An der Ostsee in Deutschland tobte eine Jahrhundertsturmflut.

Der Amazonas steht vor einem Kipppunkt. Das Horrorszenario der Zerstörung der Hälfte des Regenwaldes und der Entstehung einer Savanne ist tatsächlich zu einer realen Option geworden. Die Hochgebirgsgletscher haben seit 1950 fast die Hälfte ihrer Masse verloren. Die Eisschilde auf Grönland und in der Antarktis schrumpfen**.** Das Eis auf dem Meer zieht sich immer weiter zurück, die Weltmeere erwärmen sich und versauern.

2023 war das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Die globale Durchschnittstemperatur war um 1,48 Grad höher als in der vorindustriellen Zeit. An manchen Tagen überschritt sie zwei Grad. [2]

In einigen Gebieten der Arktis war es sogar um zwei bis drei Grad wärmer. In den letzten zehn Jahren lag die Temperatur im Schnitt um 1,2 Grad höher.

In der Atmosphäre reichern sich die Treibhausgase – die all diese Veränderungen verursachen – weiter massiv an. Der Ausstoß vom Treibhausgas Kohlendioxid (CO2) durch das Verbrennen von Kohle, Öl und Gas war in letzten Jahr so hoch wie nie zuvor. Seine Konzentration erreichte einen neuen Rekordstand. Ebenso der Ausstoß von Methan (CH4) und Distickstoffmonoxid (N2O, Lachgas). [3]

2023 war auch das Jahr der COP 28

Seit **1995** veranstalten die Herrschenden jährlich einen Gipfel zur „Rettung des Klimas", jeweils in einem anderen Land. **2023 wurde die COP** in Dubai veranstaltet. 80.000 Menschen aus 198 Ländern sind per Flieger nach Dubai gereist, um – der Gipfel des Zynismus – über die Rettung des Klimas zu verhandeln. Die weltweit größte „Greenwashing"-Veranstaltung mit unglaublichem „Blabla", also heißer Luft und keinen wirklichen wirksamen Ergebnissen.

Die **erste Weltklimakonferenz** fand 1979 in Genf statt. Die **COP 1** wurde 1995 in Berlin organisiert. [4]

Auf der **dritten COP 1997** in **Kyoto** verpflichteten sich die Unterzeichnenden, den Ausstoß von klimagefährdenden Treibhausgasen zu verringern. Wenn das nicht so traurig wäre, wäre es eigentlich absurd. Denn was ist in punkto CO2 Reduzierung seitdem passiert? 2022 lag die CO2 Konzentration laut der Weltwetterorganisation (WMO) 50 Prozent über dem vorindustriellen Niveau. [5]

Das Kyoto-Protokoll trat überhaupt erst 2005 in Kraft

1 COP steht für „Conference of the Parties", also die Konferenz der Parteien – gemeint sind jene Staaten, die die sogenannte Klima-Rahmenkonvention unterschrieben haben.

2 Max-Planck-Gesellschaft, mpg.de/21350374/xaida-extremwetter-klima, 09.01.2024

3 Alle drei sind klimaschädliche Treibhausgase. Das Kyoto-Protokoll listet sechs Treibhausgase auf: Kohlendioxid (CO2), Methan (CH4), Lachgas (N2O) sowie als fluorierte Treibhausgase (F-Gase) die wasserstoffhaltigen Fluorkohlenwasserstoffe (HFKW), die perfluorierten Kohlenwasserstoffe (FKW) und Schwefelhexafluorid (SF6). Seit 2015 wird auch Stickstofftrifluorid (NF3) mit zu den Treibhausgasen gerechnet. Sie tragen in unterschiedlichem Umfang zu den Emissionen in Deutschland bei. 88,6 Prozent Kohlendioxid, 6,3 Prozent Methan, 3,7 Prozent Lachgas.
umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#entwicklung-der-treibhausgase-kohlendioxid-methan-distickstoffoxid, 23.1.2024

4 Eine erste „Weltklimakonferenz" unter dem Dach der UN fand 1979 in Genf statt und wurde von der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) organisiert. Der ersten Weltkonferenz in Genf folgten die Weltklimakonferenz 1988 in Toronto und die 1990 erneut in Genf tagende zweite Weltklimakonferenz. Im Juni 1992 wurde auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung im brasilianischen Rio de Janeiro („Erdgipfel Rio") die UN-Klimarahmenkonvention vereinbart.

5 science.orf.at/stories/3222140/ 15. November 2023

und **2009** sollten dann endlich auf der COP 15 Konferenz in Kopenhagen die Kernelemente für ein neues Klimaabkommen verbindlich entschieden werden. **Doch die Verhandlungen scheiterten,** wie nicht anders zu erwarten.

Das Kyoto-Protokoll, das eigentlich 2012 auslaufen sollte, wurde daraufhin in **Durban 2011 (COP 17)** verlängert. Auch die Verhandlungen für ein neues Klimaabkommen wurden vertagt. 2015 verständigten sich auf der **COP 21** in Paris die teilnehmenden Staaten, die Erderwärmung signifikant zu begrenzen auf deutlich unter 2 Grad Celsius, idealerweise auf 1,5 Grad Celsius. Das Abkommen von Paris, das von fast 200 Staaten unterzeichnet wurde, trat 2016 in Kraft und ersetzte das Kyoto-Protokoll.

Seitdem sind die Staaten eigentlich verpflichtet, Maßnahmen zum Erreichen dieser Ziele zu ergreifen. Mit folgenden Einschränkungen: Die Staaten können sich ihre Ziele mit nationalen Selbstverpflichtungen selbst vorgeben. Bei Nichteinhaltung erfolgen **weder wirtschaftliche noch politische Sanktionen**. Die hohen Strafzahlungen, die im Kyoto-Protokoll bei Nichteinhaltung der verabschiedeten Ziele vorgesehen waren, wurden ersatzlos gestrichen.

2023: COP 28 in Dubai – Kohlefreaks, saubere Atomenergie und Lobbyismus

Das Emirat Dubai ist vor allem als Erdöllieferant bekannt und reich geworden. Zum Präsidenten der Klimakonferenz wurde Sultan Ahmed al-Dschaber bestimmt. Minister für Industrie und Fortschrittstechnologien in der Regierung Dubais. Gleichzeitig ist er amtierender Geschäftsführer der Abu Dhabi National Oil Company (**Adnoc**), des **zwölftgrößten Ölkonzerns der Welt**. Die Nutzung von Erdöl ist einer der größten CO2-Treiber!

2 456 Lobbyist:innen der fossilen Energiebranche wurden mindestens zum UN-Klimagipfel in Dubai zugelassen. Damit nahmen in Dubai fast viermal so viele Interessenvertreter:innen von internationalen Konzernen teil wie an der Vorgängerkonferenz in Scharm-el-Scheich (Ägypten). Dort beteiligten sich „nur" 636 Lobbyist:innen. In Dubai waren unter anderem Vertreter:innen von TotalEnergies, BP, ENI und ExxonMobil vertreten. [6]

Doch die fossilen Lobbyist:innen waren nicht alleine. Gleichzeitig kämpften **22 Staaten** mit zahlreichen Lobbyist:innen dafür, die Atomenergie zur sauberen Energie zu deklarieren. Sie bildeten eine Atomallianz für **mehr Atomenergie**. In einer Erklärung fordern Frankreich, Großbritannien, die USA, Schweden, Japan, Niederlande, Polen, Südkorea und die Vereinigten Arabischen Emirate und einige mehr, die **Atomkraftkapazitäten bis 2050** zu ver**drei**fachen. Da hat die CDU sich sehr gefreut, denn sie will auch unbedingt zurück zur Atomkraft.

Die extrem krassen Auswirkungen des Klimawandels sind hier in Deutschland noch nicht wirklich angekommen. Klar, gewisse Auswirkungen sind bereits auch hier festzustellen: Waldbrände in Ostdeutschland, 2021 das Hochwasser im Raum Ahrweiler... **Aber** die Länder des Globalen Südens sind von den Auswirkungen wesentlich massiver und existentieller betroffen. Dürren, Überschwemmungen, Hurrikans führen

6 Die zehn größten anwesenden Wirtschaftsverbände, die die Industrie für fossile Brennstoffe vertreten, sind die folgenden. Die Anzahl der jeweiligen Firmenvertreter:innen – Lobbyist:innen in Klammern.
Die International Emissions Trading Association (116), das Clean Resource Innovation Network (60), die Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry (54), der World Business Council for Sustainable Development (49), der Business Council for Sustainable Energy (32), die Carbon Capture and Storage Association (28), die Chamber of Commerce of the United States of America (27), die International Chamber of Commerce (26), das Carbon Market Institute Limited (23) und BusinessEurope (18).
kickbigpollutersout.org/articles/release-record-number-fossil-fuel-lobbyists-attend-cop28, 5. Dezember 2023

Überblick Palaver … BLA BLA BLA – Treffen

Weltklimakonferenzen (WCC) 1979–1990,1992: Umweltgipfel in Rio de Janeiro;
1995: Berlin (COP 1)
1996: Genf (COP 2)
1997: Kyoto (COP 3)
1998: Buenos Aires (COP 4)
1999: Bonn (COP 5)
2000/2001: Den Haag (COP 6) und Bonn (COP 6-2)
2001: Marrakesch (COP 7)
2002: Neu-Delhi (COP 8)
2003: Mailand (COP 9)
2004: Buenos Aires (COP 10)
2005: Montreal (COP 11)
2006: Nairobi (COP 12)
2007: Bali (COP 13)
2008: Posen (COP 14)
2009: Kopenhagen (COP 15)
2010: Cancún (COP 16)
2011: Durban (COP 17)
2012: Doha (COP 18)
2013: Warschau (COP 19)
2014: Lima (COP 20)
2015: Paris (COP 21)
2016: Marrakesch (COP 22)
2017: Bonn (COP 23)
2018: Katowice (COP 24)
2019: Madrid (COP 25)
2021: Glasgow (COP 26)
2022: Scharm asch-Schaich (COP 27)
2023: Dubai (COP 28)
2024: Baku (COP 29)

zu Ernteausfällen und Hungerkrisen. Gleichzeitig fehlen notwendige Ressourcen, um mit den Schäden umzugehen oder eine Anpassung vorzunehmen. Lange Zeit kämpften Länder des Globalen Südens um einen Fonds für Klimaschäden und –verluste (Loss and Damage). Die imperialistischen und kapitalistisch entwickelten Länder, die enorm viele Treibhausgase ausstoßen und damit am stärksten für den Klimawandel verantwortlich sind, haben bisher immer abgelehnt, für die von ihnen verursachten Klimaschäden in den Ländern des Globalen Südens aufzukommen. [7]

Als Mega-Erfolg wurde nun auf der COP 28 verkündet, dass die reichen Länder den Fonds für Klimaschäden und –verluste endlich akzeptiert haben. Dabei wird aber nicht erwähnt, dass sich die „führenden" Industriestaaten nur auf **freiwillige** Zahlungen eingelassen haben. Jegliche Verpflichtung lehnten sie ab. Klar, sie wissen ja, wie teuer das kommen würde! Angesichts der immer massiveren Auswirkungen des Klimawandels und der sich verschärfenden Schuldenkrise ist dieser Fond (insgesamt erhielt er Zusagen in Höhe von rund 700 Millionen US-Dollar) nicht mal ein Tropfen auf dem brennenden Stein.

Schuldenkrise und ihre Verflechtung mit der Klimakrise

Viele Länder des Globalen Südens haben aufgrund der Schuldenkrise überhaupt nicht die Möglichkeit, Mittel für den Klimaschutz aufzubringen.

Sowohl die Inlands- wie Auslandsverschuldung im Globalen Süden ist auf dem höchsten Stand seit Beginn der Aufzeichnungen. Für *Low Income Countries (LICs, Länder mit geringem Einkommen, Niedriglohnländer)* [8] machen die Schulden 39 Prozent der staatlichen Ausgaben in 2023 aus. In Subsahara-Afrika übersteigen die Ausgaben für Schulden die Ausgaben für Gesundheit, Bildung und Sozialversicherung um das Doppelte. [9]

Die **zehn** am **stärksten** vom **Klimawandel bedrohten** Länder waren auf der Klimakonferenz mit **1.509 Delegiert:innen** vertreten. Tschad mit 554, Somalia 366, Liberia 197, Niger 135, Tonga 79, Salomonen 56, Sudan 46, Guinea-Bissau 43, Mikronesien 26, Eritrea mit 7.

Laut „Kick Big Polluters Out" [10] hat Frankreich Vertreter:innen der Energiekonzerne TotalEnergies und EDF als Mitglieder ihrer Delegation akkreditiert. Italien

7 Oxfam schätzte die wirtschaftlichen Kosten extremer Wetterereignisse im Jahr 2022 weltweit auf 329 Milliarden Dollar. Diese Summe war fast doppelt so hoch wie die gesamte sogenannte Entwicklungshilfe, die die reichen Länder im selben Jahr geleistet haben. In derselben Studie schätzt Oxfam außerdem ein, dass sich die Kosten für Schäden und Verluste allein in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen auf mindestens 290 Milliarden Dollar pro Jahr belaufen werden. Bis zum Ende des Jahrzehnts könnte sich die Summe bis auf 580 Milliarden Dollar pro Jahr erhöhen.
oxfam.org/en/press-releases/800-increase-un-appeal-needs-extreme-weather-related-emergencies-over-last-20-years, 7. Juni 2022

8 *Low Income Countries* bezeichnet diejenigen Länder, deren Bruttonationaleinkommen pro Kopf und Jahr geringer als 1.135 US-Dollar ist (Stand 2022)
de.wikipedia.org/wiki/Bruttonationaleinkommenkategorisierung_(Weltbank), eingesehen März 2024

9 Development Finance International (2023). The Worst Ever Global Debt Crisis. New Data from Debt Service Watch, development-finance.org/files/Debt_Service_Watch_Briefing_Final_Word_EN_0910.pdf

10 „Kick Big Polluters Out" ist eine Koalition, die unter anderem von den Organisationen Global Witness, Transparency International, Greenpeace und dem Climate Action Network getragen wird. kickbigpollutersout.org

handhabte das ebenso mit dem Ölkonzern ENI. Die Europäische Union hatte Angestellte der Ölkonzerne BP, ENI und ExxonMobil im Schlepptau. [11]

Wie nicht anders zu erwarten, wurden in Dubai lediglich eine Art Absichtserklärung verfasst: **Kein Ausstieg** aus den **fossilen Energien**, stattdessen ein „Übergang". Bis 2030 soll der Anteil der erneuerbaren Energien verdreifacht werden. Außerdem ist geplant den „Ausbau von Technologien mit keinen oder geringen Emissionen" voran zu treiben. Als Beispiele genannt werden hier Technologien, wie **Atomkraft** oder **Carbon Capture and Storage** (CCS). Laut Recherchen des Guardian waren auf der COP 28 mindestens 475 Lobbyist:innen der CCS-Industrie vor Ort. [12]

Die Verhandlungen zum **Emissionshandel** sind auf der COP 28 ebenfalls gescheitert. Der CO2-Handel kann also getrost ausgeweitet werden. Konzerne und Unternehmen dürfen weltweit weiterhin selber festlegen in welche (dubiose) Projekte sie ihre Verschmutzung „renaturieren". Und es ist zulässig, dass sie manche Informationen als geheim einstufen. Grundsätzlich ist der Emissionshandel ein Freifahrtschein für die fossilen und anderen umweltverschmutzenden Industrien mit der **Verpestung der Erde** einfach so weiterzumachen.

Das geht oftmals einher mit der Vertreibung der in den betroffenen Regionen lebenden Communities – oftmals indigene. Das Recht indigener Völker und lokaler Gemeinschaften in Nationalparks zu leben, wird massiv eingeschränkt. Emissionshandel ist ein Motor für Landgrabbing (Landraub). **Da steht der Profit im Vordergrund.** Das Selbstbestimmungsrecht der indigenen Völker und Communities, der kleinen Landwirtschaftsbetriebe, der kleinen Bäuer:innen wird mit Füßen getreten.

Fazit: Alles ist letztendlich Blabla auf den COPs. Dafür sind aber 80 000 Leute, die sich als Umweltretter verkaufen, mal wieder in die Wüste geflogen. Dort wurde für sie eine enorme Infrastruktur errichtet. **Das alles um (mal wieder) die Welt zu retten!** Mit Scheinlösungen, die die Zukunft unseres Planeten verzocken – ganz im Sinne des Profitinteresses fossiler und atomarer Energieindustrien und im Interesse ihrer sie schützenden und unterstützenden Staaten.

Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) begrüßte die Absichtserklärung. Die Einigung zeige, *„dass wir den Weg der Klimagerechtigkeit gemeinsam gehen"*. [13]

Und eine weitere gute Nachricht für die COP-Lobbyist:innen: Im Jahr **2024 findet die COP 29 in Aserbaidschans Hauptstadt Baku** statt. Der designierte (zukünftige) Präsident der COP 29, Mukhtar Babayev, ist ein ehemaliger Manager des staatlichen Öl-Unternehmens SOCAR. [14]

Kriege+Aufrüstung = Umweltkiller

Bis September 2023 verursachte der **Krieg in der Ukraine** Treibhausgasemissionen in Höhe von 150 Millionen Tonnen CO2. Etwa so viel wie Belgien jährlich ausstößt. Berücksichtigt sind hier nur die direkt im Krieg verursachten Emissionen. Der Treibstoffverbrauch der Kriegsgeräte, wie Flugzeuge und Panzer

11 kickbigpollutersout.org/articles/release-record-number-fossil-fuel-lobbyists-attend-cop28, 05.12.2023

12 Bei CCS werden fossile Emissionen abgeschieden und eingelagert, beispielsweise im Meeresboden. Die Umweltfolgen sind null abschätzbar.
bund.net/klimawandel/un-konferenzen/, März 2024

13 taz.de/Reaktionen-auf-Klimakonferenz-COP/!5980245/, eingesehen März 2024

14 bund.net/klimawandel/un-konferenzen/, März 2024

etc… sind hier nicht berücksichtigt. Ebenso nicht die kriegsbedingten Waldbrände, die (Öl-) Verschmutzungen der Meere sowie die brennenden Ölfelder. [15]
Und im **Palästina-Israel Krieg**? *„In den ersten zwei Monaten des Krieges in Gaza sind gigantische CO2-Emissionen entstanden. Diese sind größer als der jährliche ökologische Fußabdruck von mehr als 20 Nationen. Über 99 Prozent der geschätzten 281 000 Tonnen Kohlendioxid, die in den ersten 60 Tagen nach dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober ausgestoßen wurden, lassen sich auf Israels Luftangriffe und die Bodeninvasion in Gaza zurückführen...“* [16]
Ein weiterer umweltvernichtender Effekt der Kriege wird auch nicht berücksichtigt: Die steigenden Gaspreise infolge des Ukraine-Kriegs haben weltweit zum weiteren Ausbau von Kohlekraftwerken und LNG-Terminals (Flüssiggas) geführt.
Hinzu kommen die großangelegten **Militär/Kriegs**übungen, wie Air Defender im Juni 2023 und Steadfast Defender vom 22. Januar bis 31. Mai 2024. Rund 90 000 Soldat:innen – davon 12 000 der Bundeswehr – sind bei diesem NATO-Großmanöver Steadfast Defender im Einsatz. Hinzu kommen 3 000 Fahrzeuge und 30 Luftfahrzeuge der Bundeswehr. [17]
Und das sind nur einige der zahllosen Militärmanöver. Ein Leopard 2 Panzer verbraucht für 100 km im Gelände mehr als 500 Liter Treibstoff. Noch mehr benötigen die Kampfjets: Ein Eurofighter verbraucht 3 500kg Treibstoff pro Flugstunde und ein F35 ganze 8 500kg. Pro Tankladung setzt ein F35-Kampfjet rund 28 000 Tonnen CO2-Äquivalent frei. [18]

Klima-Aktivisti:innen, Grüne, Greta Thunberg und die Kriege

„Es war einmal…“ eine sehr starke Umweltbewegung. Sie kämpfte gegen Atomkraftwerke (AKWs). Sie brachte Zehntausende und mehr auf die Straße. Die Umweltaktivist:innen hatten Sonnenblumen als Symbol, strickten und trugen norwegische Pullis und waren ganz lieb. Das ist das Märchen der Grünen Partei. Dann kamen sie an die Macht und somit an die fetten Töpfe, die es auszuschütten galt. Und so wurden sie zum Kriegsklüngel und damit zur Klimakillerfraktion. Normalerweise enden Märchen ja immer gut. Aber dieses Märchen endet überhaupt nicht gut.
Die „Grünen“ haben sich längst zur offensivsten Kriegspartei gemausert. Die grüne Außenministerin Annalena Baerbock betreibt regelrecht Kriegspropaganda. In eine Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Straßburg im Januar 2023: *„Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland und nicht gegeneinander.“* [19]

Grüne pochen auf Taurus-Lieferung an Ukraine
Auch bei der Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine betreiben die Grünen massive Kriegshetze und kritisieren die Haltung von Kanzler Scholz, der nach wie vor keine Taurus-Waffensysteme liefern will. Er begründet seine Weigerung damit, dass Deutschland dadurch in den Ukraine-Krieg hineingezogen werden könnte, bis hin zu einer direkten Beteiligung des deutschen Militärs. Was natürlich auch Quatsch ist. **Deutschland ist längst Kriegspartei.** Die grüne Baerbock dagegen plädiert dafür, „alle Mittel“ genau zu prüfen, um der Ukraine zu helfen und sieht die Lieferung von Marschflugkörpern via Großbritannien als „Option“. [20]
Wirtschaftsminister Robert Habeck haut in seiner „Oster-Rede“ noch einen drauf: *„Wenn wir uns jetzt darüber zerstreiten, wie wir helfen, und ob wir etwa den Marschflugkörper Taurus liefern, kann Putin sich zurücklehnen. Das wäre das Dümmste, was wir machen könnten“.*
Obwohl die Grünen auf ihrer Webseite vorgeben: *„Wir Grüne im Bundestag stehen für Frieden, Abrüstung, kooperative Sicherheit und eine Kultur der militärischen Zurückhaltung …“* betreiben sie in Wirklichkeit eine Politik der Aufrüstung, Militarisierung und Stärkung der Bundeswehr: *„Die Bundeswehr kann einen Beitrag zur internationalen Friedenssicherung leisten“.* [21]

Nichts vergeben – nichts vergessen!
Bereits seit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien, in dem die BRD **ab 1999** ihren **ersten Kriegseinsatz** seit dem Zweiten Weltkrieg führte, schwenkte die ehemalige Friedenspartei um in eine aktive Kriegspartei. Damals begründeten sie den Eintritt Deutschlands in den Krieg mit der absurdesten Begründung überhaupt: „Nie wieder Auschwitz“. Damit rechtfertigen sie die enorme Militarisierung Deutschlands. **Keine Illusion in die Pseudo-Friedens-Abrüstungs-Partei!**

15 climatefocus.com/publications/climate-damage-caused-by-russias-war-in-ukraine/, Dezember 2023
16 freitag.de/autoren/the-guardian/klimabilanz-des-gazakrieges-so-viel-co2-wie-150-000-tonnen-verbrannte-kohle, eingesehen März 2024
17 bundeswehr.de/de/aktuelles/schwerpunkte/quadriga-2024-nato-landstreitkraefte-ueben-buendnisfall, eingesehen März 2024
18 imi-online.de/2023/06/12/klimaschutz-heisst-abruesten-klimaschutz-heisst-nein-zu-air-defender-2023/
19 taz.de/Annalena-Baerbocks-Rede/!5907972/, eingesehen März 2024
20 zeit.de/politik/deutschland/2024-03/ukraine-annalena-baerbock-waffenlieferungen-taurus-ringtausch-grossbritannien, 11.03.2024
21 gruene-bundestag.de/themen/sicherheitspolitik, eingesehen März 2024

Gibt es eine Klimarettung im Kapitalismus?

Im Kapitalismus können und müssen wir für Reformen kämpfen. Wir Kommunist:innen solidarisieren uns mit der vielfältigen Klimabewegung, denn auch im Kapitalismus müssen wir kämpfen! Aber für uns ist klar: **Klimatöter ist der Kapitalismus!** Solange die Natur als Quelle des Profits ausgebeutet wird, kann es **keine wirkliche Klimagerechtigkeit** geben.

Weltweit sind zahlreiche Umweltbewegungen, Aktivist:innen und Organisationen aktiv, die sich die Klimarettung zum Ziel gesetzt haben. In Deutschland sind das vor allem Fridays for Future (FFF), Extinction Rebellion (XR), die ehemaligen Klima-Kleber:innen von der Letzten Generation und einige mehr. Sie alle kämpfen auf ihre Art und Weise, haben Unterschiede in der Kampfmethode – die einen militanter, die anderen legen mehr Wert auf Massentauglichkeit. Je nach Grad der Militanz und der Zugehörigkeit zu einer Klasse fällt auch die Repression von Staat und Polizei unterschiedlich aus. Aber die Repression ist insgesamt massiv. Daran erkennen wir ganz deutlich, der Staat hat Angst vor diesen Bewegungen, denen sich vor allem Jugendliche breit und sehr aktivistisch anschließen. Denn allen ist gemeinsam: Sie glauben den Regierungen in puncto Klimarettung kein Wort.

Ihr Fehler liegt allerdings darin, dass sie zwar in Worten gegen das System sind (System Change not Climate Change!), aber ihr Systemwechsel beinhaltet lediglich einen anderen Kapitalismus. Sie fordern einen grünen Kapitalismus.

„Die Verteidigung Israels ist deutsche Staatsräson!"

Fridays for Future, größte Massenbewegung für Klimagerechtigkeit, hat eindrücklich gezeigt, wie zerbrechlich eine Organisation sein kann, die nur das Thema Klima auf die Tagesordnung hebt, unabhängig vom System des Kapitalismus, in das die Klimafrage eingebettet ist, und damit andere Fragen, wie z.B.: Krieg weitgehend ausblendet. [22]

Hauptproblem ist neben der Fokussierung auf eine Frage, dass sie nicht die Systemfrage stellen, sondern weitgehend auf Reformen setzen.

Greta Thunberg, einst Heldin der FFF-Bewegung (Fridays For Future) in Deutschland, wird nun von den offiziellen Sprecher:innen der FFF-Bewegung in Deutschland, in vorauseilendem Gehorsam mit der Politik der Bundesregierung streng verurteilt, weil sie es wagt, sich gegen die israelische Politik und den Krieg gegen Palästina zu stellen. Weil sie es gewagt hat, heraus zu schreien: ***„Ohne Frieden gibt es keine Klimagerechtigkeit".*** [23]

Viele Mitglieder von FFF lehnen es offensiv ab, dass sich die Klimabewegung mit anderen Themen beschäftigt. Ein Mitglied warnte vor der Spaltung: *„Wenn Greta Thunberg oder andere führende Aktivisten ständig über die Palästina-Frage sprechen, sorgt das für Uneinigkeit*." [24]

Tatsache ist, Kriege um die Neuaufteilung der Welt – so sehen wir den Krieg in der Ukraine und in Palästina/Israel bringen nicht nur großes Leid für die Völker.

Nein! Krieg ist auch einer der größten Klimakiller. Daher ist es einfach falsch, wenn die Klimabewegung sich nicht mit den Klassenkämpfen gegen Krieg und Kapitalismus vereint und gemeinsam mit einer Faust zuschlägt.

Einen Finger kann man brechen – Fünf Finger sind eine Faust!

Wirkliche Klimarettung kann es nur in einer anderen Gesellschaft geben. Eine Gesellschaft, in der der Profit nicht im Vordergrund steht. Eine Gesellschaft frei von Ausbeutung von Mensch und Natur. Dafür kämpfen wir.

Organisiert Euch bei Trotz alledem! und kämpft mit uns.

Für den Sozialismus!
Für den Kommunismus!

22 Natürlich wollen wir nicht unterschlagen, dass FFF gerade in den letzten Jahren auch versucht, in der Umweltfrage mit der Arbeiter:innenklasse (z.B.: Ver.di-Streiks im öffentlichen Nahverkehr, in Kitas und Krankenhäusern…) ein Bündnis zu schließen.

23 Trotz alledem, Nr. 93, Januar 2024, S. 15

24 merkur.de/politik/niederlande-demo-fridays-for-future-deutschland-greta-thunberg-israel-palaestina-zr-92673056.html, 16.11.2023

EU-Parlamentswahlen 2024:
EU: Imperialistisches Projekt
EU-Parlament: Machtlose Quatschbude
Unsere Wahl: Sozialismus!

Im Juni wird das Wahlvolk in allen Ländern der Europäischen Union (EU) mal wieder zu den Urnen gerufen. Diesmal fürs Europaparlament.

In der Legislaturperiode **2019 bis 2024** saßen 705 Abgeordnet:innen im EU-Parlament. Sie wurden in 27 Mitgliedsländern entsprechend einem vorbestimmten Proporz für jedes Land gewählt und haben sich in **sieben Fraktionen** organisiert. Nach den Regeln der EU setzt sich eine Fraktion aus mindestens **25 Mitgliedern** von mindestens sieben EU-Mitgliedsstaaten zusammen. Jeder Fraktion gehört eine Vielzahl von Parteien an, die durch eine ähnliche politische Orientierung verbunden sind.

Einige wenige fraktionslose EU-Parlamentarier:innen sind auch ins Parlament gewählt worden. Sie haben aber nur lächerlich anmutende Wirkungsmöglichkeiten.

Insgesamt gehörten dem Europäischen Parlament in der Legislaturperiode von 2019 bis 2024 mehr als **180 unterschiedliche Parteien** aus den 27 EU-Mitgliedsstaaten an.

Ähnlich wird sich im September das aus den EU Wahlen hervorgehende EU Parlament zusammensetzen.

In **Deutschland** haben insgesamt **40 Parteien** sowie sonstige politische Vereinigungen ihre Wahlvorschläge als gemeinsame Listen für alle Bundesländer zur Teilnahme an der Europawahl 2024 eingereicht.

Mit den Listen für einzelne Bundesländer sind insgesamt 59 Wahlvorschläge eingegangen. Laut Bundeswahlleiterin wurden **35 Parteien** und **sonstige politische Vereinigungen** für diese Europawahl zugelassen. In anderen Ländern der EU sieht es ähnlich aus. Jede Menge Parteien und politische Gruppen kämpfen darum, einen Platz im Europaparlament zu ergattern.

EU-Parlamentarier:in ist ein lukrativer, angenehmer Job. Die Europaparlamentarier:in hat nichts anderes zu tun, als sich ab und zu bei den Parlamentssitzungen blicken zu lassen, um ihr hochdotiertes Gehalt „zu verdienen". Das Europaparlament hat bei den Entscheidungen über die Politik der EU **absolut nichts** zu sagen.

Das wichtigste politische Gremium ist der **„Europäische Rat"**, in dem de facto **alle zentralen Entscheidungen** schlussendlich durch die Staatschefs der EU-Mitgliedsstaaten getroffen werden.

Die Exekutive der EU, die die vom „Rat" beschlossene Politik ausführt, ist die **EU-Kommission**. Sie besteht aus Kommissionsmitgliedern, bestimmt von den jeweiligen Regierungen der EU-Mitgliedsländer. Das EU Parlament ist eine reine **Quatschbude**, deren Vorschläge, Beschlüsse etc. keine bindende, bestimmende Rolle für die Politik der EU spielen.

Es ist ein Scheinparlament, das zwar dem imperialistischen Projekt EU eine demokratische Legitimation verleihen soll, aber es **nicht kann**. Es ist ein Parlament, dessen Quatschbuden-Charakter viel offener und offensichtlicher ist, als der der nationalen Parlamente. Im Prinzip ist dieser Charakter aber allen bürgerlichen Parlamenten eigen.

Die nationalen Parlamente stehen **–** wenigstens in der Theorie **–** über der Exekutive. Die Gesetze, die sie beschließen sind bindend für die Regierungen und alle Institutionen und Bürger:innen des jeweiligen Landes.

Wozu ist also die macht- und wirkungslose Quatschbude EU-Parlament gut? Es ist eine Arbeitsbeschaffungsmaschinerie für abgehalfterte, für die nationale Politik in den EU-Ländern nicht mehr **nützliche Politiker:innen**. In ihrem Tross werden viele erwerbslose Akademiker:innen, natürlich hochbezahlt, als angestellte „Mit"arbeiter:innen beschäftigt.

Das EU-Parlament ist ein **top-pseudo-demokratisches Scheinparlament** und eine **Geldvernichtungsmaschine**. Eine Anhäufung von Ausschüssen, Institutionen, Kommissionen, Gremien – **für NIX!**

Und nun sollen wir diesem Scheinparlament mit unseren Stimmen einen demokratischen Anstrich geben und es legitimieren. **Ohne uns!**

Dieses Parlament, in dem auch sehr viel und zurecht vom Abbau der Bürokratie in der EU geschwätzt wird, gehört in die Tonne. Wenn das EU-Parlament wirklich für Abbau der Bürokratie in der EU eintreten würde, müsste seine erste Handlung sein, sich selbst aufzulösen!

Jede Stimme, für welche Partei oder unabhängige/n Kandidat:in auch immer, ist eine Stimme zu viel. Sie

Lernen von Lenin!

Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa

!Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d. h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt durch die „fortgeschrittenen" und „zivilisierten" Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär. Das Kapital ist international und monopolistisch geworden. Die Welt ist aufgeteilt unter ein Häuflein von Großmächten, d.h. von Staaten, die in der großangelegten Ausplünderung und Unterdrückung der Nationen die größten Erfolge zu verzeichnen haben. Die vier Großmächte Europas: England, Frankreich, Rußland und Deutschland, mit einer Bevölkerung von 250-300 Millionen und einem Territorium von etwa 7 Millionen Quadratkilometern, verfügen über Kolonien mit einer Bevölkerung von *fast einer halben Milliarde* (494,5 Millionen) und einem Territorium von 64,6 Millionen Quadratkilometern, d. h. fast über den halben Erdball (133 Millionen Quadratkilometer ohne Polargebiet). Man nehme noch die drei asiatischen Staaten China, die Türkei und Persien hinzu, die jetzt von den einen „Befreiungs"krieg führenden Räubern, nämlich von Japan, Rußland, England und Frankreich, in Stücke gerissen werden. Diese drei asiatischen Staaten, die man als Halbkolonien bezeichnen kann (in Wirklichkeit sind sie jetzt zu neun Zehnteln Kolonien), haben eine Bevölkerung von 360 Millionen und eine Gesamtfläche von 14,5 Millionen Quadratkilometern (d. h. fast eineinhalbmal soviel wie die Gesamtfläche von ganz Europa).

Ferner haben England, Frankreich und Deutschland im Ausland mindestens 70 Milliarden Rubel Kapital untergebracht. Um die „legitimen" Einkünfte aus dieser hübschen runden Summe – Einkünfte von über drei Milliarden Rubel jährlich – einzutreiben, sind die nationalen Millionärsausschüsse da, Regierungen genannt, die über Heere und Kriegsflotten verfügen und in den Kolonien und Halbkolonien die ganze Sippschaft des „Herrschers Kapital" in der Eigenschaft von Vizekönigen, Konsuln, Botschaftern, Beamten aller Art, Pfaffen und sonstigen Blutegeln „unterbringen".

So ist in der Epoche der höchsten Entwicklung des Kapitalismus die Ausraubung von rund einer Milliarde Erdbewohnern durch ein Häuflein von Großmächten organisiert. Und unter dem Kapitalismus ist jede andere Organisation unmöglich. Auf Kolonien, auf „Einflußsphären", auf Kapitalexport verzichten? Daran zu denken hieße auf das Niveau des Pfäffleins herabsteigen, das jeden Sonntag den Reichen die Erhabenheit des Christentums predigt und ihnen rät, den Armen zu geben... nun, wenn nicht ein paar Milliarden, so wenigstens ein paar hundert Rubel im Jahr.

Vereinigte Staaten von Europa sind unter kapitalistischen Verhältnissen gleichbedeutend mit Übereinkommen über die Teilung der Kolonien. Unter kapitalistischen Verhältnissen ist jedoch jede andere Basis, jedes andere Prinzip der Teilung als das der Macht unmöglich. (...) Kapitalismus bedeutet Privateigentum an den Produktionsmitteln und Anarchie der Produktion. Auf solcher Basis eine „gerechte" Verteilung des Einkommens zu predigen ist Proudhonismus, ist kleinbürgerlicher, philiströser Stumpfsinn. (...)

Unter dem Kapitalismus gibt es keine anderen Mittel, das gestörte Gleichgewicht von Zeit zu Zeit wiederherzustellen, als Krisen in der Industrie und Kriege in der Politik.

Natürlich sind *zeitweilige* Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der *europäischen* Kapitalisten. . . worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien *gegen* Japan und Amerika verteidigen könnte, die durch die jetzige Aufteilung der Kolonien im höchsten Grade benachteiligt und die im letzten halben Jahrhundert unvergleichlich rascher erstarkt sind als das rückständige, monarchistische, von Altersfäulnis befallene Europa. Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten von Amerika bedeutet Europa im ganzen genommen ökonomischen Stillstand. Auf der heutigen ökonomischen Basis, d. h. unter kapitalistischen Verhältnissen, würden die **Vereinigten Staaten von Europa** die Organisation der Reaktion zur Hemmung der rascheren Entwicklung Amerikas bedeuten. Die Zeiten, in denen die Sache der Demokratie und die Sache des Sozialismus nur mit Europa verknüpft war, sind unwiderruflich dahin.

Die Vereinigten Staaten der Welt (nicht aber Europas) sind jene staatliche Form der Vereinigung und der Freiheit der Nationen, die wir mit dem Sozialismus verknüpfen – solange nicht der vollständige Sieg des Kommunismus zum endgültigen Verschwinden eines jeden, darunter auch des demokratischen, Staates geführt haben wird. Als selbständige Losung wäre jedoch die Losung Vereinigte Staaten der Welt wohl kaum richtig, denn erstens fällt sie mit dem Sozialismus zusammen, und zweitens könnte sie die falsche Auffassung von der Unmöglichkeit des Sieges des Sozialismus in *einem* Lande und eine falsche Auffassung von den Beziehungen eines solchen Landes zu den übrigen entstehen lassen. Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, daß der Sieg des Sozialismus zunächst in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande möglich ist. Das siegreiche Proletariat dieses Landes würde sich nach Enteignung der Kapitalisten und nach Organisierung der sozialistischen Produktion

nutzt nur dazu, einem macht- und wirkungslosen, bürokratischen Wasserkopf-Apparat Legitimität zu verleihen, der für uns arbeitende Menschen vollkommen unsinnig ist. **OHNE UNS!**

Und was ist die EU?

Wie pompös wurden die Gründung der EU und später auch die Einführung des Euro gefeiert! Von den Herrschenden in Europa wurde den Werktätigen nicht weniger als eine **humanistische Werteunion**, vor allem **Frieden, Völkerverständigung, Wohlstand** und natürlich **Demokratie** versprochen. Am Ende würde Europa vereinigt als Hort der Demokratie und des Friedens in die Geschichte eingehen.

Was zeigt uns die Praxis?
Die Europäische Union ist nicht mehr und nicht weniger als eine zeitweilige imperialistische Allianz verschiedener Nationalstaaten in Europa, wobei aber die westlichen Mächte das Sagen haben. Die **Führungsmächte** der EU, der **deutsche und französische Imperialismus** haben sich einen Block von bisher **27 Staaten** zusammengezimmert, der sich einige supranationale Strukturen in politischen, militärischen und ökonomischen Bereichen geschaffen hat.
Ziel der EU ist, im Ringen um **weltweite Einflusssphären und Macht**, die in der EU bisher ziemlich lose zusammengeschlossenen Staaten gegen die anderen imperialistischen Großmächte, wie die USA, Japan, Russland und China, verstärkt in Stellung zu bringen.
Aber die Europäische Union wird sich **nicht** zu einem einheitlichen Staat, zu den **„Vereinigten Staaten von Europa"** entwickeln. Das ist eine Mär. Die EU ist ein zeitweiliges Bündnis europäischer kapitalistisch, imperialistischer Nationalstaaten. Sie ist ein Projekt, das der internationalisierten Arbeitsteilung-Produktion geschuldet ist, um der Monopolbourgeoisie der EU-Staaten die besten Ausgangspositionen zu sichern.

Über die EU versuchen die imperialistischen Staaten in West-Europa **–** vor allem der deutsche und französische Imperialismus **–** gemeinsame ökonomische, militärische und geostrategische Interessen umzusetzen. Vereint handelt die EU für diese Ziele: Gegen die Werktätigen und revolutionären Bewegungen in den europäischen Ländern gemeinsam vorzugehen, als imperialistische Großmacht um die Einflusssphären auf der Welt zu ringen, andere Staaten und Völker auszubeuten, zu unterdrücken und Kriege zu führen.
Aber die europäischen Nationalstaaten geben dabei ihren eigenständigen, imperialistischen oder kapitalistischen Charakter und ihre „nationalstaatlichen Interessen" nicht auf. Die inneren Widersprüche sind immens ausgeprägt. Die Monopole haben unterschiedliche Interessen. Jeder ringt mit jedem. Nach Innen und nach Außen gelten nach wie vor die Regeln der erbarmungslosen Rivalität. Die **Schmierenkomödie um den Brexit** hat gezeigt wie die „nationalen Interessen" dem Vereinheitlichungsprozess entgegenwirken.
Die **Widersprüche der kapitalistischen Konkurrenz**, das Ringen der EU-Großmächte untereinander, gegen oder mit den schwächeren, abhängigen, kapitalistischen, imperialistischen Ländern innerhalb der EU, sind Motor der Entwicklung der EU.
Ein Beispiel: Die **Unterwerfung Griechenlands unter das EU-Diktat**, einhergehend mit der Verarmung aller Schichten der Werktätigen und dem Ruin und Ausverkauf der Industrie sowie des ganzen Landes, gigantische Verschuldungen und irrwitzig hohe Jugenderwerbslosigkeit etc.
Die heutige EU ist von den herrschenden Monopolbourgeoisien und bürgerlichen Parteien der Mitgliedsstaaten zu dem gemacht worden, was sie ist: Die Festung Europa, die ihre Grenzen hermetisch abgeriegelt hat. Die barbarische EU, die zig Zehntausende von geflüchteten Menschen im Mittelmeer ertrinken lässt. Die hochmilitarisierte EU, die eine eigene Streit-

im eigenen Lande der übrigen, der kapitalistischen Welt *entgegenstellen!* würde die unterdrückten Klassen der anderen Länder auf seine Seite ziehen, in diesen Ländern den Aufstand gegen die Kapitalisten entfachen und notfalls sogar mit Waffengewalt gegen die Ausbeuterklassen und ihre Staaten vorgehen. Die politische Form der Gesellschaft, in der das Proletariat siegt, indem es die Bourgeoisie stürzt, wird die demokratische Republik sein, die die Kräfte des Proletariats der betreffenden Nation oder der betreffenden Nationen im Kampfe gegen die Staaten, die noch nicht zum Sozialismus übergegangen sind, immer mehr zentralisiert. Die Abschaffung der Klassen ist unmöglich ohne die Diktatur der unterdrückten Klasse, des Proletariats. Die freie Vereinigung der Nationen im Sozialismus ist unmöglich ohne einen mehr oder minder langwierigen, hartnäckigen Kampf der sozialistischen Republiken gegen die rückständigen Staaten. Aus eben diesen Erwägungen heraus, im Ergebnis vielfacher Erörterung der Frage auf der Konferenz der Auslandssektionen der SDAPR und nach dieser Konferenz, ist die Redaktion des Zentralorgans zu dem Schluß gelangt, daß die Losung der Vereinigten Staaten von Europa eine falsche Losung ist.

„Sozial-Demokrat" Nr. 44, 23.08.1915.
Nach dem Text des „Sozial-Demokrat",
Lenin Werke 21, 342-346

Ausgewählte Wahlprogramm-Punkte von Parteien, die sich in der BRD zur Wahl stellen

Grünen – Wahlprogramm Motto: *„**Was uns schützt. Europawahlprogramm 2024 Machen was zählt.**"*
Was Wohlstand schützt – Was Gerechtigkeit schützt – Was Frieden schützt – Was Freiheit schützt
Die Grünen wollen sich für eine EU einsetzen, die *„handlungsfähig Frieden und Freiheit"* verteidigt. Es soll für den *„Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger gesorgt werden, dieser sollte jedoch an eine nachhaltige Klimapolitik geknüpft sein."*

Auf **114 Seiten** Wahlprogramm ... das Grünen-Blabla …. Mit billigen und unglaubwürdigen Phrasen wird versucht, ihre marode Regierungspolitik in der Koalition zu rechtfertigen.

Die **Europapolitik der SPD** zielt auf ***„Ein Europa der Zukunft, ein starkes Europa und ein Europa des Respekts."*** (SPD Wahlprogramm).
Die SPD will gegenüber den anderen Großmächten ein „starkes Europa", in dem Deutschland natürlich berufen ist, die tonangebende Macht zu sein.

Die **AfD** lehnt einen ***„EU-Superstaat"*** und eine gemeinsame ***„europäische Identität"*** ab. Die EU soll laut der AfD ein **„Bund europäischer Nationen"** und keine „Vereinigten Staaten von Europa" sein. Gefordert wird von der AfD statt der EU-Resettlement-Programme **„Remigrationsprogramme"** zu verfassen. (AfD Wahlprogramm).

Die AfD versucht mit ihrem offen rassistischen Programm in puncto Migrant:innen andere bürgerlichen Parteien ziemlich erfolgreich vor sich herzutreiben. Ihr „Kampf" gegen die „Vereinigten Staaten von Europa" ist ein Kampf gegen Windmühlen, da die „Vereinigten Staaten von Europa" unter kapitalistischen Verhältnissen nur eine Chimäre ist.

Die **FDP** will ***„Europa. Einfach. Machen. Entfesseln wir Europas Energie für mehr Freiheit und mehr Wohlstand."*** Erstens soll die EU *„für die Bürgerinnen und Bürger zugänglicher"* werden. Zweitens soll *„Europa sicherer werden, indem Grenzen geschützt werden, irreguläre Migration bekämpft wird", „der Rechtsstaat durchgesetzt werden "* und eine ***„schlagkräftige Europäische Armee für den Ernstfall gebildet werden"***. Eine **angeblich liberale Partei**, die für den „Schutz der Grenzen" und eine „schlagkräftige Armee" massiv eintritt, ist wohl ein deutscher Sonderfall.

Das **Motto** des **CDU/CSU Wahlprogramms** lautet: ***„Mit Sicherheit Europa – Für ein Europa, das schützt und nützt."***
Eine der Kernforderungen: ***„Durch Humanität und Ordnung Migration begrenzen*** *Wir können auf die legale Zuwanderung von Fachkräften, die bei uns arbeiten und mitanpacken wollen,* ***nicht verzichten.*** *Wir stehen fest zu unserer* ***humanitären Verpflichtung, verfolgten Menschen*** *zu helfen. Gleichzeitig stellt die irreguläre Migration die gesamte EU und besonders Deutschland vor erhebliche Probleme. Wir wollen diese Zuwanderung stoppen. Daher stehen wir hinter dem neuen europäischen Migrationspakt."* Das ist der „Kampf" der christlich-konservativen Parteien Deutschlands gegen die Gefahr des Faschismus: Weitgehende Übernahme des Programms der Faschisten hinsichtlich der Politik gegenüber Migrant:innen und das Verschleiern dieses mit anderen Worten.

BSW: Das Bündnis Sahra Wagenknecht fordert **Europa** soll ***„eigenständiger Akteur auf der Weltbühne werden, statt Spielball im Konflikt der Großmächte zu sein und sich den Interessen der USA unterzuordnen"***.
Kampf in Deutschland für den eigenen Imperialismus gegen den US Imperialismus! Das ist die Essenz der, nicht nur Europa-Politik dieser angeblich neuen Alternative in der Parteienlandschaft Deutschlands! Wetteifern mit der AfD um die Gunst der deutschnationalen Wähler:innen.

Die **LINKE** tritt für ***„ein vereintes Europa der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens***" ein. Gesetzt werden soll auf ***„europäische Integration und nicht auf ein „Europa der Vaterländer".***

Das Programm der Linken unterscheidet sich von den Anderen vor allem durch die Verteidigung des Friedens in Zeiten des Kriegs auch in Europa. Allerdings sieht sie in laufenden Kriegen imperialistische Mächte wie z.B. Russland und China als Friedensmächte und sozusagen Verbündete an.

Fazit: All diesen Programmen ist gemeinsam, dass der Ausgangspunkt „die Interessen Deutschlands" sind. Was heute nichts anderes ist, als die Interessen des deutschen Imperialismus. Streitpunkt ist, ob diese Interessen IN und MIT der EU oder OHNE EU besser „geschützt" werden können.

macht aufbaut um sich **noch massiver in Kriegen** „zu engagieren". Die Europaspitzenkandidatin Katarina Barley (SPD) z.B. erklärte, sogar die „EU-Atombombe" könnte eine Option sein. „Auf dem Weg zu einer europäischen Armee kann also auch das ein Thema werden." [1]

Die **EU der Großmächte** zählt zu den führenden Waffenverkäufern weltweit. Die sich faschisierende EU lässt in allen Mitgliedsstaaten rassistischen Terror und Ausgrenzung gegen Migrant:innen und Geflüchtete, Antisemitismus und Islamophobie nicht nur zu, sondern heizt diese massiv an.

Die **patriarchale EU**, die einfachste demokratische Rechte, wie gleichen Lohn für gleiche Arbeit nicht verwirklicht, sexualisierte Gewalt an Frauen toleriert und in etlichen Ländern **–** auch in Deutschland – Abtreibungsverbote aufrechterhält.

Die **umweltzerstörerische EU**, deren **Klimapolitik** den Ruin des Planeten brutal vorantreibt und deren **Landwirtschaftspolitik**, zum Beispiel durch die Zulassung von Glyphosat, Menschen und Erde vergiftet.

Die **Ausbeuter-EU** die **zentrale Arbeiter:innenrechte** in den Boden stampft. Für den **Maximalprofit der Monopole**.

Unter kapitalistischen Verhältnissen, im Imperialismus konnte die EU auch nichts anderes werden als das was sie ist!

Unsere Wahl:

Kampf für eine andere Welt, in der die Ausbeutung der arbeitenden Menschen abgeschafft ist! In der die Herrschaft der Menschen über die Natur abgeschafft ist! In der die Produktion und Konsumption in Harmonie mit der Natur stattfindet!

Kampf für Sozialismus!

Wir stellen uns gegen das imperialistische Projekt EU insgesamt!

Die EU muss, wie alle imperialistischen, kapitalistischen Staaten, Staatenbündnisse und Institutionen zerschlagen werden, damit tatsächlich eine wirkliche Einheit der Arbeiter:innen aller Länder und der unterdrückten Völker entstehen kann.

Unseren Protest auf die Straßen zu tragen, das ist unsere Antwort auf die imperialistische EU- auch bei den EU-Parlamentswahlen. Unsere demokratischen und sozialistischen Forderungen zu stellen und dafür zu kämpfen! Das ist unser Weg für eine revolutionäre, die Verhältnisse wirklich verändernde Politik.

Rassistischer geht wohl immer!

Das Projekt EU wird in den Klassenkämpfen zerschlagen werden, wie auch die Staatsmaschinerien der jeweiligen Nationalstaaten. Nur wirklich sozialistische Revolutionen und Umwälzungen können den Weg öffnen für eine andere Gesellschaft. Alles andere sind entweder bewusste Verschleierung der Verhältnisse oder aber Illusionen und Träume!

Organisieren wir uns zusammen, um eine Kommunistische Partei in Deutschland aufzubauen!

Lasst uns die Perspektiven für die Revolution in der Arbeiter:innenbewegung verankern und die breiten Massen der Werktätigen dafür mobilisieren.

Für Sozialismus!

Für Kommunismus!

Unsere Sehnsucht nach einer anderen Welt ist die **Vision des Kommunistischen Manifests**:

„An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist." [2]

Eine Welt ohne Ausbeutung und Tyrannei! Eine Welt ohne Kriege, ohne Neokolonialismus, ohne Rassismus, ohne Faschismus, ohne Patriarchat und Frauenunterdrückung. Wir wollen eine Welt, in der in Übereinstimmung mit den natürlichen Lebensgrundlagen produziert und konsumiert wird.

Wir wollen eine Welt, in der die übergroße Mehrheit – wir werktätigen Menschen – die den gesellschaftlichen Reichtum schaffen, diesen gleichberechtigt miteinander teilen.

Das ist kein Traum, wenn wir den organisierten Kampf aufnehmen.

Das ist ein Ziel, um das sich zu kämpfen lohnt.

Organisiert euch! Kämpft mit uns!

April 2024

1 SPD-Europaspitzenkandidatin Barley: „EU-Atombombe könnte Thema werden", 13.02.2012 dpa

2 Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW, Bd. 4, S. 482

Gemeinsame Erklärung Kommunistischer Organisationen zur Europawahl 2024

Die EU ist ein Gebilde der Imperialisten!

Sie ist ein Instrument der Ausbeutung, Besatzung und Unterdrückung von Arbeiter:innen und Völkern!

Sie ist eine Bastion von Rassismus und Krieg!

Der Weg der Arbeiter:innen und Völker führt raus aus dem Europäischen Parlament und raus aus der EU! Keine Teilnahme an den Europawahlen!

Die Wahlen für das Europäische Parlament im Mai und Juni diesen Jahres fallen in eine Zeit vielfältiger Angriffe auf verschiedenen Ebenen auf die Rechte der Völker Europas. Sie finden außerdem in einer Zeit des Krieges und blutiger Konflikte auf dem europäischen Kontinent statt.

In den vergangenen Jahren haben die vorherrschenden imperialistischen Mächte in der Europäischen Union die Ausbeutung und Ausplünderung der Völker und Arbeiter:innen in allen Ländern Europas gefestigt und vertieft.

Sie haben drakonische Sparmaßnahmen eingeführt, die Ausbeutung der armen und mittleren gesellschaftlichen Schichten wurden mit Gehaltskürzungen und dem Angriff auf ihre Arbeitsrechte intensiviert und die Bäuer:innen wurden in Form einer „Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik" angegriffen. Die Jugend stand weiterhin im Zentrum der Angriffe der Herrschenden im Bezug auf das Bildungswesen und ihre Arbeitssituation. Die „Bologna-Richtlinien" [1] an den Universitäten haben die Studienbedingungen nicht nur nicht verbessert, sondern sogar massiv verschlechtert und viele Jugendliche gezwungen, diesen Ausbildungsweg aufzugeben.

Insgesamt hat die EU zu einem heftigen Schlag gegen Arbeiterjugendliche, arme Jugendliche, Menschen am Rande der Armut, Migrant:innen und alle anderen „Bürger:innen zweiter Klasse" ausgeholt.

Einerseits wurden diese Einschränkungen durch Austeritätspolitik und Sparmaßnahmen vielerorts letztlich hingenommen, gleichzeitig wurde immer bewusster, dass es im herrschenden System keine dauerhaften demokratischen Rechte für diese Teile der Gesellschaft gibt.

Erneut hat sich in den letzten Jahren bestätigt, dass die EU ungerechte Kriege unterstützt und an ihnen direkt beteiligt ist. Sie ist eine der Hauptverantwortlichen für das Schlachten der Völker.

Der ungerechte Krieg in der Ukraine trägt, abgesehen vom Stempel des russischen und US-amerikanischen Imperialismus. auch den Stempel der EU und ihrer systematischen Förderung faschistischer Gruppen in diesem Land. Das ukrainische Volk hat natürlich das Recht, sich gegen jede Invasion zur Wehr zu setzen und für die eigene Unabhängigkeit zu kämpfen. Jedoch kann dieses Recht nicht durch die reaktionäre Selenskij-Regierung und die ukrainische herrschende Klasse verwirklicht werden, und erst recht nicht durch die US-NATO- und EU-Imperialisten.

Zugleich wird die anhaltende ethnische Säuberung in Palästina durch die Kräfte der Europäischen Union unterstützt. Zentral ist, dass die EU-Länder vorrangig jeden Versuch der Solidarität mit dem palästinensischen Volk unterdrücken. Die Entscheidung des Europäischen Parlaments, mit überwältigender Mehrheit „Israels Recht auf Selbstverteidigung" anzuerkennen, während in Gaza ein lang anhaltendes Massaker an einem Volk stattfindet, das seit Jahren unter der Besatzung des faschistischen Staates Israel lebt, ist ein offensichtliches Beispiel dafür, wie ausgehöhlt die Begriffe Demokratie und Humanität in der EU sind.

Es ist klar, dass Solidarität mit dem palästinensischen Volk und dem Freiheitskampf in Palästina bedeutet, gegen die kriegstreiberische EU zu kämpfen und auch ihren Wahlen fernzubleiben.

Die extrem rassistische Politik sowie der Aufstieg rechtsextremer Parteien in den Ländern der Europäischen Union und im Europäischen Parlament werden von den reaktionären, rassistischen und antikommunistischen Kräften des Systems unterstützt. Im Angesicht dessen fordern wir die politische, soziale und arbeitsrechtliche Gleichstellung aller Geflüchteten und Migrant:innen.

Dies kann nur durch den gemeinsamen Kampf der

1 Diese Richtlinien, entwickelt im *„EU-Bolognaprozess"*, umfassen verschiedene Maßnahmen für die *„Zusammenführung aller Hochschulen im Europäischen Raum".* Angeblich um die EU-Hochschulbildung effektiver zu gestalten. Das ist Fake. Tatsächliches Ziel ist, das europäische Hochschulsystem international „wettbewerbsfähiger" und „lukrativer" zu gestalten, zum Nachteil der Studierenden. Anm. TA

Völker, der Migrant:innen und der Geflüchteten erreicht werden.
In der EU sind neue Kräfte entstanden und alte Kräfte gestärkt worden, die die extremsten Formen des Kapitalismus, der Ausbeutung und der sozialen, ethnischen, religiösen, kulturellen und geschlechtlichen Diskriminierung repräsentieren. Diese ganze ideologische und politische Offensive, die parallel zu den Angriffen auf die Rechte und Errungenschaften von Jahrzehnten verlaufen ist, war für die imperialistischen Bourgeoisien der EU notwendig. Ihr Zweck war es, die Arbeiter:innen und Unterdrückten ins Rampenlicht zu rücken und ihnen die Schuld an der anhaltenden Krise in die Schuhe zu schieben.
Die rechtsextreme und faschistische Politik steht nicht im Widerspruch zur EU, ganz im Gegenteil: Sie ist ihr „Fleisch und Blut". Sie ist Ausdruck der Politik des kapitalistischen und imperialistischen Systems, die typisch für Zeiten ist, in denen es sich in Gefahr oder in Krisen befindet.
Auch der Ausbruch der Corona-Pandemie stellte zunächst ein Problem für den Produktionsprozess und das kapitalistische System als Ganzes dar, wurde dann jedoch als Gelegenheit für zusätzliche Angriffe und als Vorwand für zahlreiche Gesetze genutzt, die sich gegen die Arbeiter:innen und Völker richteten.
Der Mythos vom „Europa der Völker", vom sozialmenschlichen Antlitz der Europäischen Union zerfällt in dieser Zeit sehr offen und sie zeigt ihr wahres Gesicht.
Es ist das Gesicht des Krieges, der Ausbeutung und der Barbarei. Es ist das Gesicht des imperialistischen Kapitalismus, der nur an der Anhäufung seiner Profite und seiner politischen Überlegenheit über seine Gegner interessiert ist. Es ist für jeden, der es sehen will, offensichtlich, dass eine Handvoll imperialistischer Länder die EU regiert. Sie fördern die Ausbeutung alle anderen Völker und der Arbeiter:innenklasse durch ihre herrschenden Klassen. So pressen sie allen verbliebenen Reichtum aus den abhängigen Ländern heraus. Das ist die Realität der Europäischen Union. Eine Union, die von Widersprüchen und Gegensätzen beherrscht wird; eine Union, die zum Scheitern verurteilt ist.
Dieses morsche und ausbeuterische Gebilde stützt sich auf den Anschein von Demokratie, um seine Legitimität vor den Völkern zu bewahren. Das Europäische Parlament hat die Aufgabe, die Menschen zu verwirren und sie davon zu überzeugen, dass die EU verändert und in ihrem Interesse reformiert werden könnte. Aber die Wahrheit ist, dass das Europäische Parlament eine Marionette ohne sinnvolle und echte Funktionen ist, ein Spektakel, das inszeniert wird, um die Völker Europas zu täuschen und sie von ihrem Kampf abzulenken.
Es ist ein „Gewächshaus", in dem der Lobbyismus und andere Formen der Korruption gedeihen. Das Einzige, dem sich die sogenannten Europaabgeordneten verpflichtet fühlen, sind die „Geldsäcke", die sie von den Kapitalisten erhalten, um ihre Interessen innerhalb und außerhalb der EU durchzusetzen.
Wir unterstützen die Kämpfe der Völker und Arbeiter:innen. Das sind die Kämpfe, auf die die Regierungen der EU-Länder einprügeln und die sie verunglimpfen. Wir unterstützen die Streiks, die in Frankreich für das Recht der Menschen auf eine Rente ausgebrochen sind, mit der sie leben können; die Streiks der Arbeiter:innen im Transportwesen aus Deutschland und Spanien.
Wir unterstützen die Kämpfe der Bauern und Bäuerinnen, wie kürzlich in Frankreich und Griechenland. Die Fortsetzung und der Weg zur Gerechtigkeit für die Kämpfe der Arbeiter:innen und Völker führt nicht über die Akzeptanz der elenden Illusionen über das Europäische Parlament und die EU. Die Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung ist zugleich die Hoffnung auf eine bessere Zukunft für die Arbeiter:innen und Völker Europas.
Der Weg der Völker liegt außerhalb des Europäischen Parlaments und richtet sich gegen die EU. Es muss ein Weg der Solidarität und der Geschwisterlichkeit sein. Nur so kann ein Leben mit grundlegenden Rechten im Kampf gegen Imperialismus und Ausbeutung erstritten werden. Ein solches Leben kann nur durch eine GEMEINSAME FRONT der Völker gegen dieses barbarische und reaktionäre Bündnis von Imperialisten und Kapitalisten errungen werden.
Wir alle, die wir dieses Dokument unterzeichnen, linke und kommunistische Organisationen, weigern uns, die Verherrlichung eines reaktionären imperialistischen Konstrukts mitzutragen.
Wir weigern uns, uns an einem absurden und lächerlichen Prozess wie dem der Europawahlen zu beteiligen. Wir rufen dazu auf, den Europawahlen massenhaft fernzubleiben und kämpfen aktiv dafür, die

Arbeiter:innenbewegung an die Spitze der Kämpfe zu bringen.

Wir rufen die Völker Europas auf, nicht an den Europawahlen teilzunehmen, da sie eine Farce sind, und stattdessen aktiv im Kampf gegen die Politik der Europäischen Union zu werden. Wir rufen Demokrat:innen und fortschrittliche Menschen auf, der von der Europäischen Union unterstützten kriegstreiberischen Politik, die Krieg in unsere Nachbarschaft gebracht hat, ein Ende zu setzen. Wir kämpfen dafür, dass unsere Länder das Gebilde der EU verlassen. Wir unterstützen das Recht der Völker, für ihre Rechte zu kämpfen und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Kriege zu kämpfen. Wir rufen dazu auf, die Europawahlen massenhaft zu boykottieren und sich ebenso massenhaft an den Kämpfen der Völker zu beteiligen!

Nein zur Europäischen Union der Kapitalisten und Imperialisten

Wahlboykott bei der Europawahl!

Nieder mit der arbeiter:innenfeindlichen Politik der Austerität und der sozialen Barbarei!

Für eine internationalistische, antiimperialistische Klassenfront der europäischen Arbeiter:innen und Völker gegen Krieg, Rassismus und Faschismus!

Unterzeichnende Organisationen (April 2024):

KKE (ml) – Griechenland (kkeml.gr)

Kommunistischer Aufbau – Deutschland (komaufbau.org)

Trotz Alledem – Deutschland (trotzalledem.org)

OCML-VP – Frankreich (ocml-vp.org)

Revolutionäre Kommunisten (RK) – Norwegen (maoisme.no)

Unité Communiste – Frankreich (unitecommuniste.fr)

Wir dokumentieren den Aufruf des Rote Hilfe e.V. Bundesvorstandes

„Justiz greift Versammlungsfreiheit an: Auftakt im Rondenbarg-Prozess“

Der G20-Gipfel in Hamburg liegt inzwischen mehr als sechseinhalb Jahre zurück, aber die Repression geht weiter: Am 18. Januar 2024 beginnt der Prozess gegen sechs Gipfelgegner*innen, denen die Teilnahme an der Demonstration im Straßenzug Rondenbarg vorgeworfen wird. Damit gehen die Verfahren im sog. Rondenbarg-Komplex in die dritte Runde, nachdem zwei frühere Prozesse in Hamburg bereits ergebnislos abgebrochen wurden.

Für die sechs Angeklagten, die aus dem gesamten Bundesgebiet kommen, stellt die monatelange Verhandlung eine extreme Belastung dar: Es drohen Haftstrafen und hinzu kommen die häufigen Fahrten nach Hamburg, die einen geordneten Arbeits- oder Ausbildungsalltag undenkbar machen. Bisher sind 25 Verhandlungstage bis August angesetzt, die mit Solidaritätskundgebungen vor dem Gericht begleitet werden. Am 20. Januar 2024 findet zudem eine bundesweite Demonstration der Solidaritätskampagne „Gemeinschaftlicher Widerstand“ statt.

Hintergrund des Prozesses ist ein Demonstrationszug mit rund 200 Teilnehmer*innen, der am Morgen des 7. Juli 2017 auf dem Weg zu Blockadeaktionen war. In der Straße Rondenbarg in Hamburg-Bahrenfeld griff eine BFE-Einheit die Versammlung ohne Vorwarnung an, wobei zahlreiche Aktivist*innen teilweise schwer verletzt wurden. Im Nachgang wurden keine Polizeibeamt*innen für die brutale Auflösung der Demonstration belangt, aber über 80 angegriffene Gipfelgegner*innen angeklagt.

In der Anklageschrift sind die Vorwürfe schwerer gemeinschaftlicher Landfriedensbruch in Tateinheit mit tätlichem Angriff auf Vollstreckungsbeamte in besonders schwerem Fall, versuchte gefährliche Körperverletzung, die Bildung bewaffneter Gruppen und Sachbeschädigung aufgeführt. Nichts davon wird den Angeklagten individuell vorgeworfen, sondern es werden pauschal alle Demonstrant*innen beschuldigt. Indem eine angebliche „gemeinschaftliche Tat“ konstruiert wird, soll die Reform des Landfriedensbruch-Paragrafen (§ 125 StGB) wieder rückgängig gemacht werden: Seit 1970 muss bei diesem Vorwurf eine eigenständige Tatbeteiligung nachgewiesen werden und die bloße Anwesenheit reicht nicht mehr aus.

Im Nachgang des G20 plant die Justiz somit einen Frontalangriff auf die Versammlungsfreiheit. Bereits in einem früheren Prozess gegen Gipfelgegner*innen war das Konstrukt der „psychischen Beihilfe“ bemüht worden und im Rondenbarg-Komplex wird dadurch das Grundrecht noch weiter ausgehöhlt werden.

„Der Rondenbarg-Prozess ist ein Paradebeispiel politischer Justiz: Statt den äußerst brutalen Polizeieinsatz zu verfolgen, der elf Schwer- und Dutzende weitere Verletzte forderte, stehen die Angegriffenen vor Gericht“, erklärte Anja Sommerfeld vom Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. „Mit dem Anklagekonstrukt sollen Versammlungen per se kriminalisiert werden. Sollte dieser Vorstoß Erfolg haben, ist künftig die bloße Teilnahme an einer Kundgebung oder Demonstration ein unkalkulierbares Risiko. Das wäre das Aus für das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit, das seit Jahren immer weiter eingeschränkt wird.“ Abschließend forderte Sommerfeld: „Wir stehen solidarisch an der Seite der Angeklagten. Die Verfahren gegen G20-Gegner*innen müssen umgehend eingestellt werden. Wir rufen dazu auf, den Prozess solidarisch zu begleiten und sich an der Solidaritätskampagne zu beteiligen.“

rondenbarg-prozess.rote-hilfe.de/2024/01/15/justiz-greift-versammlungsfreiheit-an-auftakt-im-rondenbarg-prozess-rote-hilfe-e-v-bundesvorstand/gemeinschaftlich.noblogs.org/

„Bündnis Sahra Wagenknecht“ BSW Alternative zum bürgerlichen Parteienspektrum?

Bei den EU-Wahlen im Mai und bei den Landtagswahlen im Herbst 2024 wird das BSW [1] **seine „ersten parlamentarischen Auftritte“ performen …**

Vorweg: Die in die Jahre gekommene, ziemlich spießig gewordene **TAZ** prägt aktuell einen bissig-witzigen Begriff für die Parteigänger:innen des BSW. So lautet die Überschrift eines Kommentars in der TAZ zur neuen drei Mitlieder starken BSW-Fraktion im Stadtbezirk Lichtenberg/Berlin: „**Wagenknechtler reichen der CDU die Hand.“** [2] Damit haben die BSW-Parteigefolgsleute ihren Spitznamen weg. Knechte sind ausgebeutete, rechtlose „Gehilfen“ der Großgrundbesitzer im Feudalismus. Ironisch interpretiert: Die folgsamen Parteimitglieder des BSW werden als „Knechte“ von Frau Wagenknecht bezeichnet. Sehr treffend. Neben den CDUler:innen, den SPDler:innen, den Grünen und den AfDler:innen werden jetzt die Wagenknechtler:innen in der deutschen Politik mitmischen.

Die Namensgebung BSW ist ein Beispiel für die **totale Personalisierung** einer politischen Bewegung, indem sie den Namen einer der **„Vorsitzenden“** als **Programm** vor sich herträgt. Das **LOGO der Partei** spricht hierfür auch Bände. **Bisher** schmückt es das **Parteiprogramm** sowie das **Programm für die EU-Wahlen**: Links: Ganz **zart** gedruckt das Wort **„Bündnis“** und **fett rechts** daneben **„Sahra“** und in der zweiten Zeile auch **fett „Wagenknecht“**. [3]

Aktuell ist BSW durch **zehn Abgeordnete** mit Gruppenstatus **im Deutschen Bundestag** vertreten.

Sahra Wagenknecht ist laut Selbstdarstellung des BSW *„neben anderen Personen eine der **wesentlichen Initiatorinnen des BSW** und führt die Partei als Co-Vorsitzende gemeinsam mit Amira Mohamed Ali. Darüber hinaus ist sie **Vorsitzende** der Gruppe BSW im Deutschen Bundestag“.* [4]

Programmatische Kernpunkte des BSW – deutsch-national!

Das Parteiprogramm des BSW ist sehr überschaubar und umfasst nur vier Seiten. Unseren Leser:innen empfehlen wir, es sich in Gänze zu Gemüte zu führen. [5]

1 „Bündnis Sahra Wagenknecht – Für Vernunft und Gerechtigkeit“, abgekürzt: BSW

2 Kolumne TAZ 15.02.2024, S. 22

3 Die Frage: *„Warum ist die Partei nach Sahra Wagenknecht benannt?“* wird auf der Webseite des BSW mit folgendem Statement beantwortet: *„BSW besteht aus vielen Mitgliedern, die entweder seit Jahren politisch aktiv sind oder auch gerade erst damit begonnen haben. Was diese Menschen verbindet, ist eine **gemeinsame Grundüberzeugung** davon, dass es eine andere Politik in diesem Land braucht. **Viele Menschen kennen Sahra Wagenknecht als unbeirrbare Streiterin für ihre Überzeugungen**. Weil Parteien Gesichter brauchen, haben sich die Gründungsmitglieder des BSW entschlossen, dass die Partei den **Namen ihres prominentesten Mitglieds** tragen soll. Es gibt aber auch praktische Gründe: Neue Parteien stehen auf dem Wahlzettel ganz unten und damit alle sofort erkennen können, welche die ‚Sahra-Partei‘ ist, haben wir uns für den direktesten Weg entschieden. Die Partei besteht aber nicht nur aus Sahra und soll **umbenannt** werden, sobald sie sich etabliert hat.“* https://bsw-vg.de/faq/.
Na, da sind wir gespannt welche neue Namensschöpfung BSW dann erfindet!

4 https://bsw-vg.de/faq/

5 https://bsw-vg.de/programm/europawahlprogramm-2024/

Wahlperspektiven – Wählerpotential BSW
Bundesweit liegen die Zustimmungswerte für BSW ungefähr bei 7 Prozent in aktuellen monatlichen Umfragen. Die FDP bei 6 Prozent, die Linke bei 3 Prozent. In einer Befragung vom Februar 2024 können sich in Westdeutschland insgesamt 24 Prozent der Befragten vorstellen, BSW zu wählen, in Ostdeutschland sind es 40 Prozent.
Im Wählerprofil erhält BSW circa 19 Prozent von den sich als „links" bezeichnenden Menschen und 22 Prozent von denjenigen, die sich selbst als rechtsstehend bewerten. Wagenknecht sahnt also bei „Rechts" und „Links" ab.
Das deutschnationalistische Programm des BSW ist insbesondere für diejenigen maßgeschneidert, die vor allem in Ostdeutschland die AfD wählen.
Ein **Plakat der AfD-Bitterfeld** bei früheren Wahlen zeigt das **Konterfei von Wagenknecht** mit der Aufschrift: „SAHRA HAT RECHT. ‚ZUWANDERUNG BEGRENZEN.' EINE FORDERUNG DIE WIR UMSETZEN WERDEN. AfD WÄHLEN!". Sahra Wagenknechts Bündnis ist vor allem eine Alternative für die „linken" AfD Wähler:innen! Alternative zur Alternative!
Der Zuwachs an Mitgliedern im BSW (Stand 31.03.24) liegt höher als die Doppelspitze, Amira Mohamed Ali und Sahra Wagenknecht des BSW, erwartet hatten. Aktuell hat BSW 500 Mitglieder, insgesamt wurden 1 000 Anträge erwartet. Bereits im März **2024** wurden 8 000 Mitgliedsanträge gestellt und 1 700 Menschen haben sich als Unterstützer:innen registrieren lassen. [1]

1 dpa Meldung vom 21.03. 2024

Etliche enttäuschte Linke-Wähler:innen, die sich dem BSW anschließen wollen, haben teils hochgesteckte Erwartungen an das neue Bündnis. Wer etwa der Meinung war, die neue Programmatik würde eindeutiger und klarer antikapitalistisch, antifaschistisch, antiimperialistisch ja vielleicht revolutionär sein, wird bitter enttäuscht.
Bestimmt wird die Programmatik der Partei im Wesentlichen von Frau Wagenknecht „*Namensgeberin von BSW und ausgewiesen ihr **prominentestes** Mitglied.*" [6]
Wagenknecht hat sich von Anbeginn ihrer politischen Karriere als „Kommunistin" und vor allem gewissermaßen als Nachfolgerin von Rosa Luxemburg inszeniert. Sie hat es sich in dieser kapitalistischen Gesellschaft gemütlich und bestens eingerichtet.
Das Programm, das vorwiegend auf ihren „theoretischen Ergüssen" beruht, ist ein Verschnitt kruder bürgerlicher, liberaler „freier Marktwirtschaftstheorien", denen sie schon seit langem anhängt. Gleichzeitig enthält es ihr rassistisches Konzept in der Migrationsfrage.
Das BSW versucht nicht einmal, diese zentralen rechten, nationalistischen Einschätzungen und Forderungen mit linken oder marxistischen Kategorien schön zu färben.

Von Klassengesellschaft oder gar Kapitalismus keine Rede

Geprägt ist das Programm von dem Wunsch des BSW nach den ***„guten alten Zeiten der BRD"*** und ihrer politischen und ökonomischen Verfasstheit. Offenbar ein Sehnsuchtsort für Wagenknecht. Motto: Früher war alles besser – kaum zu glauben.
Sie beklagt, *„Statt Leistung zu belohnen, wurde von den Fleißigen zu den oberen Zehntausend umverteilt. Statt in einen kompetenten Staat und gute öffentliche Dienste zu investieren, haben Politiker die Wünsche **einflussreicher Lobbys** bedient und dadurch die öffentlichen Kassen geleert. Statt Freiheit und Meinungsvielfalt zu achten, macht sich ein **autoritärer Politikstil** breit, der den Bürgern vorschreiben will, wie sie zu leben, zu heizen, zu denken und zu sprechen haben."* [7]
Weiterhin wird bedauert: *„Viele Menschen haben das Vertrauen in den Staat verloren und fühlen sich durch keine der vorhandenen Parteien mehr vertreten. Sie haben zu Recht den Eindruck, nicht mehr in dem Land zu leben, das **die Bundesrepublik einmal war**."* [8]
Statt die Funktionsweise des kapitalistischen Staates zu thematisieren, werden bürgerlich abstrakte Wischi-Waschi-Forderungen wie die nach der *„Rückkehr zur Vernunft in der Politik"* gestellt. Und wer soll für diese „Vernunft" sorgen? *„Es braucht verlässliche Politiker"*. [9]
Die „gute alte", angeblich soziale Marktwirtschaft, so wird geklagt, hat ausgedient: *„Das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft gilt nicht mehr, der **persönliche Wohlstand** hängt längst **wieder** vor allem vom sozialen Status der Eltern ab."* [10]
Was verschwurbelte Theorien. …. Das „Aufstiegsversprechen" von „sozialen" Marktwirtschaftspropagandisten wie Ludwig Erhardt und Co war schon immer nur Betrug an den Werktätigen und hat nie in der gesellschaftlichen Wirklichkeit gewirkt. Nicht die Werktätigen, nicht die Arbeiter:innen hatten je vom sogenannten, von Wagenknecht gepriesenen, „Wirtschaftswunder" profitiert.
Das westdeutsche Kapital war der Gewinner des „German Wirtschaftswunders", auf der Grundlage der in-

6 https://bsw-vg.de/faq/

7 Parteiprogramm, S. 1, bsw-vg.de/wp-content/uploads/2024/01/BSW_Parteiprogramm.pdf
8 ebenda, S. 2
9 ebenda, S. 1
10 ebenda, S. 2

tensivsten Ausbeutung der Arbeiter:innenklasse in Westdeutschland und der durch die Ausbeutung der Werktätigen abhängiger Länder erbeuteten Extraprofite. Auch und gerade Arbeitsmigrant:innen die in elendigen Wohnbaracken als rechtlose, billige Arbeitskräfte untergebracht wurden, haben zu diesem Wirtschaftswunder ihren großen Teil beigetragen.

Hinterhergeschoben wird nach dem Motto ‚Jeder/jede ist seines/ihres Glückes Schmied': *„Der **persönliche Wohlstand** darf keine Frage der sozialen Herkunft, sondern **muss** das **Ergebnis von Fleiß und individueller Anstrengung** sein."* [11]

Also hier ist die Katze, sozial verschlüsselt, aus dem Sack: „Sozial", weil zunächst gegen die Rolle der Herkunft bei persönlichem Wohlstand Stellung genommen wird. Aber dann kommt es: Die Werktätigen sind im Grunde genommen selber schuld, wenn es ihnen ökonomisch schlecht geht. Sie strengen sich einfach nicht genug an und sind nicht wirklich fleißig. Sie sind keine ausgebeutete Klasse im Kapitalismus, sondern unfähig sich den Wohlstand zu erarbeiten?! Dass der Wohlstand im Kapitalismus *„Ergebnis von Fleiß und individueller Anstrengung"* sei, ist eine altbekannte, große Lüge. Der Ursprung des Wohlstands im Kapitalismus ist der von den Arbeiter:innen geschaffene und von den Kapitalist:innen angeeignete Mehrwert. Es ist die Ausbeutung der Arbeiter:innenklasse. Wer diese Tatsache verschleiert, ist Anhänger:in des Kapitalismus.

Wagenknecht stellte in ihrem 2013 erschienenen Buch ***„Freiheit statt Kapitalismus"*** eine „neue" Wirtschaftspolitik als *„kreativen Sozialismus*" vor, der eine ***„Marktwirtschaft ohne Kapitalismus"*** sei. So sieht die Wirtschaftspolitik im BSW- Programm dann auch aus, von irgendwelchem Sozialismus keine Rede mehr. Dafür wird die ***„Die deutsche Industrie … als Rückgrat unseres Wohlstandes"*** glorifiziert, die *„erhalten bleiben muss"*, aber sie sei in große Gefahr geraten. Wodurch? *„Von Konzernen beeinflusste und gekaufte Politik und das Versagen der Kartellbehörden haben eine Marktwirtschaft geschaffen, in der viele Märkte nicht mehr funktionieren."* [12]

Wer wird dafür vom BSW angeklagt: *„marktbeherrschende Großunternehmen … die alle anderen Marktteilnehmer aus dem Feld schlagen."* Wer jetzt denkt, das Programm führt **BASF, VW, Thyssen** oder andere deutsche Großmonopolisten an, liegt weit daneben. Nein, Frau Wagenknecht und BSW meinen zuerst die US-Konzerne, wenn sie von den bösen, weil „marktbeherrschenden" Großunternehmen reden. Sie suchen ihr Heil im **Antiamerikanismus**. Es wird gewettert gegen *„marktbeherrschende Großunternehmen, übermächtige Finanzkonzerne wie Blackrock und übergriffige Digitalmonopolisten wie Amazon, Alphabet, Facebook, Microsoft und Apple entstanden, die allen anderen Marktteilnehmern auferlegen, Wettbewerb untergraben und die Demokratie zerstören"*. [13] **BSW Lösung:** Marktbeherrschende – aber bitte vor allem US-amerikanische – Konzerne entflechten! Und dann weiter deutschtümelnd wie in den Programmen von FDP und AfD: *„Wir brauchen wieder mehr Zukunftstechnologien made in Germany."* [14]

Auf allen politischen Ebenen zielen Wagenknecht und das BSW-Programm darauf ab, die **deutsche imperialistische Großmacht** als eigenständigen, **führenden Akteur** im Weltgeschehen zu stärken. Daher wird auch im aktuell anlaufenden Europawahlkampf der Untergang der EU in ihrer heutigen Verfasstheit beschworen und gefordert, die Eigenstaatlichkeit des deutschen Imperialismus zu fördern. Alles natürlich verbrämt mit billigen Floskeln.

*„Wir brauchen Frieden in Europa auch, **um unsere eigenen Interessen** in der Welt zu fördern, um unseren Wohlstand und unsere sozialen Errungenschaften zu schüt-*

Neue Partei – neue Politik

Beispiel Lokalpolitik Berlin

Ein zentrales Thema der BSWler:innen ist in stramm deutscher Tradition: **Die Migrationspolitik.** „Innovativer" lokal-politischer BSW-Vorschlag: *„Geflüchteten-Unterkünfte sollen in den reichen Vierteln wie Zehlendorf"* etc. angesiedelt werden. Hingegen sollen die *„armen Bezirke"* wie Lichtenberg, diese sind ausgesprochen naziverseucht, bitte verschont werden, damit die Nazis nicht noch stärker werden. Ein Nein für weitere Unterkünfte in diesem Bezirk schließt das BSW nicht aus und macht „Kooperationsangebote" an die CDU, gemeinsam dagegen zu stimmen.

Der satirische Knaller in dieser Lokal-Posse ist allerdings die neue Verkehrspolitik der BSW. Seit dem die unsägliche Verkehrssenatorin CDU-Schreier im Berliner Senat regiert, werden Verkehrsberuhigungen, Tempolimits, Radwege etc. einfach abgeschafft. Ihr Motto: „Freie Fahrt für freie Bürger". Dem jetzt immer ungebremsteren Auto-Wahn werden Fuß- und Fahrradfahrer:innen geopfert. Die revolutionäre, innovative Parole des BSW lautet: *„Wir wenden uns im Bezirk klar gegen die Pollerkultur"* und *„Es gibt in einer Großstadt kein Recht auf Abschottung"*. Also noch mehr Verkehrstote, verletzte Kinder und ältere Menschen, da Fußgänger- und Fahrradfahrer:innen-Schutz „Abschottung" bedeute! [1]

1 TAZ, 15.02.2024, S. 22

11 ebenda, S. 2
12 ebenda, S. 1
13 ebenda, S. 2
14 ebenda

zen, um unsere Demokratie und unser rechtsstaatliches System zu verteidigen und um unsere Wirtschaft nicht durch Sanktionen, die Verteuerung von Energie und Rohstoffen sowie die Kappung des Handels mit den Wachstumsmärkten Asiens zu schwächen." [15]

Welche sind aber mit „unseren" Interessen gemeint? Wessen unsere? Es geht in diesem herrschenden kapitalistischen System in Deutschland um die Interessen des deutschen Kapitals, um die Interessen des deutschen Imperialismus, wenn von „wir", „uns", „unser Deutschland" gesprochen wird! Die „Wirtschaft" ist die der Kapitalist:innen. Die Demokratie ist die der Bourgeoisie. Und das ist, was das BSW als „neue politische Partei" vertritt. Eine **neue Verteidigerin** des deutschen Imperialismus, die mit anderen bürgerlichen Parteien, **vor allem** aber mit der stärker werdenden faschistischen Partei AfD, um die **schlagkräftigste Deutschtümelei** wetteifert.

Verharmlosung der Klimakatastrophe

Hier die tiefschürfende Position Wagenknechts, *„Zu einer seriösen Klima- und Umweltpolitik gehört aber Ehrlichkeit: Die Energieversorgung Deutschlands lässt sich im Rahmen der heutigen Technologien nicht allein durch erneuerbare Energien sichern. Blinder Aktivismus und undurchdachte Maßnahmen helfen dem Klima nicht, aber sie gefährden unsere wirtschaftliche Substanz, verteuern das Leben der Menschen und untergraben die öffentliche Akzeptanz von sinnvollen Klimaschutzmaßnahmen*."

Kurz- und mittelfristig umsetzbare Klimaschutzmaßnahmen von der Unterstützung erneuerbarer Energien über Tempolimits zum Verbot von Verbrennermotoren oder Abschaffung der Kohlekraftwerke etc. sind dem BSW offenbar ein Graus. [16]

Stichwort „Soziale Gerechtigkeit"

In diesem Punkt ist der Tenor, Ungleichheit wächst, Millionen Menschen arbeiten hart, sind aber immer mehr armutsgefährdet. **Stimmt.** Dann werden viele Missstände aufgeführt: marodes Bildungswesen, Wohnungsnot, Krankenhäuser, Niedriglöhne etc. Stimmt auch. **Und wie sieht die Lösung aus:** *„Wir wollen den Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts stoppen und die Politik **wieder*** (Also früher unter Adenauer bis Merkel war alles besser!!!) *am Gemeinwohl ausrichten. Unser Ziel ist eine faire Leistungsgesellschaft mit echter Chancengleichheit und einem hohen Grad an sozialer Sicherheit. … Zugleich braucht unser Land einen **zuverlässigen Sozialstaat.**"* [17] **Sozialstaat im wahren Sinne des Wortes** im **Kapitalismus!** Ein Ding der Unmöglichkeit als Lösungsvorschlag! Eine große Lüge!

Krieg und Frieden

Das BSW-Programm stellt seine Vorstellungen zur Außenpolitik **ausdrücklich** in die Tradition von Willy Brandt und dem „sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow", die angeblich eine Entspannungspolitik betrieben hätten: *„Unsere Außenpolitik steht in der Tradition des Bundeskanzlers Willy Brandt und des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow, die dem Denken und Handeln in der Logik des Kalten Krieges eine Politik der Entspannung, des Interessenausgleichs und der internationalen Zusammenarbeit entgegengesetzt haben".* [18]

Und weiter *„Die Lösung von Konflikten mit militärischen Mitteln lehnen wir grundsätzlich ab. Den Einsatz deutscher Soldaten in internationalen Kriegen lehnen wir ebenso ab wie ihre Stationierung an der russischen Grenze oder im Südchinesischen Meer."* [19]

Das ist **aktuell der Punkt**, in dem sich das BSW, von anderen bürgerlichen Parteien – ausgenommen der Linke und der faschistischen AfD – trennt.

Ohne Moos nix los!

Offensiv wird auf der Webseite bsw-vg.de um Knete geworben. In der Rubrik „Fragen und Antworten" im Unterordner „Unterstützer, Förderer & Mitglieder" wird die Frage: *„Ich will Sarah Wagenknecht unterstützen, möchte aber kein Mitglied der Partei werden. Wie mache ich das?"* wie folgt beantwortet: *„Das ist sehr einfach und effektiv möglich. Einerseits benötigt die junge Partei eine stetige Einnahmebasis. Diese können Sie vergrößern, indem Sie eine monatliche Dauerspende einrichten und so Förderer werden. Dies geht ab 1 Euro im Monat."* [1] Damit kommt die neue Partei natürlich nicht weit. Aber zum Glück gibt es ja noch spendable Kapitalist:innen-Ehepaare aus der Hightech-Branche. Eines davon hat im Januar mal ganz locker **1 Mio. Euro** und im März eine Großspende von **4,1 Mio. Euro** an das **BSW** rübergeschoben.

Verwendungszweck: Für die ***„Friedenspolitik"*** des BSW, so die Spender:innen. Wagenknecht kommentiert: *„Diese sehr großzügige Spende zeigt, wie sich die Menschen einen Neubeginn in Deutschland wünschen."* [2] Bravo! So schnell ist BSW in der korrupten kapitalistischen Parteienfinanzierung in der BRD angekommen! Die anderen bürgerlichen Parteien werden es neiden!

1 https://bsw-vg.de/faq/

2 Tagesspiegel, 23.03.2024, S. 5, „Mecklenburg-Vorpommern Ehepaar spendet 4,1 Millionen Euro an das BSW".

15 Programm für die Europawahl 2024, S. 1, bsw-vg.de/programm/europawahlprogramm-2024/

16 siehe hierzu ausführlicher BSW „Programm für die Europawahl 2024"

17 Parteiprogramm, S. 2

18 ebenda, S. 4

19 ebenda, S. 3

Das BSW positioniert sich aktuell als ***„Friedenspartei"***. Die Erklärung „grundsätzlich" nehmen wir allerdings von keiner bürgerlichen Partei ernst. Wir wissen, dass die erklärten Grundsätze flöten gehen, wenn es der „Sachzwang" erfordert. Siehe die ehemalige Friedens- und Umweltpartei, die Grünen, an der Macht. Das BSW ist gegen den laufenden Krieg in der Ukraine.

Natürliche Verbündete sind für das BSW **Russland und China**, die angeblich keine aggressive imperiale Politik verfolgen. Für das BSW stellt **lediglich die US-Führungsmacht imperiale Weltherrschaftsansprüche**: *„Eine Militärallianz, deren Führungsmacht in den zurückliegenden Jahren fünf Länder völkerrechtswidrig überfallen und in diesen Kriegen mehr als 1 Million Menschen getötet hat, schürt Bedrohungsgefühle und Abwehrreaktionen und trägt so zu **globaler Instabilität** bei."* [20] Und weiter: *„Europa benötigt eine stabile Sicherheitsarchitektur, die längerfristig auch Russland einschließen sollte."* [21] **Antiamerikanismus und pro Großmacht Russland – eine nette Mischung!** Da schlägt die alte SED-Liebe zum russischen, revisionistisch-sozialimperialistischen Großreich der 1956er bis 1990er Jahre durch.

Aber das alles doch aus Sorge um die **Großmachtstellung Deutschlands**: *„Unser Ziel ist ein **eigenständiges Europa souveräner Demokratien** in einer multipolaren Welt und keine neue Blockkonfrontation, in der Europa zwischen den USA und dem sich immer selbstbewusster formierenden neuen Machtblock um China und Russland zerrieben wird."* [22]

Deutscher Chauvinismus und Nationalismus – Frau Wagenknecht & BSW zu Migration und Rassismus

Aktuell brennende Fragen der Migration, die Abschottung der EU-Grenzen, die faktische Aufhebung des Asylrechtes auf der ganzen Linie und eine immer weiter anwachsende, ungebremste Welle von Rassismus, von faschistischen Angriffen auf Geflüchtete, von Polizeigewalt gegen Migrant:innen, zunehmende Faschisierung in allen Ländern weltweit und insbesondere in der BRD … nichts dagegen findet sich im Programm des BSW.

Das BSW kann sich gerade mal aufschwingen, unter dem Stichwort „Freiheit" zu verkünden: *„Rechtsextreme, rassistische und gewaltbereite Ideologien jeder Art lehnen wir ab."* [23] Das war's.

Aber ausführlich widmet sich das Programm der Frage, wie **die Migration in dieses Land gestoppt** werden kann. Das war auch nicht anders zu erwarten: Mal ganz abgesehen von den Jahren, in denen Wagenknecht in der Linken Partei organisiert war und die Politik der Linken-geführten Landesregierungen zu Abschiebungen und Einschränkungen des Asylrechtes aktiv unterstützt hat, zieht sich in dieser Frage eine

Kette ihrer deutlich rassistisch, deutschchauvinistischen Äußerungen durch.

Zum Beispiel als **2016** eine Hasswelle gegen afrikanische Geflüchtete von Bild Zeitung bis in alle politischen Lager aufschlug, verkündete Wagenknecht, ***„Wer Gastrecht missbraucht, der hat Gastrecht dann auch verwirkt. Und das ist auch von der Linken eine ganz klare Position."*** [24]

Die schärfsten nationalistischen Meinungsäußerungen sind in ihrem Buch *„Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenarbeit"* nachzulesen. **Migrant:innen** werden für alles verantwortlich gemacht. So verhindern sie in den Betrieben angeblich ***„den Zusammenhalt unter den Beschäftigten und (stärken) damit eine schwächere Position in Lohnauseinandersetzungen."*** [25]

Im Vier-Seiten-Programm des BSW wird weitschweifend ausgeführt: *„Zuwanderung und das Miteinander unterschiedlicher Kulturen **können** eine Bereicherung sein. Das gilt aber nur, solange der **Zuzug auf eine Größenordnung begrenzt** bleibt, die unser Land und seine Infrastruktur nicht überfordert, und sofern Integration aktiv gefördert wird und gelingt."* Also ganz klipp und klar, die **Hauptforderung** lautet in diesem Programm:

20 ebenda, S. 2
21 ebenda, S. 4
22 ebenda, S. 4
23 ebenda

24 Pressekonferenz Januar 20216
25 Sahra Wagenknecht, „Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt." 2021, Frankfurt, Hervorhebungen von TA

*„**Der Zuzug muss … begrenzt werden!**“* Das heißt nichts anders als: Wir wollen nur die Migrant:innen, die wir brauchen und auf keinen Fall zu viele davon! Und die unsägliche Ansage ***„das Miteinander unterschiedlicher Kulturen könne eine Bereicherung sein“***, legt nahe, dass dieses Miteinander sehr häufig nicht bereichernd ist. Und wer ist daran schuld, nicht etwa der deutsche Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus, sondern die Migrant:innen!

Und weiter heißt es in diesem Programmabschnitt: *„Wir wissen: Den Preis für verschärfte Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum, um Jobs mit niedrigen Löhnen und für eine misslungene Integration zahlen **in erster Linie diejenigen**, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Wer in seiner Heimat politisch verfolgt wird, hat Anspruch auf Asyl. **Aber Migration ist nicht die Lösung** für das Problem der Armut auf unserer Welt. Stattdessen brauchen wir **faire Weltwirtschaftsbeziehungen und eine Politik**, die sich um mehr **Perspektiven in den Heimatländern** bemüht.“* [26]

Raffiniert werden hier unterschwellig aber offensiv die **deutschen** Arbeiter:innen als die **Hauptleidtragenden** hingestellt. Sie seien es, die den Preis zahlen müssen, für Wohnraum und Konkurrenz um Arbeitsplätze. Ohne Migrant:innen gäbe es diese Konkurrenz nicht? Der *„Anspruch auf Asyl*“ wird gerade noch erwähnt, wenngleich auch in den von der Linken Partei mitregierten Ländern fleißig abgeschoben und keineswegs das Asylrecht „gewährt“ wurde.

Das Lösungsangebot des BSW: *„Faire Weltwirtschaftsbeziehungen und Bemühung um mehr Perspektiven in den Heimatländern“* ist nichts als inhaltsloses Blabla.

In der Praxis hat das BSW hinsichtlich rassistischer Politik gegenüber geflüchteten Menschen keinen Unterschied zur AfD. Bei der Debatte über die „Bezahlkarte“ für Geflüchtete im Bundestag am 12. April 2024 trat Klaus Ernst als Sprecher der Gruppe BSW als einer der eifrigsten Befürworter der Bezahlkarte auf. Damit werden Geflüchtete ausgegrenzt, herabgewürdigt und völlig unmündig gemacht. Am Ende der Debatte hat das BSW gemeinsam mit den Parteien der Ampelkoalition (ausgenommen einer einzigen Gegenstimme aus den Reihen der Grünen) und der AfD für die Einführung der Bezahlkarte gestimmt. Schöne rechte deutsche Volksfront! Gegen Geflüchtete. [27]

Zusammengefasst: Das **BSW ist mit diesem Programm** und dem aktuell auch verabschiedeten Programm zu den Europawahlen für fortschrittliche, linke, antifaschistische, revolutionäre Personen und Organisationen auf **keinen Fall eine Alternative**.

Am 24. April hat das BSW seine Europa-Wahlkampfkampagne gestartet mit dem Hauptslogan: **„Für Vernunft und Gerechtigkeit“**. Dominierend sowohl bei der Auftakt-Pressekonferenz als auch bei der medialen Präsenz des BSW ist **Sahra Wagenknecht** auch hinsichtlich der Bildgestaltung der Wahl-Plakate wie der Inhalte.

Das hat eine pikante Note: Wagenknecht ist **keine Kandidatin auf der Wahlliste** des BSW für die Europawahlen. **Aber die Chefin ist allgegenwärtig!**

26 Parteiprogramm, S. 4

27 https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2024/04/bezahlkarte-gefluechtete-asylbewerber-beschlossen-bundestag.html

Exemplarisch ausgewählte angeblich „antikapitalistische Schriften“ von Wagenknecht

„Die PDS zwischen Antikapitalismus und Sozialdemokratie. Diskussionsbeitrag auf der Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform der PDS“ [1] 1995

„Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung. Zwei Taktiken im Kampf gegen die sozialistische Welt.“ [2], 1995

„Sahra Wagenknecht und Jürgen Elsässer: Vorwärts und vergessen? Ein Streit um Marx, Lenin, Ulbricht und die verzweifelte Aktualität des Kommunismus.“ [3], 1996

„Kapitalismus im Koma. Eine sozialistische Diagnose.“ [4], 2003

„Was ist und was mißt Wert? Die Marxsche Arbeitswerttheorie“ [5], 2005

„(Hrsg.), „Armut und Reichtum heute. Eine Gegenwartsanalyse.“ [6] 2007

„Freiheit statt Kapitalismus. Über vergessene Ideale, die Eurokrise und unsere Zukunft.“ [7], 2012

„Kapitalismus, was tun? Schriften zur Krise.“ [8]2013

„Reichtum ohne Gier. Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten.“[9], 2016

„Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt.“ [10], 2021

1 25./26. 02.1995 (Rote Hefte. H. 2)
2 Pahl-Rugenstein, Bonn 1995
3 KVV Konkret, Hamburg 1996
4 Edition Ost, Berlin 2003
5 https://www.sahra-wagenknecht.de/kontext/controllers/document.php/12.d/6/d1a.pdf). sahrawagenknecht.de, 2005
6 Edition Ost, Berlin 2007
7 2. erweiterte Auflage. Campus, Frankfurt am Main 2012, ungekürzte Taschenbuchausgabe: dtv, München 2013
8 Das Neue Berlin, Berlin 2013
9 Campus, Frankfurt am Main 2016
10 Frankfurt am Main 2021

Flugblatt

19. Februar 2024 – Vier Jahre nach dem Nazi-Anschlag in Hanau

Nichts und Niemand wird Vergessen! Kein Vergeben!

Aufruf der Initiative „19. Februar Hanau" zur Bundesweiten Gedenkdemonstration in Hanau, 14:00 Uhr, Kurt-Schumacher-Platz. am 17. Februar 2024:

„Say Their Names. Erinnern heißt verändern.
Nach den rassistischen Morden in Hanau am 19. Februar 2020 haben wir uns ein Versprechen gegeben: Die Namen der Opfer nicht zu vergessen. Wir tragen eure Namen überall hin. Seit vier Jahren. Und wir werden keine Ruhe geben."

Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz, Gökhan Gültekin

Respekt und Solidarität!

Seit vier Jahren gelingt es den Angehörigen der Opfer des faschistischen Attentats das Gedenken an ihre Familien politisch zu gestalten. Bundesweite Bündnissen wurden geschmiedet. Gemeinsam mit Familien, Angehörigen der ermordeten Migrant:innen des NSU-Komplexes, mit Betroffenen der Mordanschläge in Halle, vielen weiteren Angehörigen- und Betroffenen-Initiativen und der antifaschistischen und antirassistischen revolutionären Bewegung.

Respekt: Es ist bemerkenswert, wie viel Kraft von diesem politischen Gedenken ausgeht. **Solidarität**: Es ist genauso bemerkenswert, wie viele junge Menschen sich dadurch antirassistisch politisiert haben.

Kein Vergeben – kein Vergessen!

In Hanau und in vielen anderen Städten werden Antifaschist:innen, Kommunist:innen und Revolutionäre auf die Straße gehen und zeigen, dass wir nie vergessen und vergeben werden und unsere Solidarität mit den Angehörigen und Überlebenden demonstrieren.

Wir bekunden laut unsere Solidarität mit allen Opfern von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Islamfeindlichkeit. Wir gedenken gemeinsam an die Opfer von Mölln, Rostock-Lichtenhagen, Dessau, Hanau, Halle, Köln, Duisburg, München, Dortmund, Celle, Kleve und vielen vielen mehr.

Deutschland – Du Land der Einzeltäter!

In den zahlreichen Aktionen wird immer wieder die Verharmlosung der faschistischen Morde durch die Herrschenden klar auf den Punkt gebracht: *„Hanau! Das war Deutsche Leitkultur!"*. Deutsche Leitkultur: Das ist Herrenmenschendenken über Alle und Alles, was nicht „Echtdeutsch" und Weiß ist.

Deutsche Leitkultur, das bedeutet Abschiebungen, das heißt Rassismus in all seinen Formen und auf allen Ebenen. Das ist die Politik der Herrschenden mit ihrer *„das Boot ist voll"* – Kultur zu sagen: Alle Anderen gehören nicht dazu. Alle Anderen – Raus! **Aber das lassen wir nicht zu!**

Wir werden uns immer und überall gegen die rassistische Politik der Bourgeoisie auf der Straße, in den Fabriken organisieren! Obwohl wir keine Vertrauen in den Staat und seine Handlanger haben, fordern wir dennoch: **Lückenlose Aufklärung!** Das ist eine Forderung, die wir hier und heute immer wieder stellen. **Klar!**

Der Verfassungsschutz, die Bonzen an der Regierung... haben natürlich gar kein Interesse daran, die Hintergründe der Nazi-Morde aufzuklären. Denn dann müssten sie ja zugeben, dass sie ihre Nazi-Schergen an der langen Leine halten, um sie im entscheidenden Moment auf uns, die Arbeiter:innenklasse, loszulassen.

Wenn sich heute große Teile der Bourgeoisie, angesichts der sich gegen die AfD formierende Massenbewegung hier im Land von der AfD und offenen Nazi-Faschist:innen distanzieren, sollen wir uns davon nicht täuschen lassen. Sie machen das nur wegen Standort-Nachteilen fürs Kapital. Wenn sie aber den Faschismus

wieder brauchen, zum Beispiel in einem drohenden 3. Weltkrieg, werden sie sich umgehend für eine faschistische Diktatur entscheiden. Ihr „Antifaschismus" ist vollkommen verlogen!

Unendliche Heuchelei!

Bei allen staatlich zu verantwortenden Gedenkveranstaltungen seit 2020 ist immer wieder ein Muster vorherrschend: **Unendliche Heuchelei!**
Während Regierungsparteien aller Couleur auf die Straße rennen und gegen die rassistische Politik der AfD demonstrieren setzt die Ampel-Regierung ein Gesetz durch, mit dem Abschiebungen beschleunigt und erweitert werden sollen. Der Kanzler will *„endlich im großen Stil abschieben"*. Nancy Faeser plant, die Abschiebequote noch weiter in die Höhe zu treiben und Christian Lindner bezeichnet Geflüchtete als Sozialschmarotzer. Die herabwürdigende Behandlung von Geflüchteten, wie die neu eingeführte Bezahlkarte, ist eine weitere rassistische Anfeindungen gegen alles „Nichtdeutsche".
Die FDP will Migrant:innen abschieben, die sich nicht für den deutschen Arbeitsmarkt eignen und die Grünen betreiben – auch wenn sie jammern mit „Bauchschmerzen" – munter die verschiedenen Verschärfungen mit. Alle bürgerlichen Parteien feuern die rassistische Kampagne an, wonach „Migration" eines der zentralen Probleme der Bundesrepublik sei.
Dagegen gilt es überall aufzustehen!
Wir stehen Schulter an Schulter gegen Faschismus. Wir kämpfen gemeinsam für eine bessere Welt.

Gegen jeglichen Rassismus, Antisemitismus, Antiislamische Hetze und Antiziganismus!
Wir schmeißen den Kapitalismus auf die Müllkippe der Geschichte und bauen eine Neue Welt auf – frei von Ausbeutung von Mensch und Natur! Eine Welt frei von Rassismus und Patriarchat. Eine Welt ohne Grenzen. Dazu brauchen wir aber eine starke Kommunistische Partei, die dem kapitalistischen System eine Kampfansage macht. Organisiert Euch mit uns! Beim Aufbau einer Kommunistischen Partei in Deutschland.

Tragen wir am 19. Februar unser Gedenken und Erinnern, unsere Empörung und Wut, unsere Solidarität und Forderungen, unseren Kampf für eine andere befreite, sozialistische Gesellschaft auf die Straßen!

Februar 2024

Gedenken & Solidarität
in Hanau 17. Februar

19. Februar 2024: Vier Jahre sind seit dem rassistischen faschistischen Anschlag in Hanau vergangen. Wie jedes Jahr wurde der rassistische Anschlag in Hanau sowohl in vielen Städten in Deutschland als auch in Hanau am 17. Februar mit einer großen Demonstration und Kundgebung verurteilt.

Wir haben uns aktiv an der Demonstration in Hanau beteiligt, die um 14:00 Uhr auf dem Kurt-Schumacher-Platz begann. Tausende von jungen Menschen waren aus ganz Deutschland angereist, um daran teilzunehmen. Nach einer kurzen Begrüßung durch die „Initiative 19. Februar" begann die Demonstration mit einem Redebeitrag und weitere folgten.

Tausende Anwesende hörten aufmerksam zu und applaudierten heftig. In den Reden wurde betont, dass die überlebenden Opfer, die Familien, Angehörigen und Freund:innen seit vier Jahren für die lückenlose Aufklärung des Hanauer Anschlags, für die Aufdeckung von Versäumnissen und Fehlern und für die Bestrafung der Verantwortlichen kämpfen. Aber sie haben nicht die erwarteten Ergebnisse erzielt. Staat und Polizei hätten nicht die nötige Sensibilität für den Fall gezeigt und das sei zutiefst enttäuschend. Sie haben keine Fehler und kein Versagen eingeräumt und haben den Fall trotz aller Beweise und Dokumente einfach abgeschlossen.

Während dieser Reden auf dem Kurt-Schumacher-Platz verteilten wir unser Flugblatt **„Nichts und Niemand wird vergessen! Kein Vergeben"**. Dieser Titel war sehr treffend gewählt und wurde daher mit empathischem Interesse aufgenommen. Viele Menschen kamen persönlich, um nach unserem Flugblatt zu fragen und es mit zu nehmen. Danach setzte sich die Demonstration in Richtung Marktplatz in Bewegung. Entlang der gesamten vier km langen Demoroute war die Straße auf beiden Seiten mit den Wand-Aufschriften **„Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung, Konsequenzen"** oder **„Zusammen erinnern, zusammen kämpfen!"** bestückt.

Tausende von Menschen trugen Fotos der Ermordeten bei sich, ihre Namen wurden immer und immer wieder gerufen. Das war sehr bewegend und ungemein kämpferisch. Auf der gesamten Strecke wurden Parolen gerufen und Reden gehalten. Immer wieder wurden Parolen gegen Staat und Polizei skandiert. Zum Beispiel „Hanau – das war Mord! Widerstand an jedem Ort!", „Hanau ist Überall!", „Hanau war kein Einzelfall!", „Gemeinsam gegen den Faschismus!", „Staatsversagen hat Strukturen!", „Zusammen erinnern, zusammen kämpfen!" An einer Brücke ein riesiges Transparent der Migrantifa: „Gegen Rassismen in Politik, Polizei & auf der Straße! Wir geben, keine Ruhe!"

Ca. 400 Meter vom Marktplatz entfernt wurde eine Zwischen-Kundgebung abgehalten. Genau auf der Straße, wo der rassistisch-faschistische Anschlag verübt wurde. Nach den Reden, die dort gehalten wurden, lief der Demozug weiter zum Marktplatz. Um 16:00 Uhr kamen wir dort an.

Auf dem Platz war eine riesige Bühne aufgebaut. Alles war bereit. Die Reden begannen. Viele Angehörige und Freund:innen der Opfer sprachen. Fast jede/r Angehörige eines Opfers drückte seine/ihre unendliche Enttäuschung aus. Sie klagten an, dass der Staat eine Reihe von wichtigen Fragen offen gelassen hat. Politik und Staat haben keine Antworten gegeben und versucht, sich vor der Verantwortung zu drücken. Dieses unsägliche Verhalten vertuschen sie mit Krokodilstränen über die Mordtaten. Die Menschen, die Öffentlichkeit werden mit Desinformation und Lügen getäuscht. Obwohl es viele Beweise dafür gab und gibt, dass eine Reihe von Fehlern der Hanauer Polizei einfach vertuscht wurden.

Sie klagten an, dass es ein schwerer Fehler sei, den rassistischen Hanauer Anschlag ohne vollständige Aufklärung zu den Akten zu legen. Das ist ein Beispiel für Ungerechtigkeit und Doppelmoral. *„Wir geben keine Ruhe, bis eine lückenlose Aufklärung erfolgt und politische Verantwortung übernommen wird*", betonten die Angehörigen der Opfer und die Überlebenden. Zu Wort kamen auf der Veranstaltung auch Angehörige und Überlebende der rassistisch-faschistischen Anschläge in Halle, München OEZ und Dortmund. Sie bekundeten ihre Solidarität mit den Betroffenen in Hanau und alle gemeinsam positionierten sich gegen Rassismus und den anwachsenden Faschismus in diesem Land.

Die Kundgebung endete gegen 18:00 Uhr. Auf dem Kundgebungsplatz hatten sich etwa 8 000 Menschen versammelt. Wir verteilten weiterhin unsere Flugblätter und führten zahlreiche intensive und bewegende Gespräche.

Februar 2024
TA-Aktivist:innen

Zum **100. Jahrestag der Oktoberrevolution im Jahr 2017** veranstaltete und organisierte ICOR (Internationale Koordinierung Revolutionärer Parteien und Organisationen) eine Internationale Internetdiskussion und eine Großveranstaltung in Gelsenkirchen. Wir, *Trotz alledem!*, hatten uns daran beteiligt. Wir veröffentlichen auf den kommenden Seiten unsere damaligen **Beiträge zur Oktoberrevolution** anlässlich des **100. Todestag von Lenin**.

ICOR organisiert aktuell ein Seminar vom 13.-15. September 2024 in Deutschland.

Mit folgender Resolution wird dazu aufgerufen.[1]

International Coordination of Revolutionary Parties & Organizations

Resolution zum 100. Todestag Lenins

Der 100. Todestag Lenins am 21. Januar ist uns Verpflichtung: „Lenins Lehren sind lebendig" ICOR, 1.2.2024

Am 21. Januar 2024 ist der 100. Todestag von Wladimir Iljitsch Lenin – dem genialen Führer und Theoretiker der Oktoberrevolution und des Aufbaus des ersten sozialistischen Landes der Welt.

100 Jahre Lenin – das ist für uns ICOR-Organisationen Aufruf und Selbstverpflichtung für optimistische Tatkraft:

wir ICOR-Organisationen sind entschlossen, Lenins Lehren zu studieren und zu verbreiten. Als Führer des Kampfes für den Sozialismus und gegen den Imperialismus hat er uns ein großes theoretisches Erbe hinterlassen. Mit seiner dialektischen Methode sind wir in der Lage, seine Lehren schöpferisch auf die heutige Zeit anzuwenden.

wir ICOR-Organisationen nehmen uns zum Ziel, die Anwendung von Lenins Lehren auf die heutige imperialistische Welt zu verwirklichen, wobei der Aufbau starker marxistisch-leninistischer Parteien als revolutionäre Führung vordringliche Aufgabe ist.

wir ICOR-Organisationen treten in unseren Ländern ein für die Überzeugung, dass der Sozialismus die gesellschaftliche Lösung ist, um dem Dauerzustand von Krisen, Kriegen und Zerstörung der natürlichen Umwelt durch das imperialistische Weltsystem ein Ende zu setzen.

wir ICOR-Organisationen laden alle revolutionären Organisationen ein, 2024 als gemeinsames Lenin-Jahr zu begehen mit Veranstaltungen, Schulungen, Massendiskussionen auf den Straßen, in den Betrieben, mit Aktionen und dem Höhepunkt des Seminars „Lenins Lehren sind lebendig" am 13., 14. und 15. September 2024 in Deutschland. Wir verpflichten uns, viele Teilnehmer für dieses Seminar zu gewinnen und es logistisch, politisch, finanziell gemeinsam zu einem großen Erfolg zu machen.

Lenins Botschaft ist Ansporn für uns:

„Wir haben dieses Werk begonnen. Wann, in welcher Frist, die Proletarier welcher Nation dieses Werk zu Ende führen werden, das ist unwesentlich. Wesentlich ist, daß das Eis gebrochen, daß die Bahn frei gemacht, daß der Weg gewiesen ist."

(»Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution«, Lenin, Werke, Bd.33, S.36/37)

1 35 Mitgliedsorganisationen von ICOR und wir, Trotz alledem! haben sie als einzige Nicht-Mitgliedsorganisation von ICOR unterzeichnet. (Stand 17.04.2024)

Lenins herausragender politischer Kampf für den Sozialismus und für die Befreiung der Unterdrückten dieser Erde, seine wissenschaftlichen Beiträge zum Marxismus-Leninismus sind uns ein Leitstern und Vorbild für den heutigen Klassenkampf.

Von Lenin lernen: Beiträge zur Diskussion über die Oktoberrevolution in Russland und ihre Lehren

Trotz Alledem! Bolschewistische Initiative Deutschland im Oktober 2017

Themenblock 1:
Die Analyse Lenins

Themenblock 2:
Lenins Strategie der internationalen Revolution

Themenblock 3:
Strategie und Taktik des bewaffneten Aufstandes

Themenblock 4:
Notwendigkeit des sozialistischen Aufbaus in einem Land in Verbindung mit dem Aufbau einer Kommunistischen Weltbewegung

Themenblock 5:
Die Oktoberrevolution und der Kampf gegen Opportunismus und Sektierertum

Themenblock 6:
Die Oktoberrevolution lebt. Schlussfolgerungen für den revolutionären Klassenkampf heute

Abschluss:
Oktoberrevolution: Entscheidende Rolle der Bolschewistischen Partei

Themenblock 1:
Die Analyse Lenins

Analyse Lenins des imperialistischen Weltsystems

Der Imperialismus ist das höchste Stadium des Kapitalismus?
Oder Der Imperialismus ist nur ein höheres Stadium, dem noch weitere, höhere folgen können?

Lenin legte in seiner grundlegenden Analyse der Entwicklung des Kapitalismus zu einem neuen, dem „höchsten Stadium des Imperialismus" die Fundamente für das Programm der Kommunistischen Internationale für diese Epoche. Gegen zahlreiche reformistische, revisionistische und linkssektiererische Interpretationen neuer Erscheinungen in der Entwicklung des Kapitalismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Für die einen stand der Zusammenbruch des Kapitalismus bereits vor der Tür, für die anderen die Epoche eines wie auch immer gearteten Ultraimperialismus.

Das Wesentliche an der Analyse Lenins ist, dass er unter veränderten objektiven und subjektiven Bedingungen, an eruptiven Wesensveränderungen des Kapitalismus das Fundament des Imperialismus herausschälte. Aufbauend und in Weiterentwicklung der Marx'schen Grundwerke „Das Kapital" und „Kommunistische Manifest". Insofern hat Lenin den Marxismus auf eine höhere Stufe entwickelt.

Seitdem sind 100 Jahre vergangen. Seitdem hat die Welt neue Entwicklungen, neue Kräftekonstellationen im politischen Geflecht des Imperialismus erlebt, sowohl was die herrschenden Klassen als auch die Arbeiter:innenklasse und werktätigen Klassen betrifft. **Zentralfrage in der aktuellen Debatte ist**, bedingen diese Veränderungen eine **neue Phase, eine höhere Etappe in der Entwicklung des Imperialismus oder nicht?**

In der Analyse Lenins ist die Grundthese angelegt und begründet, dass das „höchste Stadium des Kapitalismus – der Imperialismus" keine weitere, neue grundlegende Entwicklungsstufe mehr in sich birgt. Auf die höchste Stufe des Kapitalismus – dem Imperialismus, so Lenin, kann nur die proletarische Revolution und der Sozialismus folgen! Oder der Untergang in der Barbarei! (Auch wenn Lenin in der Debatte die theoretische Möglichkeit der Entwicklung eines Ultraimperialismus – ein einziges Weltmonopol und ein Weltstaat – nicht völlig ausgeschlossen hat, diese aber als gegen Null gehend bezeichnete.)

Lenin hat alle fundamentalen ökonomischen Merkmale des Imperialismus untersucht und ihn als ein weiterentwickeltes und als das höchste Stadium des Kapitalismus charakterisiert. Ohne daraus ein alles erklärendes Schema zu machen, halten wir fest, dass diese Definition das Wesentliche der leninistischen Imperialismus-Theorie zusammenfasst.

Die kritische, dialektisch-materialistische Methode des Marxismus-Leninismus ist die Waffe, alle neuen Entwicklungen, Erscheinungsformen, Veränderungen, Strategien, die es selbstverständlich gibt, zu erfassen und Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

Unserer Meinung nach muss die klare Ausgangsposition sein: Allen Theorien von der „Globalisierung", einer „neuen Phase des imperialistischen Weltsystems" als einer so genannten neuen Epoche, die aufgetischt werden, müssen wir entschieden entgegentreten – der Imperialismus hat trotz immenser Veränderungen und Entwicklungen sein Wesen nicht geändert! Im Gegenteil, immer wieder wird die Theorie Lenins durch die gesellschaftlichen Entwicklungen bestätigt. Die Grundzüge dieser Epoche, die aus ihnen resultierenden Widersprüche, die ihre Entwicklung bestimmen, haben sich nicht verändert.
Die Schlussfolgerungen von heutigen Theoretikern über eine angeblich neue, höhere Stufe oder Phase des Imperialismus revidieren, unserer Meinung nach, allgemeingültige Schlussfolgerungen Lenins aus der Analyse des Imperialismus. So wird dann nicht zufällig Lenins Kernsatz „der Imperialismus – **das höchste** Stadium des Imperialismus" stillschweigend umgemodelt in „der Kapitalismus trat in ein neues, **höheres** Stadium ein, den Imperialismus."

Für uns sind auch im Jahr 2017 zentrale Ausgangspunkt:
– Ein grundlegender Wesenszug des Imperialismus ist nach wie vor das Streben einiger imperialistischer Großmächte um die Welthegemonie und die Neuaufteilung der Welt. Ungleichmäßigkeit und Sprunghaftigkeit der Entwicklung des Kapitalismus haben im Imperialismus einen Höhepunkt erreicht und die Widersprüche im Imperialismus werden auf die Spitze getrieben sind. Durch die sich immer mehr verschärfende Konkurrenz der Großmächte untereinander, die dauerhaft zu Kriegen überall auf dem Erdball führt und die Gefahr eines neuen dritten Weltkrieges in sich birgt.
– Die Internationalisierung der kapitalistischen Produktion, die Lenin bereits analysiert hat, ist keine neue Qualität im imperialistischen ökonomischen Gefüge.
- Die Nationalstaaten sind noch immer die Hauptform der Herrschaftsorganisation der Bourgeoisie. Darum steht der Hauptfeind der sozialistischen und neudemokratischen Revolutionen nach wie vor in den jeweils eigenen Ländern.
– Das internationale Finanzkapital ist keine vereinheitlichte Kraft der wichtigsten imperialistischen Länder. Die innerimperialistischen Widersprüche sind die Haupttriebfeder der Konkurrenz und der ungleichmäßigen Entwicklung der imperialistischen, kapitalistischen und abhängigen Länder.
– Nach wie vor sind das Proletariat in den jeweiligen kapitalistischen und imperialistischen Ländern, sowie die Proletarier:innen und armen Bäuer:innen in den abhängigen Ländern, in den immer noch im nationalen Rahmen ablaufenden Revolutionen, die Hauptkräfte der sozialistischen bzw. neudemokratischen Revolutionen.
– Dem imperialistischen Weltsystem steht die Front der Proletarier:innen aller Länder, der Proletarier:innen und unterdrückten Völker und alle Werktätigen gegenüber!
Die marxistisch-leninistische Theorie des Imperialismus beschränkt sich nicht auf das Werk Lenins „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus". Alle weiteren Analysen Lenins, Stalins sowie der Kommunistischen Internationale, speziell in ihrem Programm über das Wesen des Imperialismus sind bereichernde Elemente dieser Theorie. Auch heute werden durch die praktischen und theoretischen Erfahrungen der kommunistischen Weltbewegung neue Beiträge hinzugefügt.
Das festzustellen, bedeutet nicht - wie von einigen Theoretiker:innen über eine neue Etappe des Imperialismus unterstellt wird - mechanisch und starr an alten Theorien festzuhalten, neue Entwicklungen zu ignorieren und dogmatisch auf Lenins Positionen zu verharren. Ganz im Gegenteil. Selbstverständlich hat der globale Zangengriff des Imperialismus, die weltumspannende imperialistische Ökonomie neue Phänomene und Herausforderungen gestellt. Und diese sind in der kommunistischen Strategie und Taktik zu beachten.
Worum es geht ist die richtige Erkenntnis der komplexen Veränderungen und Entwicklungen im Imperialismus. Und hierzu ist und bleibt der Leninismus die entscheidende Richtschnur.

Themenblock 2:

Lenins Strategie der internationalen Revolution

Über den internationalen Charakter der Oktoberrevolution und die Strategie der internationalen Revolution

Die Internationalität der russischen Revolution liegt nicht in der Gleichzeitigkeit der Revolutionen, sondern in ihrer Bedeutung als Vorbild, Ansporn und Beweis ihrer Machbarkeit für alle Völker der Erde! Die internationale Bedeutung der Oktoberrevolution fasste Mao Zedong so zusammen: *„Die erste siegreiche sozialistische Revolution, die Oktoberrevolution, hat den*

ganzen Lauf der Weltgeschichte geändert und eine neue Epoche der Weltgeschichte eingeleitet."

Es war Lenin, der analysierte, dass die Internationalisierung der Produktion ein wichtiges Kennzeichen in der Entstehung des Imperialismus ist und daher alle Fragen nicht mehr nur vom jeweiligen nationalen, geographisch eingegrenzten Standpunkt aus beurteilt werden können, sondern nur im internationalen Zusammenhang. Lenin wies nach, dass der Imperialismus, der seit Anfang unseres Jahrhunderts existiert, ein weltweites Herrschaftssystem geworden ist, dass es keinen Flecken Erde mehr gibt, über den der Imperialismus nicht seine Fittiche ausgestreckt hat.

Die Welt ist unter den imperialistischen Großmächten und den Kapitalistenverbänden aufgeteilt. Im Imperialismus geht es um Machtverschiebung, um die Neuaufteilung zwischen den verschiedenen imperialistischen Ländern und den Monopolen.

Darin liegt auch der internationale Charakter der Oktoberrevolution begründet, den sie von Anfang an in sich trug. Unter internationalem Charakter verstehen die Marxist:innen-Leninist:innen, dass die Oktoberrevolution eine Vorbildfunktion für das internationale Proletariat hat, d.h. dass sie Grundprinzipien des Weges vom Kapitalismus zum Sozialismus proklamierte und in die Praxis umgesetzt hat.

Nicht von ungefähr ist es daher, dass die Schrift Stalins „Der internationale Charakter der Oktoberrevolution", 1927 genau diesen Aspekt als zentralen Charakterzug der Oktoberrevolution hervorhebt. „*Die Oktoberrevolution hat eine neue Epoche* ***eröffnet hat****, die Epoche der* ***proletarischen*** *Revolutionen in den Ländern des* ***Imperialismus****.*" (S. 208) *Eben deshalb bedeutet der* ***Sieg*** *der Oktoberrevolution eine* ***grundlegende Wendun****g in der Geschichte der Menschheit, eine grundlegende Wendung im historischen Schicksalslauf des Weltkapitalismus, eine grundlegende Wendung in den Kampfmethoden und den Organisationsformen, in der Lebensweise und den Traditionen, in der Kultur und der Ideologie der ausgebeuteten Massen der ganzen Welt. Das ist der Grund, weshalb die Oktoberrevolution eine Revolution von internationaler, von Weltbedeutung ist.*"

Die entscheidende Frage die heute zur Diskussion steht lautet: Wird der Prozess der proletarischen Weltrevolution sich auch heute durch sozialistische Revolutionen in den imperialistischen Ländern wie auch antiimperialistische, demokratische Revolutionen in den halbkolonialen und abhängigen Ländern vollziehen.

Nicht gleichzeitig und parallel sondern bedingt durch die sprunghafte, ungleichmäßige Entwicklung versetzt und nacheinander. Oder verwirklicht sich die Weltrevolution heute aufgrund angeblich qualitativer Veränderungen nur noch in einer gleichzeitigen, sozialistischen Revolution in allen Ländern.

Für uns sind die Theorie Lenins über den Imperialismus und seine Strategie und Taktik sowie die Praxis der Oktoberrevolution nach wie vor gültig.

Themenblock 3:
Strategie und Taktik des bewaffneten Aufstandes

Das Fanal des Kommunistischen Manifests lautet: „*Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung.*"

Dieses Fanal fand seinen Widerhall in der gewaltsamen Oktoberrevolution, im bewaffneten Aufstand des russischen Proletariats und der armen Bauernschaft gegen seine Herrscher.

Bis heute ist für die proletarische Strategie und Taktik, für den Weg der Revolution, die Propaganda des **notwendigen gewaltsamen Sturzes des Ausbeutersys-**

tems zentraler Dreh- und Angelpunkt. In der Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung ist das eine der zentralen Trennungslinien zu allen Revisionisten und Rechts-Opportunisten. Damals wie heute setzen sie auf einen angeblich möglichen friedlichen Verlauf der Revolution und eine Machtübernahme mittels des bürgerlichen Parlamentarismus.

Höchstens wird im Ausnahmefall, oder möglicherweise, oder gegebenenfalls der bewaffnete Aufstand noch erwähnt. Linkssektiererische Abweichungen ignorieren die mit blutigen Opfern gewonnene Erkenntnis der Arbeiter:innenbewegung, das ein von den Massen losgelöster Vorhutkrieg nicht siegen kann. Die Notwendigkeit der befreienden, gewaltsamen und umstürzenden Revolution der werktätigen Massen unter der Führung des Proletariats und der Kommunistischen Partei wird von all diesen Spielarten des Opportunismus faktisch geleugnet.

Die Oktoberrevolution hat mit ihrem Verlauf, mit der Planung und Leitung des bewaffneten Aufstands durch Lenin, diese Axiome des Marxismus in der Praxis vollauf bestätigt.

Am 27. September 1917 stellte Lenin fest: *„Die Ereignisse haben vollauf die Richtigkeit des Vorschlags bestätigt, nämlich dass die Partei den bewaffneten Aufstand auf die Tagesordnung setzen muß. Die Ereignisse zwingen dazu. Die Geschichte hat jetzt zur wichtigsten politischen Frage die militärische Frage gemacht. Der Übergang der Macht an die Sowjets bedeutet jetzt in der Praxis den bewaffneten Aufstand."*

Und einen Monat später erwies sich Lenins Strategie als die einzige richtige die im siegreichen Sturm auf das Winterpalais mündete. Rückblickend hält Lenin fest: *„Nachdem die Regierung den Aufstand hervorgerufen hatte, erhob sie ein Geschrei über Pogrome und Anarchie, die sie doch selber verursacht hatte. Sie wollte den Aufstand mit Blut und Eisen unterdrücken, wurde aber selbst durch den bewaffneten Aufstand der revolutionären Soldaten, Matrosen und Arbeiter hinweggefegt."*

Die Hauptlehre aus diesem Weg der Oktoberrevolution von Lenin, ist heute nach wie vor gültig. *„Denn die Sowjetmacht hat sich in Russland gefestigt und die unwiderruflichen Sympathien der Werktätigen und Ausgebeuteten erobert, weil sie den **alten Unterdrückungsapparat der Staatsmacht vernichtete**, weil sie in den Grundzügen einen **neuen und höheren Staatstypus** schuf, wie er als Keimform in der Pariser Kommune vorhanden war, die den alten Apparat beseitigte und an seine Stelle die **unmittelbare bewaffnete Macht** der Massen setzte, den bürgerlich-parlamentarischen Demokratismus durch den Demokratismus der werktätigen Massen ersetzte, unter Ausschluss der Ausbeuter, und deren Widerstand systematisch unterdrückte."*

Auch heute in Zeiten „relativer Ruhe" im Klassenkampf in den imperialistischen Ländern, wo die Möglichkeit der Revolution als Fernziel am Horizont scheint, müssen wir unermüdlich, in der alltäglichen Agit-Prop im Bewusstsein der Arbeiter:innenklasse diesen Weg zur Befreiung als einzig möglichen verankern.

Themenblock 4:

Notwendigkeit des sozialistischen Aufbaus in einem Land in Verbindung mit dem Aufbau einer Kommunistischen Weltbewegung

Die Notwendigkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem Land war nicht der Wunsch, sondern **einzige Möglichkeit der Bolschewiki**. Sie setzten von Anfang an auf nachfolgende Revolutionen in anderen Ländern, aber diese blieben aus. Was tun? In andere Länder ziehen und die Weltrevolution entfachen und damit unausweichlich zu scheitern? Oder aber die einzi-

ge Alternative, zum Sozialismus in der Realität zu schaffen und gleichzeitig alle revolutionären Prozesse und Bewegungen weltweit zu unterstützen? Damit die Weltrevolution vorantreiben.
Die Oktoberrevolution hat in der Praxis, im revolutionären Krieg gegen die imperialistische Intervention von 14 Staaten bewiesen, dass sich auch **in einem Land die Diktatur des Proletariats** halten kann. Diese Entwicklung wurde theoretisch von Lenin in der Analyse des Imperialismus begründet. Der Ausgangspunkt Lenins ist, dass die Ungleichmäßigkeit und Sprunghaftigkeit der Entwicklung des Kapitalismus im Imperialismus einen Höhepunkt erreicht und dass die Widersprüche im Imperialismus auf die Spitze getrieben sind. Daraus folgt, die absolut wünschenswerte Perspektive, dass die Revolution in sehr vielen Ländern gleichzeitig gelingt, wird praktisch erschwert. Anders ausgedrückt heißt das, dass die Kette der imperialistischen Herrschaft am schwächsten Kettenglied reißen wird.
Die **Theorie des schwächsten Kettengliedes**, das im konkreten Fall jedes Land werden kann, stand im Gegensatz zum Trotzkismus. Der besagte nämlich, in falscher Berufung auf Marx und Engels, dass die Revolution nur erfolgreich sein kann, wenn **in mehreren fortgeschrittenen europäischen, also entwickelten kapitalistischen Ländern**, die Revolution gleichzeitig erfolgt. Dies war unter den Bedingungen des Imperialismus, der den Konkurrenzkapitalismus ablöste, nicht mehr möglich.
Diese Theorie lief im Grunde darauf hinaus, dass insbesondere das Proletariat und die Werktätigen der abhängigen Länder zu warten hätten, bis das Proletariat der fortgeschrittenen Länder die Revolution erringt. Diese Theorie schätzte also die revolutionäre Kraft der Arbeiter:innenklasse und der werktätigen Massen der rückständigen Länder gering. Ihre Befreiung wurde als Werk und 'Geschenk' der Revolution in den imperialistischen Metropolen gesehen. Sie war in dieser Hinsicht auch gegen die Revolution in Russland gerichtet, weil dieses Land ein rückständiges, kapitalistisches Land war, wie auch Lenin analysierte.
Der Leninismus und als unmittelbares Beispiel die Oktoberrevolution machten also Schluss mit der trotzkistischen Ansicht, die ein Ausfluss der alten zweiten Internationale war, dass das 'kulturell hochstehende', 'gebildetere' Proletariat der entwickelten kapitalistischen Länder über dem Proletariat der rückständigen Länder stehe, per se besser befähigt sei, 'höherwertig' sei und dieses anführen müsse.
Die Diskussion, ob die Revolution in einem Land erfolgen kann, weil da die Kette reißt oder ob in mehreren entwickelten Ländern die Revolution gleichzeitig durchgeführt werden muss, umfasst aber noch mehr. Es geht dabei auch darum, inwieweit **nach der Revolution** in **einem Land die Diktatur des Proletariats** verteidigt und der Sozialismus aufgebaut werden kann. Diese Fragen wurden von den Gegnern der Lenin-Stalin-Theorie von der Möglichkeit des Sozialismus in einem Land negativ beantwortet.
Das bedeutet, eine fatalistische Sicht der Dinge anzunehmen, bedeutet, die errungene Revolution in einem Land aufzugeben, preiszugeben und der kapitalistischen Entwicklung nichts entgegenzusetzen. Denn nach dieser Theorie kann man die Revolution und den Sozialismus in einem Land nicht siegreich durchführen und verteidigen.

Themenblock 5:
Die Oktoberrevolution und der Kampf gegen Opportunismus und Sektierertum

Wir greifen eine Frage heraus: Lenins Methode der ideologischen und politischen Auseinandersetzung in der internationalen kommunistischen Bewegung. Sein Credo war: **Nur im offenen und auch öffentlichen Kampf** gegen Fehler, Mängel, Schwächen und Abweichungen kann die Einheit der Marxisten-Leninisten entstehen und verteidigt werden. Er trat **offensiv und praktisch** für eine auf diese Weise geführte **internationale Debatte ein**. Offen bedeutet, Fehler und falsche Ansichten direkt zu benennen und öffentlich in der Parteipresse und auf Versammlungen zur Diskussion zu stellen.
Lenin setzte in der russischen Parteipresse die Diskussion über die opportunistischen Fehler der deutschen Sozialdemokratischen Partei auf die Tagesordnung. Schon 1907 forderte er: *„Die Fehler der deutschen Führer müssen wir **furchtlos und offen kritisieren**, wenn wir dem Geist von Marx treu bleiben wollen"* und 1914: *„Wir dürfen die unbestreitbare Krankheit der deutschen Partei, nicht vertuschen und durch offiziell-optimistische Phrasen verhüllen, sondern wir müssen sie **den russischen Arbeitern aufzeigen**".*
Auch im Folgenden, teils auch sehr heftigen politischen Ringen um die **Gründung der III. Internationale** hat Lenin diese Devise angewandt. Sei es in der Debatte mit den italienischen oder ungarischen Genoss:innen oder sei es mit Genoss:innen in den eigenen Reihen. Wie oft stand Lenin im **Kreuzfeuer** der Menschewiki und Opportunisten, die seine scharfe Kritik als **Angriffe und Verleumdungen** vom Tisch wischen und unterdrücken wollten.
Die Komintern hat das leninsche Prinzip beispielhaft gelebt. Die Protokolle ihrer Kongresse dokumentieren leidenschaftliche, offene und öffentliche Debatten. Über Fehler, unterschiedliche Positionen und Linien,

sowie gegensätzliche Konzepte wurde **produktiv gestritten**.
Ziel der Kommunist:innen, der Bolschewiki war, nicht nur die Mitglieder, sondern die Arbeiter:innen in **den Debatten** zu befähigen sich über die prinzipiellen Streitfragen in der Partei oder zwischen kommunistischen Parteien selbständig ein Bild zu machen, die Argumente abzuwägen und sich bewusst zu entscheiden. Sie waren für Lenin der Gradmesser.
Nicht hinter verschlossenen Türen, **nein offen** auch im Angesicht des Feindes wurde über Meinungsunterschiede und Widersprüche debattiert. Auch wenn der Feind, so Lenin, das zeitweise sogar für sich ausnützen konnte: *„Seht her wie die Kommunist:innen streiten*". Natürlich bedeutet dies **nicht** im **Umkehrschluss** jede Frage, jeder Widerspruch zwischen Parteien oder innerhalb eines Internationalen Parteien-Bündnisses oder Zusammenschlusses muss offen und öffentlich ausgetragen werden.
Aber für Lenin existierte unter Kommunist:innen, Kommunistischen Parteien **kein Prinzip der Nichteinmischung** in die politische Debatte. Ein glänzendes Beispiel hierfür ist seine Polemik „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus". Sie legt die Finger in die Wunden und zeigt zugleich den Ausweg in der richtigen Politik der Partei und unter den Massen.
Die **kleinbürgerliche Norm**, **dass zwischen Kommunistischen Parteien nur intern kritisiert** werden darf, die von den revisionistischen Parteien unter Führung Chruschtschows aufgestellt wurde, die bis zum heutigen Tag in die internationale marxistisch-leninistische Bewegung hineinwirkt, ist **nicht leninistisch**. Sie widerspricht der ganzen Tradition der kommunistischen Weltbewegung, den Erfahrungen des Oktobers und den Lehren Lenin.

Themenblock 6:

Die Oktoberrevolution lebt. Schlussfolgerungen für den revolutionären Klassenkampf heute

Die Menschheit braucht neue Oktober!
Am **7. November 1917** verkündeten die Kanonenschläge des **Kreuzers Aurora auf das zaristische Winterpalais**, dem Sitz der bürgerlichen Regierung, eine neue Ära in der Weltgeschichte: Die Ära der Revolutionen unter der Führung des Proletariats gegen den Imperialismus!
Der mit den Kanonenschlägen der Aurora einhergehende Sturm der Arbeiter:innen und Bäuer:innen auf das politische Zentrum der bürgerlichen Macht war der Sturm auf die Grundfesten des verfaulten, feudal-imperialistischen russischen Imperiums. Zum **ersten Ma**l in der Geschichte der Menschheit wurde durch den **bewaffneten Aufstand** unter Führung der kommunistisch-bolschewistischen Partei die **zentrale Staatsmacht der Bourgeoisie** zerschlagen.
In Russland wurde die Macht der Werktätigen, die Diktatur des Proletariats errichtet. In Folge der Oktoberrevolution in Russland wuchs aus den Trümmern der alten Gesellschaft im harten Bürgerkrieg gegen die von vielen imperialistischen Staaten unterstützte Reaktion die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.
Ein Sechstel der Erde wurde der imperialistischen Ausbeuterordnung entrissen! **Ein Sechstel der Erde** wurde von der Herrschaft des Kapitals befreit und wurde rot! Der Rote Stern über dem Kreml leuchtete seit dem 7. November 1917 für alle Entrechteten, Ausgebeuteten, Unterdrückten der Erde auf dem Weg zur Befreiung, dem Weg der proletarischen Weltrevolution. Der Rote Stern leuchtete dann auch den Partisan:innen und der Roten Armee bei der Zerschlagung des Hitlerfaschismus.
Der Rote Stern verlor Jahrzehnte später seinen Glanz und verrostete durch die vollständige **Machtübernahme der Revisionisten**. Die Diktatur des Proletariats wurde durch die Diktatur einer neuen bürokratisch-technokratischen Staatsbourgeoisie abgelöst.
Das ändert aber nichts an der Tatsache:
Der 7. November 1917 ist für die ganze Menschheitsgeschichte ein herausragendes, für die Zukunft der Menschheit wegweisendes Datum.
Die Bourgeoisien aller Länder haben alles getan und werden weiter alles tun, um die Erinnerung an den großen, den Weg zeigenden Sieg des Proletariats Russlands vergessen zu lassen oder zu diffamieren.
Alle klassenbewussten Arbeiter:innen, alle werktätigen Menschen, die die herrschenden Zustände satt haben, werden sich zum 100. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution an diese historische Tat des Proletariats Russlands erinnern, indem sie den eigenen Kampf gegen die imperialistische Barbarei heute intensivieren.
Sie werden sich die wegweisenden Lehren der Oktoberrevolution zu eigen machen und bewaffnet mit diesen Lehren, das durch die revisionistische Konterrevolution unterbrochene Werk weiterführen.

Oktoberrevolution: Aufruf zum Aufstand gegen herrschende Zustände

Wie waren die herrschenden Zustände in der Welt und in Russland vor der Oktoberrevolution? Die imperialis-

tische Welt befand sich in einem der blutigsten Kriege der Weltgeschichte, im **Ersten Weltkrieg**. Ein Krieg, der zwar im Namen der „Vaterländer", der „Ehre", der „Unabhängigkeit", der „Demokratie", der „Freiheit" und auch im Namen „Gottes", „Allahs" etc. geführt wurde, der aber nichts anderes war, als eine Metzelei der Völker für eine Neuaufteilung der Welt unter den imperialistischen Großmächten. Überall litten die Völker unter Hunger, Elend, Tod, erzwungener Flucht und Völkermord.

Die durch Propaganda der Bourgeoisien geschürte patriotisch-nationalistische Begeisterung der Werktätigen verflog im Laufe der harten Kriegsjahre. Nach und nach erlebten die in Soldatenuniformen gepressten Arbeiter:innen und Werktätigen, wofür sie als Kanonenfutter verwendet wurden: Für die Interessen der eigenen Bourgeoisie.

Nach und nach setzte sich die von den Bolschewiki in Russland von Anfang an verfochtene Wahrheit in den Köpfen der Werktätigen fest: Dieser Krieg ist ein imperialistischer Krieg gegen die Völker. In jedem imperialistischen Land steht der **Hauptfeind im eigenen Land**. Es ist die eigene Bourgeoisie.

Wer den Frieden will, muss vor allem gegen die eigene Bourgeoisie kämpfen, die Waffen gegen die eigene Bourgeoisie richten und die Macht der Bourgeoisie durch die bewaffnete Revolution des Proletariats brechen. Der einzige Weg für einen gerechten und bleibenden Frieden ist die Revolution. **Alles andere ist reformistischer Quark.**

Die Oktoberrevolution zerschlug die nach dem Sturz des Zarenregimes im Februar 1917 nur acht Monate währende Herrschaft der **bürgerlichen Kerenski-Regierung**. Diese hatte nach ihrer Machtübernahme an der Kriegsbeteiligung Russlands am Weltgemetzel, nun im Namen der Verteidigung der Revolution, festgehalten.

Eines der **ersten Dekrete der neuen Sowjetmacht** war das „Dekret über den Frieden". Es verkündete das Ende des Kriegs seitens Russlands als Kriegspartei. Die Arbeiter:innen und Werktätigen aller Nationalitäten an den Fronten wurden zur Beendigung der Kampfhandlungen und Verbrüderung über die Schützengräben hinweg aufgerufen. Alle **Geheim-Verträge** des Zaren- und bürgerlichen Russlands mit anderen imperialistischen Mächten wurden **veröffentlicht** sowie alle kriegsführenden, bürgerlichen Regierungen zu sofortigem Waffenstillstand und zu Friedensverhandlungen ohne jede Annexion aufgerufen.

Den Soldaten aus allen Ländern wurde durch die Revolution in Russland in der Praxis gezeigt: Frieden ist möglich, durch die Revolution gegen die eigene Bourgeoisie. Die Oktoberrevolution war ein Aufruf für Frieden, ein Aufruf für bewaffnete Revolutionen gegen die herrschenden Zustände.

2017 Herrschende Zustände und unsere Aufgaben!

Mit welchen herrschenden Zuständen sind die Arbeiter:innen und Werktätigen aller Länder heute im Jahre 2017 konfrontiert? Überall auf der Welt werden **Kriege** geführt, im Namen der Freiheit, Demokratie, zum Schutz der westlichen Lebensweise, im Namen der Unabhängigkeit, im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus, im Namen Allahs etc. Die **Vernichtungskraft der Waffen**, die heute in Kriegen verwendet werden, sind ein Vielfaches dessen was vor 100 Jahren da war. Millionen Menschen fliehen vor Kriegen.

Auf der einen Seite existiert ein enormer Reichtum an Gütern, die von den Werktätigen produziert werden. Auf der anderen Seite herrscht aber nach wie vor das vermeintliche „Schicksal" von Hunger und Elend für Milliarden von Menschen, während nicht einmal ein Prozent der Weltbevölkerung über die Hälfte des Gesamtreichtums besitzt. Hinzu kommt noch die brutale **Vernichtung der Lebensgrundlagen** überhaupt durch die von der kapitalistischen Produktionsweise verursachten **Umweltschäden**.

Das bedeutet heute für alle Ausgebeuteten und Unterdrückten, es gibt mehr als genug Gründe, um den auch heute, vielleicht heute mehr denn je, gültigen Aufruf der Oktoberrevolution zu hören:

Steht auf gegen die herrschenden Zustände!
Wirkliche Veränderung ist möglich:
Nur durch die proletarische Revolution!

Unter den programmatischen Leitparolen der internationalen Arbeiter:innenklasse in der Epoche des Imperialismus:
Proletarier:innen aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier:innen aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

Abschluss:

Oktoberrevolution: Entscheidende Rolle der Bolschewistischen Partei

Um die imperialistische Barbarei historisch zu begraben, die proletarische Revolution zu verwirklichen und den Sozialismus aufzubauen, ist heute die **wichtigste Aufgabe** die **Schaffung von wirklich marxistisch-leninistischen, wahrhaft bolschewistischen Parteien**, die die Arbeiter:innen und Werktätigen unter ihrer Führung vereinigen.
Eine grundlegende Vorbedingung der Oktoberrevolution war, dass die Arbeiter:innenklasse in dieser Revolution von einer kommunistischen Partei geleitet wurde. *„Nur eine Partei, wie die Partei der Bolschewiki, genügend kühn um das Volk zum entscheidenden Sturmangriff zu führen, und genügend umsichtig, um alle und jegliche Klippen auf dem Wege zum Ziele zu umgehen – nur solch eine Partei war imstande, mit derartigem Können so verschiedenartige revolutionäre Bewegungen zu einem einheitlichen revolutionären Strom zu vereinigen, wie die allgemein-demokratische Bewegung für den Frieden, die bäuerlich demokratische Bewegung für die Besitzergreifung der Gutsbesitzländereien, die nationale Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker für nationale Gleichberechtigung und die sozialistische Bewegung des Proletariats für den Sturz der Bourgeoisie, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats."* [1]
Selbstverständlich ist eine solche Partei nicht im Oktober 1917 vom Himmel gefallen. Sie wurde im **internationalen Kampf** gegen die reformistische, klassenversöhnlerische und nur auf den Parlamentarismus ausgerichtete Tradition des Opportunismus der II. Internationale, als Vorhutorganisation der Arbeiter:innenklasse, geschaffen.
Sie entwickelte sich vor der Revolution in den Kämpfen der Arbeiter:innenklasse in Russland. Sie war das Ergebnis der von Anfang an bewussten politischen Arbeit der Marxist:innen, die Arbeiter:innenbewegung mit dem Sozialismus zu vereinigen. Sie wurde aufgebaut da, wo die Arbeiter:innenklasse war: **In der Produktion und in den Fabriken.** Ihre organisatorische Struktur war in **Betriebszellen** verankert, so dass sie die einzig wirkliche Partei der Arbeiter:innenklasse war. Sie hat die Millionenmassen mit der revolutionären Theorie der marxistischen Wissenschaft ausgerüstet, und zu revolutionären Positionen geführt.
Sie hat mit einer klaren politischen Linie vermocht, den Puls der Massen zu fühlen und zu jeder Zeit die Massen in der Revolution und beim Aufbau des Sozialismus unter der Diktatur des Proletariats richtig zu leiten und sich mit ihnen untrennbar zu verbinden.

Kommunistische Weltbewegung 2017

Heute am **100. Jahrestag der Oktoberrevolution** zeigt sich vor allem das **weitgehende Fehlen** solcher in der Arbeiter:innenklasse fest verankerter Kommunistischer Parteien für den Sieg der proletarischen Weltrevolution.
Die Sache der Befreiung des Proletariats stellt den Marxist:innen-Leninist:innen auf der ganzen Welt die dringende Aufgabe, da wo es noch keine gibt und da, wo sie noch relativ schwach sind, **Parteien neuen Typs**, wie die bolschewistische Partei Lenins und Stalins, aufzubauen. Auch heute sind Kommunistische Parteien notwendig, um dem ideologischen Trommelfeuer vom „Ende des Kommunismus" entgegenzutreten, die Arbeiter:innen und werktätigen Massen wieder für den Kommunismus zu gewinnen und zu neuen Oktobern vorwärts zu schreiten!
Die Schwäche der marxistisch-leninistischen Bewegung bringt mit sich, dass viele junge Menschen, die sich nach „einer anderen Welt" sehnen, ihre Hoffnungen in national-bürgerliche Bewegungen setzen, die teils sogar im **Namen der Religion „den Sozialismus des 21. Jahrhunderts"** predigen. Andere haben alle Hoffnungen auf Zerschlagung des Kapitalismus aufgegeben und traben im Namen von Demokratie, Menschenrechten, westlichen Werten ihren „eigenen" Imperialisten hinterher.
Andererseits: Heute, wo der Imperialismus internationaler agiert als je zuvor, wo das Finanzkapital weltumspannender ist als je zuvor und die Angriffe der Imperialisten auf die Arbeiter:innenklasse und unterdrückten Völker verstärkt werden, sind die objektiven Bedingungen für eine Vereinigung der Arbeiter:innen und werktätigen Massen mit ihren Klassengeschwistern über alle nationalen und Staatsgrenzen hinweg, reifer als je zuvor.
Auch die Welt ist heute, was die objektiven Grundlagen für Sozialismus, Kommunismus betrifft, viel reifer als je zuvor. Es ist in der heutigen Welt objektiv möglich, tatsächlich eine vereinigte Weltwirtschaft zu schaffen, in der alle Menschen nach ihren Fähigkeiten beitragen und alle nach ihren Bedürfnissen an den geschaffenen Reichtümern partizipieren könnten.
Wir müssten **nur** die Produktionsmittelbesitzer ent-

1 Stalin, „Geschichte der KPdSU(B)", Werke Bd. 15, S. 266, 1938

eignen! Wir müssten der Gesellschaft zurückgeben, was der Gesellschaft gehört. Wir müssten alle wichtigen Produktionsmittel vergesellschaften und die Ausbeutung unmöglich machen. **Kurz – die Ausgebeuteten und Unterdrückten werden an dem Werk, das mit der Oktoberrevolution begonnen wurde, anknüpfen und weiter kämpfen.**

Obgleich die objektiven Bedingungen für die Revolution günstig sind, handelt heute die große Mehrheit der Arbeiter:innen und werktätigen Massen nicht gemäß ihrer eigenen Interessen.

Aus diesem Grund ist es die Aufgabe der Kommunist:innen, den subjektiven Faktor auf die Höhe der objektiven Möglichkeiten zu heben. In allen Ländern müssen marxistisch-leninistische bzw. Organisationen, die kommunistische Parteien aufbauen, durch unermüdliche Agitation und Propaganda die Arbeiter:innenklasse und die werktätigen Massen unter der **Kommunistischen Fahne** vereinigen und auf internationaler Ebene für eine Vereinigung aller revolutionären Kräfte auf einer marxistisch-leninistischen Plattform kämpfen!

Das ist die grundlegende Tagesaufgabe!

Parallel dazu ist auch die **Vereinheitlichung des praktischen Kampfes** der **revolutionären und kommunistischen Organisationen** notwendig. (…) Die imperialistische Barbarei wird durch neue Oktober auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen werden.

Lernen vom Oktober !

Die Alternative steht nach wie vor: **Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!** Es hat sich viel geändert seit dem Jahr 1917, dem Sieg der Oktoberrevolution.

Der Imperialismus ist trotz der Niederlage im Roten Oktober und trotz der Siege der Völker nach dem zweiten Weltkrieg nicht zusammengebrochen. Durch die Revolutionen verlorenes Terrain hat er vor allem durch die Hilfe der Revisionisten, die verbürgerlichten Technokraten und Bürokraten in der ehemals sozialistischen Sowjetunion und in den Volksdemokratien – darunter China, wieder zurückgewonnen. Heute gibt es keinen Staat auf der Welt, in der eine sozialistische oder Volksmacht unter Führung des Proletariats an der Macht ist. Der Kapitalismus herrscht wieder wie vor dem ersten Weltkrieg in der ganzen Welt. Er hat sich überlebensfähiger als gedacht gezeigt.

In den letzten hundert Jahren hat sich auch klar gezeigt, dass die Überwindung des kapitalistischen Imperialismus durch Reformen völlig illusorisch ist und die Bourgeoisie zum Faschismus greift, wenn sie ihre Macht tatsächlich bedroht sieht.

Auch der Umfang und die Internationalisierung des Kapitals haben seit hundert Jahren enorm zugenommen. Die Monopolisierung ist enorm vorangeschritten. **Aber das Wesen des Imperialismus hat sich nicht verändert, die grundlegenden Widersprüche wirken weiter und verschärfen sich immer mehr.**

Nach wie vor ist der **Nationalstaat** die Hauptform der Organisierung der kapitalistischen Gesellschaften.

Nach wie vor gibt es in keiner Sparte der Industrie, der Landwirtschaft oder des Dienstleistungssektors ein alles bestimmendes Weltmonopol.

Nach wie vor konkurrieren verschiedene Monopole um Marktanteile auf dem imperialistischen Weltmarkt.

Nach wie vor kämpfen einzelne imperialistische Staaten – in verschiedenen Koalitionen – gegeneinander, um die Interessen der eigenen Bourgeoisie durchzusetzen.

Nach wie vor kämpfen **imperialistische Großmächte um die Welthegemonie**. Nach wie vor leben wir in der Ära des Imperialismus, und seine einzige Alternative ist die proletarische Weltrevolution, der Sozialismus.

Imperialismus bedeutet Rassismus, Chauvinismus, Faschismus, Reaktion, Männerherrschaft, gnadenlose Ausbeutung und Ausplünderung der Natur. Imperialismus ist die Zukunftslosigkeit der werktätigen Jugend. Die maßlose Ausplünderung der Natur, getrieben durch das Streben nach Maximalprofit, hat heutzutage die Welt an den Rand einer Klimaveränderung gebracht, die katastrophale Folgen mit sich bringt.

Alles zeigt: Imperialismus ist Barbarei, und er bringt die Welt zu einem Zusammenbruch in der Barbarei, falls er nicht durch Revolutionen unter Führung des Proletariats aufgehalten wird.

Die Oktoberrevolution gegen das ganze System des Imperialismus, das ist die einzige Alternative zur imperialistischen Barbarei.

Die Revolution unter Führung des Proletariats, und der Aufbau des Sozialismus ist unsere Option.

Am 100. Jahrestag der Oktoberrevolution muss diese Tatsache in das Zentrum unserer Kampagne gestellt und dafür gekämpft werden. Wir müssen kämpfen, noch entschlossener, noch bewusster, noch organisierter, noch stärker!

Vorwärts zum sozialistischen Kampf gegen die imperialistische Barbarei!

Organisieren wir kommunistische Parteien nach dem Vorbild der Bolschewiki! Vorwärts zur proletarischen Weltrevolution! Entweder neue Oktoberrevolutionen und Sozialismus oder Untergang in der imperialistischen Barbarei!

22. Oktober 2017

Vernichtung der Erde

Es ist der Kapitalismus... Verdammt!